

Ansicht des Wäscherei-Gebäudes.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. NO 62. BERLIN, DEN 3. AUGUST 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Der Neubau der Brandenburgischen Hebammen-Lehranstalt und Frauen-Klinik in Neukölln.

Architekt: Landesbaurat Geheimer Baurat Professor Theodor Goecke in Berlin.

(Fortsetzung aus No. 58). Hierzu eine Bildbeilage und die mit No. 60 voraus gegangenen Abbildungen.



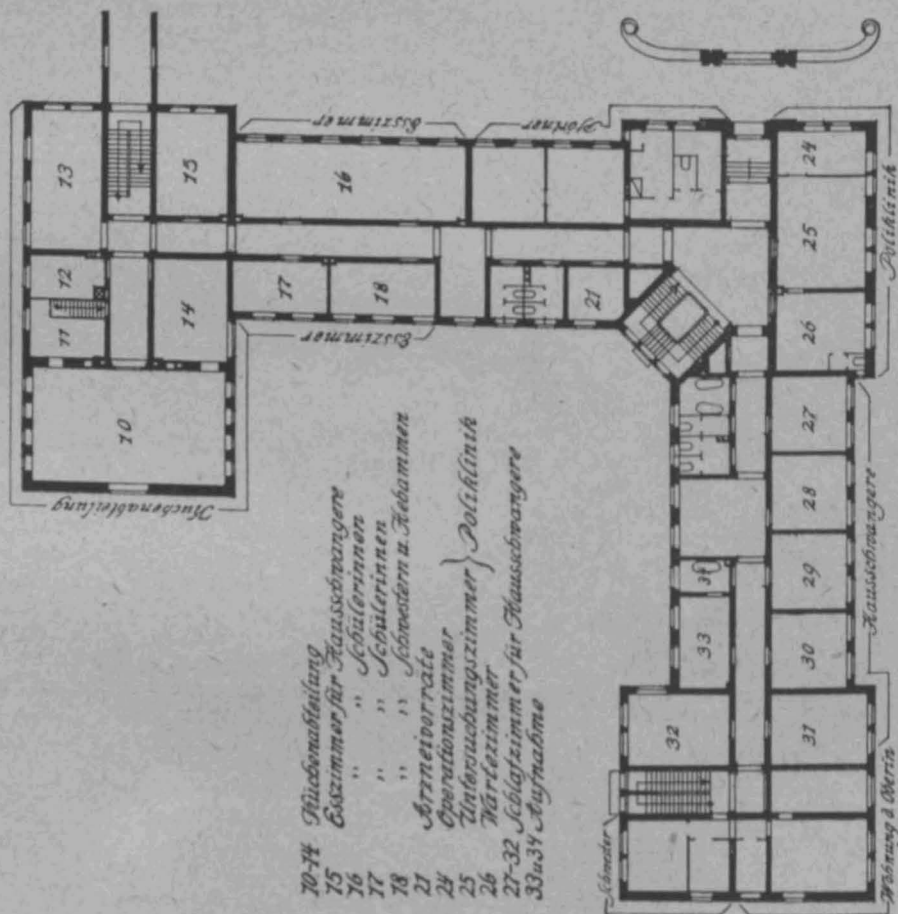
leich dem ersten Obergeschoß fällt auch das zweite Obergeschoß in zwei Abteilungen, von welchen auf der linken Hälfte die „Gynäkologische Abteilung“ angeordnet wurde, während die rechte Hälfte der „Septischen Abteilung“ zugewiesen wurde. Hier finden fieberhafte Kranke und Wöchnerinnen Aufnahme; diese

Kranken-Abteilung hat einen besonderen Operationssaal mit Desinfektions- und Sterilisierräumen am Kopf-Ende des Mittelbaues erhalten und besitzt auch im Kopfbau des Flügels einen eigenen Entbindungssaal. Der nach Norden gelegene große Operationssaal mit Glas-Erker und Oberlicht entspricht in Anlage und Gestaltung den jüngsten Erfahrungen der operativen Tätigkeit. Zum Operationssaal können die Kranken mit ihren Betten durch einen gegenüber der Haupttreppe liegenden Aufzug befördert werden. Alle Geschosse sind mit Teeküchen und Wärmeschränken ausgestattet. Der höher geführte Mittelbau des Entbindungshauses, der die Inschrift trägt: „Hebammen-Lehranstalt der Provinz Brandenburg“, enthält hinter Halbrundfenstern die Wohnräume der Dienstboten, während die Wohn- und Aufenthaltsräume der Schwestern und Hebammen sich auf alle Abteilungen des Hauses verteilen. Das Keller-geschoß, das sich nur wenig über das Außengelände erhebt, enthält lediglich die Räume für die technischen Anlagen, wie für die zentral angeordnete Heizung, die Warmwasser- und die Lichtversorgung. Die Garten-Anlagen vor dem Gebäude dienen der Pflege der Säuglinge im Freien, während in den Gartenanlagen hinter dem Gebäude Wöchnerinnen und Kranke Erholung suchen können.

Der Grundriß des Verwaltungs-Gebäudes

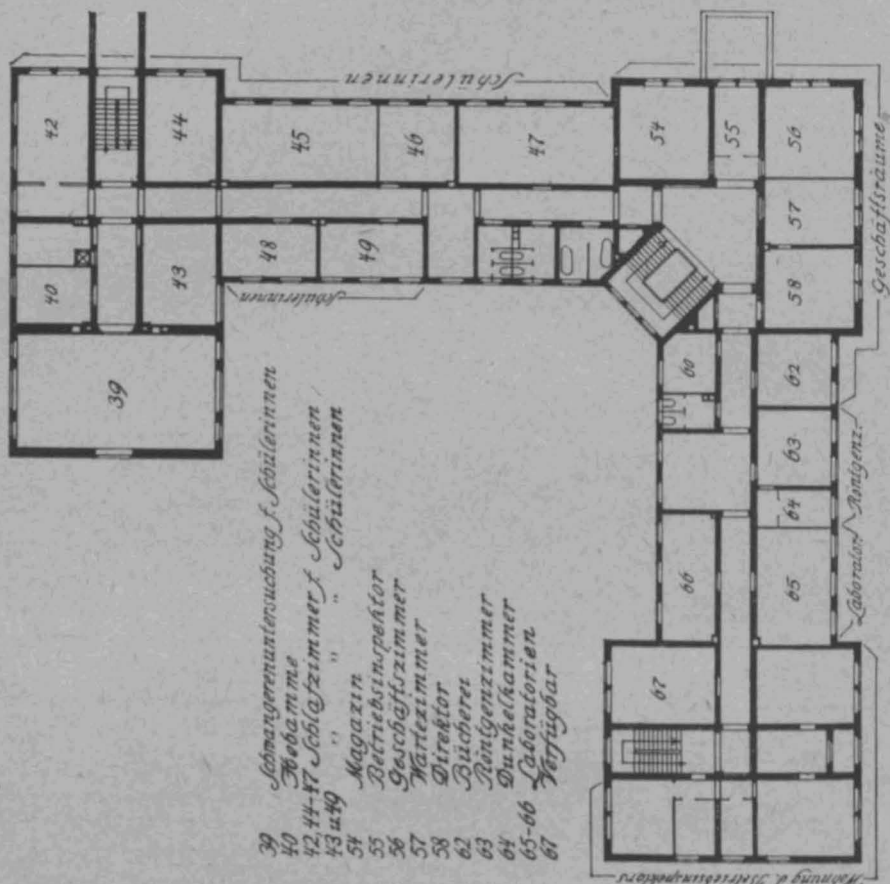
wurde im rechten Winkel angeordnet, der sich dadurch ergab, daß ein Flügel, der nördliche, den Platz-Abschluß vor dem Entbindungshaus gegen Westen zu bilden hatte, während der westliche Flügelbau etwa der Straßenrichtung folgt. Vor diesem Flügel wurde der Garten für das Personal angeordnet. Auch das Verwaltungs-Gebäude erhebt sich in drei Hauptgeschossen, zu denen im Kopfbau am Zusammenstoß der Schenkel des Winkels ein niedriges weiteres Geschoß tritt. Das Erdgeschoß enthält im Kopfbau unter einer bedeckten Unterfahrt den Haupteingang, der zu der in der Halbierungsachse des Winkels liegenden Haupttreppe führt. An den Haupteingang schließen sich im Westflügel an Räume für die Poliklinik, auf welche eine Raumgruppe für Hauschwangere folgt und an sie reihen sich im westlichen Abschlußteil die Wohnräume für die Oberin und für Schwestern an. Der Nordflügel enthält zunächst dem Eingang eine Wohnung des Pförtners, auf die geräumige Eßzimmer für die Schülerinnen der Anstalt, für Schwestern und Hebammen und für Hauschwangere folgen. Die Eßzimmer schließen an die Küchenabteilung an, die im nördlichen Kopfbau angeordnet wurde, der auch eine gedeckte Verbindung mit dem Entbindungshaus erhalten hat. Die Räume sind für 40 Hauschwangere berechnet. In einem Tiefkeller, der sich unter dem fast zu ebener Erde gelegenen Erdgeschoß erstreckt und durch zwei Nebentreppen zugänglich ist, befinden sich die Vorratsräume, in erster Linie die Sterilisier- und Kühlräume für Milch. Im ersten Obergeschoß enthält der Kopfbau im Winkel die Raumgruppe für die Verwaltung, an die sich im Westflügel Röntgen-Zimmer und ein Laboratorium angliedern. Im westlichen Kopfbau wurde die Wohnung des Betriebs-Inspektors angeordnet. Im nördlichen Flügelbau wurden die Schlafzimmer für die Anstalts-Schülerinnen in saalartiger Anordnung untergebracht, während im nörd-

Brandenburgische Hebammenlehranstalt Frauenklinik in Neukölln



Verwaltungsgebäude
Sockelgeschoss

Verwaltungsgebäude
Erdgeschoss



lichen Kopfbau der Hauptraum der Untersuchung der Schwangeren für die Schülerinnen dient, während die übrigen Räume dieses Bauteiles noch Schülerinnen beherbergen. Auch das zweite Obergeschoß enthält noch

erwähnten Hörsaal Arbeitsräume für die Schülerinnen. Der in den Dachraum hinein reichende Hörsaal besitzt in amphitheatralischer Anordnung 80 Sitz- und 12 Stehplätze und kann verdunkelt werden, in welchem Fall

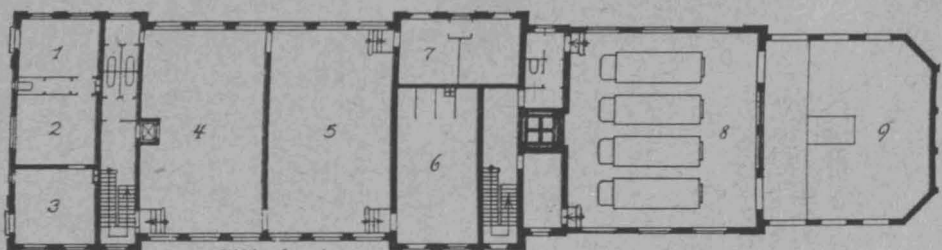
zu einem großen Teil Schlafsäle für die Schülerinnen, während im Westflügel und westlichen Kopfbau Aerzte-Wohnungen und ein Kasino ihre Stelle gefunden haben. Der nördliche Kopfbau enthält neben dem schon früher

er durch eine verdeckt angeordnete Beleuchtung schattenfreies Licht erhält. Seine Anlage ist aus der Beilage, die mit No. 64 folgt, ersichtlich. Das oberste Geschoß des Eckbaues beherbergt eine Hauskranken-



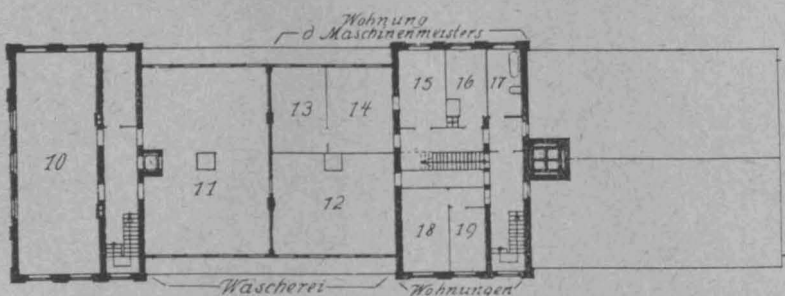
DIE BRANDENBURGISCHE HEBAMMEN-
 LEHR-ANSTALT UND FRAUEN-KLINIK IN
 NEUKÖLLN. ARCHITEKT: LANDESBURAT
 GEHEIMER BÜRAT PROF. TH. GOECKE IN
 BERLIN. * ANSICHT DES HAUPT-
 EINGANGES *
 * * DES VERWALTUNGS-
 GEBÄUDES. * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 * * * 52. JAHRGANG 1918. * * NO. 62. * * *

Brandenburgische Hebammenlehranstalt und Frauenklinik in Neukölln

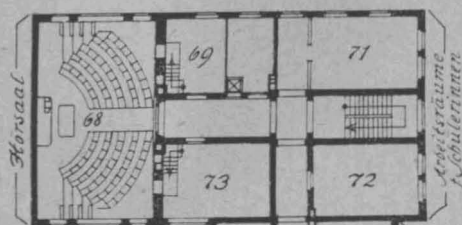


Wäschereigeäude Erdgeschoss

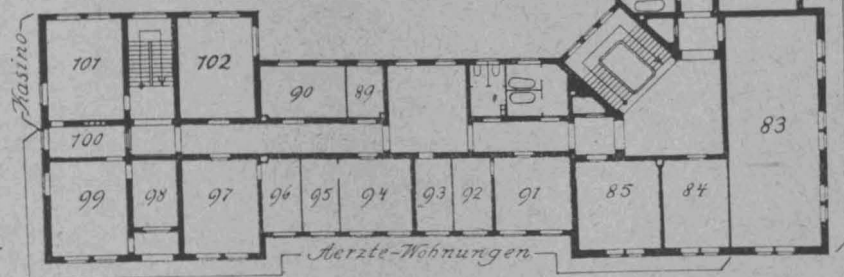
- | | |
|-------------------|------------------------------------|
| 1 Leichenraum | 10 Magazin u. Wascheausgabe |
| 2 Sektionsraum | 11 Plättzraum |
| 3 Aufbahrungsraum | 12 Fließraum |
| 4 Trockenraum | 13-17 Wohnung d. Maschinenmeisters |
| 5 Wäscherei | 18 Zimmer d. Heizer u. Hausdiener |
| 6 Wascheannahme | 19 Zimmer d. Gärtner |
| 7 Desinfektion | |
| 8 Kesselhaus | |
| 9 Kohlenraum | |



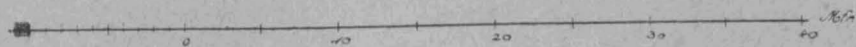
Wäschereigeäude Obergeschoss



- | |
|------------------------------------|
| 68 Hörsaal |
| 69 Kleiderablage |
| 70-72 Arbeitsräume f. Schülerinnen |
| 73 Lehrmittelraum |
| 74 Schlafzimmer f. Schülerinnen |
| 75 Hebamme |
| 76-83 Schlafzimmer f. Schülerinnen |
| 84-85, 90 u. 102 Volontärärzte |
| 91-97 Assistenzärzte |
| 98-100 Oberarzt |
| 101 Ärzte-Kasino |



Verwaltungsgebäude Obergeschoss



Abteilung mit 10 Betten, sowie die Wohnungen für die Oberköchin und die Oberwäscherin. Das vorläufig letzte Gebäude der Anlage ist das Wäscherei-Gebäude mit angebautem Kesselhaus und Kohlenschuppen, das nördlich vom Entbindungshaus in der Achse des Direktor-Wohnhauses liegt

nach Norden einen Leichenraum mit anstoßendem Sektionsraum. Darüber liegt, durch eine Nebentreppe zugänglich, der Magazinraum für die Wasche mit Ausgäben. Den mittleren Teil des Gebäudes nehmen die Räume für die Wäscherei ein, über welchen sich ein großer Plättzraum und ein Fließraum befinden. Zwischen

und mit dem östlichen Kopfbau des Entbindungshauses durch einen unterirdischen Gang verbunden ist, um dem Maschinenmeister eine leichtere Aufsicht über die technischen Anlagen zu ermöglichen und die Kellerräume des Entbindungshauses für die Lagerung von Kohlen ausnutzen zu können. Das zweigeschossig in gefälliger Gruppierung angelegte Gebäude enthält im Erdgeschoß

der Wäscherei und dem Kesselhaus fanden Räume für die Wasche-Annahme und die Desinfektion ihre Stelle. Wohnungen für den Maschinenmeister, die Heizer, Hausdiener und Gärtner wurden in dem verbleibenden Teil des Obergeschosses untergebracht. Mit Ausnahme der Familien-Wohnungen bietet die Anstalt in ihrer heutigen Ausdehnung Raum für 342 Erwachsene und 130

Säuglinge. Bei der Beratung des Bauprogrammes und der Anlage wirkte der Geh. Medizinalrat Dr. Barnick in Frankfurt a. O. mit. —



(Schluß folgt.)

Vermischtes.

Im Verkehr mit der Redaktion der „Deutschen Bauzeitung“ bitten wir Folgendes zu beachten: Die Aufnahme von Beiträgen unseres Arbeitsgebietes erfolgt entsprechend dem Raum der Zeitung und nur nach sachlicher Prüfung. Sämtliche Zusendungen erbitten wir ausschließlich „An die Redaktion der Deutschen Bauzeitung“, nicht an eine Person. Die Einsendung muß portofrei erfolgen; zur Rücksendung ist das entsprechende Porto beizulegen. Anfragen von allgemeinem Interesse werden im Briefkasten beantwortet, andere Anfragen unmittelbar. Wir bitten, auch hier für Rückfragen Porto beizulegen. Die Beantwortung erfolgt unentgeltlich, ist jedoch an den Nachweis des Bezuges der „Deutschen Bauzeitung“ geknüpft. Eine Verpflichtung zur Beantwortung können wir nicht übernehmen. —

Ein Baukünstler-Archiv für Wien soll nach einem Erlaß des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner in Wien an den Vorstand des dortigen Stadtbauamtes, Dr.-Ing. h. c. H. Goldemund, begründet werden. Letzterer ist beauftragt, Anträge auf Verwirklichung des Gedankens auszuarbeiten und bald vorzulegen. Der Bürgermeister hat den Wunsch, „die Erinnerung an die glänzenden Leistungen der Wiener Baukünstler dauernd festzuhalten“ und er empfindet es als einen Mangel, „daß an der Stätte der Wirksamkeit so hervorragender Meister ihres Faches, wie es Schmidt, Hansen, Semper, Ferstel und Hasenauer waren, keine Sammlung der Skizzen und Entwürfe dieser Männer besteht“. Auch die nach diesen Meistern tätig gewesen Baukünstler des Wien nach der ersten Stadterweiterung wünscht er in dem geplanten Archiv vertreten zu sehen. Das letztere soll im Gebäude des neuen Stadtmuseums im Anschluß an die in Aussicht genommene Sammlung des Stadtbauamtes über die bauliche Entwicklung Wiens eingerichtet werden und öffentlich zugänglich sein.

Wir glauben, ein ähnlicher Gedanke könne sich mit Erfolg auch in den Hauptstädten der deutschen Bundesstaaten verwirklichen lassen und so ein reiches und vielseitiges Bild der baukünstlerischen Tätigkeit der Gegenwart in Deutschland werden. —

Rechtsfragen.

Entscheidung des preuß. Ob.-Verw.-Gerichtes. (Wertsteigerung des Grundbesitzes und öffentliches Interesse.) Der Eigentümer H. eines Hauses in der Oder-Straße in Breslau, das über die Fluchtlinie hinausragt, beabsichtigte, einen bisher zu Lagerzwecken verwendeten Raum als Laden zu verwenden und zu diesem Zweck das vorhandene kleine Fenster in ein modernes großes Schau- fenster umzuwandeln. Die Baupolizeiverwaltung versagte

die hierzu nachgesuchte Genehmigung, nachdem sich gegen ihre Erteilung der Magistrat mit großer Entschiedenheit ausgesprochen hatte. Er betonte, daß das bauliche Vorhaben, dessen Durchführung geeignet sei, den Wert des Gebäudes bedeutend zu erhöhen, einen Neubau erheblich verzögern und hierdurch das mit der Festsetzung der Fluchtlinie verfolgte öffentliche Interesse geschädigt werde. Die polizeiliche Verfügung stützte sich auf § 11 des Fluchtliniengesetzes, nach dem mit dem Tage der Offenlegung des Bebauungsplanes Umbauten über die Fluchtlinie hinaus versagt werden dürfen. Als H. gleichwohl das Schau- fenster herstellte, gab ihm die Polizeibehörde dessen Be- seitigung auf. Die hiergegen gerichtete Beschwerde wies schließlich der Regierungspräsident ab, nachdem auch der Minister der öffentlichen Arbeiten mit der Angelegenheit befaßt worden war. Auf die weitere Beschwerde des H. erteilte auch der Oberpräsident der Provinz Schlesien einen ablehnenden Bescheid. Die hiergegen gerichtete Klage hat der neunte Senat des Oberverwaltungsgerichtes durch Ent- scheidung vom 30. April 1918 abgewiesen. Die Klage sei, so führte er im Wesentlichen aus, nicht begründet, wenn hier ein Umbau im Sinne des § 11 des Gesetzes von 1875 in Frage stehe. Das sei aber der Fall. Allerdings sei nicht in jeder Veränderung der Substanz eines Gebäudes ein Um- bau zu erblicken. Anderenfalls würde sich der größte Teil der baulichen Vorkehrungen, die der allgemeine Sprach- gebrauch als Reparaturen bezeichne, als Umbauten dar- stellen. Von ihnen könne nur da gesprochen werden, wo es sich um eine immerhin eingreifende, das Gebäude teil- weise umgestaltende und so um eine wesentliche Verände- rung der Substanz handele. Das treffe hier aber zu. Es fehle auch nicht das meist den Umbauten eigentümliche Kennzeichen der Veränderung der Zweckbestimmung des Gebäudes. (IX. A. 24. 17.) —

L. K.

Wettbewerbe.

Ein Preisausschreiben der Gewerbe-Museen Zürich und Winterthur betrifft Entwürfe zu einem Stempelzeichen (Gesamtpreise 1000 Franken) und zu einem Arbeiter- Wohnhaus (Gesamtpreise 2000 Franken). Beteiligten kön- nen sich in der Schweiz niedergelassene Bewerber. —

Wettbewerb Heimstätten-Siedelung Weilimdorf. Die Frist für die Einsendung der Entwürfe ist auf 30. Sept. 1918, Abends 6 Uhr verlegt worden. —

Chronik.

Ein Kanalplan Danzig—Cherson, also eine Verbindung der Ostsee mit dem Schwarzen Meer strebt nach russischen Zeitungen die ukrainische Regierung an. Ein vom Verkehrsminister vorgelegter Plan, der eine Verbindung unter Benutzung des Njemen und Dniepr vorsieht und die als Haupthindernis zu überwindenden Stromschnellen des Dniepr zur Gewinnung elektr. Energie, vor- nehmlich zur Elektrisierung der Jekaterinoslaw-Eisenbahn aus- nützen will, hat auch die Zustimmung des Ministerrates gefunden und es soll eine entspr. Gesetzesvorlage nunmehr ausgearbeitet werden. —

Staatliche Beihilfe zu Siedelungszwecken in Braunschweig. Der Braunschweigische Landtag hat kürzlich 1 Mill. M. zu Siede- lungszwecken bewilligt, davon 0,5 Mill. M. als Beteiligung des Staates an einer mit 1,5 Mill. M. Anlagekapital begründeten ge- meinnützigen Siedelungsgesellschaft m. b. H. Außerdem sollen gegen mäßige Verzinsung Beihilfen zur Schaffung von Eigen- heimen und kleinen und mittleren Wohnungen gegeben werden. —

Die Untertunnelung von Meerengen steht augenblicklich wieder auf der Tagesordnung. Vor allem wird die Unt- tertunnelung des Ärmelkanals zwischen Frankreich und Eng- land angesichts der Erfahrungen des Weltkrieges wieder ernstlich erwogen und es hat den Anschein, als wenn die englische Regie- rung, an deren Widerstand der bisher namentlich von französischer Seite betriebene Plan (Vergl. Deutsch. Bztg. 1916 S. 309 ff.) gescheitert ist, ihren Widerspruch fallen lassen wollte.

In Spanien beabsichtigt man den Bau eines Tunnels unter der Meerenge von Gibraltar nach Afrika hinüber. Durch kgl. Ver- ordnung ist dem Ingenieur Mariano Rubio die Ausführung der erforderlichen Vorarbeiten übertragen worden. Auf spanischer Seite ist Tarifa, etwa 24 km südwestlich von Gibraltar, in Aussicht genommen.

Die englische Regierung, die bereits kürzlich eine neue Eisen- bahnlinie von Aegypten nach Palästina unter Ueberbrückung des Suez-Kanales eröffnen konnte, hat neuerdings nach Nachrichten aus Italien eine besondere technische Kommission eingesetzt, die eine Untertunnelung des Suez-Kanales studieren soll. —

Inhalt: Der Neubau der Brandenburgischen Hebammen-Lehr- anstalt und Frauen-Klinik in Neukölln. — Vermischtes. — Rechts- fragen. — Wettbewerbe. — Chronik. —

Hierzu eine Bildbeilage: Die Brandenburgische Hebammen- Lehr-Anstalt und Frauen-Klinik in Neukölln.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachfg. P. M. Weber in Berlin.



An der evangelischen Kirche in Lyck. — Ansicht vom Punkt C.
Entwurf „Potrimpos“. Verfasser: Paul Engler in Gerdauen. I. Preis von 4000 M.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. N^o 63. BERLIN, DEN 7. AUGUST 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

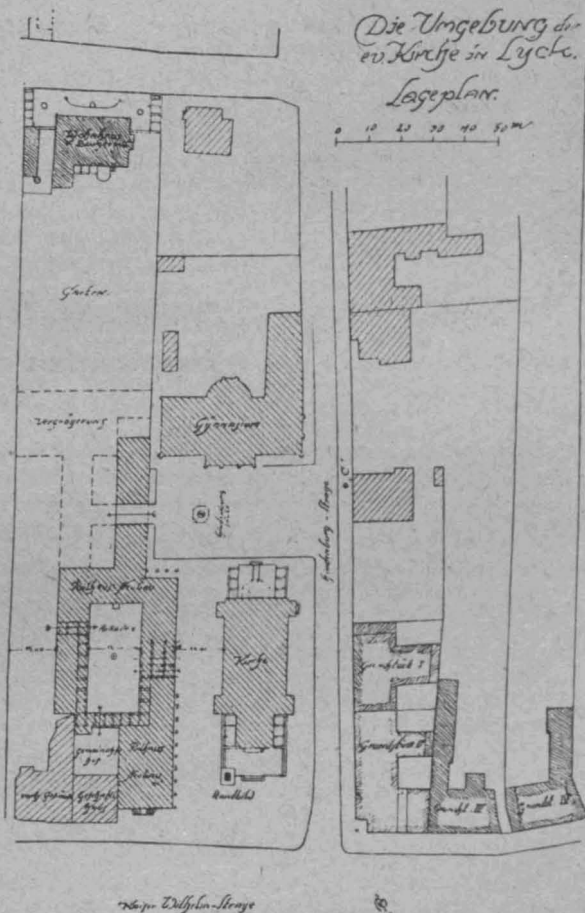
Das Preisausschreiben für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebäude in der Umgebung der evangelischen Kirche in Lyck.

Hierzu die Abbildung S. 279.



s waren 77 Entwürfe eingegan-
gen. Beim ersten Wahlgang
wurden mit Einstimmigkeit 56
Arbeiten als diejenigen ausge-
scheiden, die nach der städte-
baulich - architektonischen und
wirtschaftlichen Auffassung der
Aufgabe für eine Ausführung
nicht in Frage kommen konnten,
oder wesentliche Verstöße ge-
gen das Programm enthielten. Beim zweiten Rundgang
wurden einstimmig weitere 14 Entwürfe ausgeschieden,
die wegen mancher Vorzüge in den Grundrissen oder
im Aufbau in die zweite Wahl gekommen waren, aber
für die Zubilligung eines Preises nicht geeignet er-
schienen. Ueber die in der engsten Wahl verbliebenen
7 Entwürfe hat das Preisgericht mit Stimmeneinheit
das nachstehend auszugsweise wiedergegebene Urteil
gefällt: Der Entwurf „Weißer Stern im schwar-
zen Feld“ zeigt in städtebaulicher Hinsicht eine Auf-
fassung von großer Schönheit. Das Rathaus hat auf
dem Grundstück V eine bevorzugte Lage mit dem
Haupteingang und den Repräsentationsräumen an der
Ecke der Kaiser Wilhelm-Straße. Der Verfasser hat
das Rathaus mit dem bei der Kirche vorwiegend in die
Erscheinung tretenden Turm wirkungsvoll in Verbin-
dung gebracht und die Baumasse von der Kirche so
weit abgerückt, daß der Kirchturm die Umgebung be-
herrscht. Die Wirkung wird noch gesteigert durch nie-
drig gehaltene, nach der Kirche überleitende Arkaden,
die sich nach einem in günstigen Abmessungen gehal-
tenen Binnenhof, einem Krieger - Ehrenhof
öffnen. Der als Uebergang eingeschaltete Rathhausturm
mit dem vorgelegten Treppenhaus belebt das Städtebild
in günstigen Umrißlinien: die Eckgruppierung ist in
den Massen wirkungsvoll abgewogen. Ein Nachteil

Entwurf „Potrimpos“. Verfasser: Paul Engler in Gerdauen.
I. Preis von 4000 M.



Entwurf „Potrimpos“. Verfasser: Paul Engler in Gerdauen.
I. Preis von 4000 M.

der Arbeit ist, daß der Platz zwischen Kirche und Gymnasium keinen Abschluß gefunden hat und an der Stelle, wo die spätere Erweiterung vorgesehen ist, für lange Zeit ein Loch bleibt.

Der Entwurf „Zwei Plätze“ ordnet das Rathaus auf dem Grundstück V hinter der Kirche so an, daß eine gute, geschlossene Platzanlage zwischen Kirche und Gymnasium entsteht. Die Ecke des Grundstückes V nördlich der Kirche an der Kaiser Wilhelm-Straße ist durch ein Wohn- und Geschäftshaus wirtschaftlich zweckmäßig ausgenutzt. Die Grundrißanordnungen der Gebäude sind klar und übersichtlich; nicht zulässig ist es, die Erweiterung des Rathauses bis in das Nachbargrundstück vorzusehen. Die Ansichten der Wohn- und Geschäftshäuser sind schlicht und angemessen. Dagegen ist die Formengliederung des Rathauses im Anschluß an die vorhandenen Bauten nicht befriedigend.

Der Entwurf „Potrimpos“ zeichnet sich durch eine große künstlerische Reife, sowohl hinsichtlich der Grundrißlösung, wie auch der städtebaulich-architektonischen Auffassung aus. Das Rathaus in bevorzugter Lage erstreckt sich von der Ecke der Kaiser Wilhelm-Straße bis zum Gymnasium. Der Haupteingang und die Repräsentationsräume liegen an der Ecke der Kaiser Wilhelm-Straße. Bei großer Nutzungsmöglichkeit sowohl an Baufläche als im Baukörper bietet der Entwurf in der Gesamtgruppierung eine große städtebauliche Wirkung, in der der Kirchturm beherrschend in Erscheinung tritt. Neben dem Turm sind die in klaren Baugedanken durchgebildeten Baumassen ungemein sicher und günstig im Maßstab abgewogen. Auch in der Formengliederung ist das Rathaus glücklich der Kirche angepaßt, sodaß die zu schaffenden Gebäudewerte mit der Kirche eine gut abgewogene Einheit im Städtebild ergeben. Der Raum zwischen Kirchenchor und Gymnasium erhält durch einen günstig durchgebildeten Rathausflügel eine Abschlußwand, mit der ein wirkungsvoller Platz gewonnen wird. Mit geringen Mitteln sind auf dem Grundstück V städtebaulich große Werte erreicht. Der Arkadenhof ist künstlerisch vornehm gehalten. Ein wirtschaftlicher Nachteil ist die Anordnung des Ratskellers bis an die Ecke der Kaiser Wilhelm-Straße, wo ein wertvoller Eckladen angeordnet werden könnte. Auf diesen Vorteil hat der Verfasser aus schönheitlichen Rücksichten verzichtet.

Der Entwurf „Doppelkopf“ stellt in städtebaulicher Beziehung eine Arbeit von künstlerischen Reizen dar. Die wirtschaftliche Ausnutzung des Grundstückes V kann als glänzend bezeichnet werden. Besonders glücklich sind auch die Anordnung des Rat-

hauses in der Achse zwischen Gymnasium und Chor der Kirche und die dadurch geschaffene Platzanlage, die noch durch die Planung eines Laubenganges zwischen Geschäftshausblock und Hauptbau des Rathauses reizvolle und malerische Städtebilder erschließt. Der Grundriß des Rathauses ist klar, übersichtlich und gut belichtet. Die äußere Gestaltung zeigt eine vornehme, einfache Haltung, ohne malerische Reize zu entbehren, doch läßt die Einheitlichkeit zu wünschen übrig. Ein Mangel des Entwurfes ist die zu große Masse des Geschäftshausblockes Ecke Kaiser Wilhelm-Straße, insbesondere der zu große Giebel, der den Maßstab der Kirche beeinträchtigt.

Der Verfasser des Entwurfes „Unser Rathaus“ hat das Rathaus in die Achse zwischen Kirche und Gymnasium gestellt und hierdurch eine gute geschlossene Platzanlage geschaffen.

Der Verfasser des Entwurfes „Städtebau II“ erreicht durch Planung eines Geschäftshauses neben dem Rathaus eine vorzügliche wirtschaftliche Ausnutzung des Grundstückes V. Die Anordnung eines vornehmen großen Hofes zwischen Gymnasium, Kirche und Rathaus, mit dem Rathaus in der Mittelachse als Abschluß des Hofes, darf als eine wohlgelungene städtebauliche Lösung bezeichnet werden. Besonders lobenswert ist der klare Rathausgrundriß.

Die Stärke des Entwurfes „Das gelbe Projekt“ liegt in der vorzüglichen Ausnutzung des Grundstückes V. Es ist dem Verfasser gelungen, neben dem in der Achse zwischen Gymnasium und Chor der Kirche angeordneten Rathaus noch 3 Geschäftsgebäude zu planen. Die durch Gymnasium, Kirche und Rathaus mit dem Rathaus als Abschluß geplante geschlossene Platzanlage zeigt eine gute städtebauliche Lösung. Die Grundrisse des Rathauses wie der 3 Wohn- und Geschäftsgebäude zeichnen sich trotz ihrer gedrängten Raumordnung durch Einfachheit, Klarheit und Uebersichtlichkeit aus.

Die Preisrichter beschlossen mit Stimmeneinheit:

Dem Entwurf „Potrimpos“, Verf.: Paul Engler in Gerdauen den I. Preis mit 4000 M., dem Entwurf „Weißer Stern auf schwarzem Feld“, Verf.: Stoffregen in Gerdauen, den II. Preis mit 2500 M. dem Entwurf „Doppelkopf“, Verf.: Rossius-Rhyn in Lyck, den III. Preis mit 1800 M. zu erteilen: den Entwurf „Das gelbe Projekt“, Verf.: Kumpf in Lyck, und den Entwurf „Städtebau II“, Verf.: Meier in Angerburg, mit je 900 M. anzukaufen und die Entwürfe „Zwei Plätze“ und „Unser Rathaus“ zum Ankauf zu empfehlen. —

Das Baltische Polytechnikum in Riga.

Die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Universität Dorpat, des alten geistigen Mittelpunktes der baltischen Länder, lenkt die Aufmerksamkeit des deutschen Mutterlandes auch auf das Baltische Polytechnikum in Riga, den anderen Mittelpunkt des deutschen Geisteslebens in den östlichen deutschen Ländern, der aber nicht entfernt auf das Alter zurückblicken kann, wie die deutsche Hochschule in Dorpat. Deren Gründung fällt noch in die Zeit des Dreißigjährigen Krieges. Es war am 30. Juli 1632, daß Gustav Adolf von Schweden im Lager von Nürnberg, kurz vor seinem im gleichen Jahr erfolgten Tod in der Schlacht bei Lützen, die Urkunde zur Eröffnung der „Academia Dorpatensis ad Embaccem“, am Embach, der späteren „Academia Gustaviana“, unterzeichnete. Die Professoren erhielten kein Gehalt, sondern wurden für ihre Lehrtätigkeit durch Gerste, Roggen, Weizen und andere Naturalien entschädigt. Es kann daher nicht überraschen, daß diese Hochschule nach einer kurzen Zeit der Blüte dem Niedergang entgegen ging, und zudem nach kaum 25-jährigem Bestehen mit der Stadt durch die Russen zerstört wurde. Erst das Jahr 1690 sah nach der Wiederoberung der Stadt durch die Schweden die Wiedereröffnung der Universität unter Karl XI., die jedoch bereits um die Jahrhundertwende nach Pernau flüchten mußte, das Peter der Große im „Nordischen Krieg“ 1710 eroberte. Die Universität verfiel und blieb fast ein Jahrhundert lang geschlossen. Ende 1802 wurde die Hochschule als kurländische Universität durch Alexander I. von Rußland neu gegründet und erlebte als deutsche Hoch-

schule in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ihre größte Blüte. Ihre Bedeutung als Mittelpunkt des deutschen Geisteslebens in den baltischen Ländern hielt an, bis 1889 durch Alexander III. die Russifizierungs-Bestrebungen einsetzten. Von diesem Zeitpunkt ab sank das Ansehen der Hochschule von Jahr zu Jahr, bis sie vor dem Völkerring nur noch der Schatten ihrer einstigen Bedeutung war. Sie soll nunmehr in altem Glanz wieder erstehen; die Immatrikulationen an ihr beginnen am 2. September dieses Jahres. Die Schwierigkeiten in der Neubeschaffung der von den Russen verschleppten Lehrmittel, insbesondere der Bibliothek, hofft man bald besiegen zu können. Heute wird wieder wahr, was einst, 1629, Nicolaus Specht in seiner „Orelia de Livonia“ in Wittenberg schrieb, als Livland unter schwedischer Herrschaft glücklicheren Zeiten entgegen zu gehen schien: „Livland, Du Denkmal unsaglicher Ausdauer, unvergänglicher Frömmigkeit, Du Land des Leidens, der Drangsal und Gefahren — mein Vaterland, daß Du aus Kriegen und unendlichen Gefahren unverletzt hervorgegangen, glänzender und größer entstanden bist!“

Dazu aber wird auch die Wiedereröffnung des Baltischen Polytechnikums in Riga beitragen, die von den schicksalreichen Ländern der östlichen Ostsee, aber auch von weiten Kreisen des deutschen Mutterlandes sehnlichst gewünscht wird. Auch hier gilt es, wieder aufzubauen und wenn einst der russische Feldherr Scheremjew an Peter den Großen schreiben konnte: „Zwischen Reval und Riga ist nichts mehr zu zerstören“, so ist das auch die heutige Lage der deutschen Geisteswissenschaften und

schen Ritterschaften, der Städte Reval und Riga, der St. Marien- und St. Johannis-Gilde und der Revalschen und Rigaschen Börsen-Kaufmannschaft. Die lange Liste der Mitglieder seit 1866 enthält eine Reihe großer Namen.

Die wissenschaftliche Leitung der Hochschule obliegt einem Lehr-Komitee, das sich aus den ordentlichen Professoren aller Abteilungen zusammensetzt. Aus seiner Mitte wählt es die Direktoren oder Rektoren, die Vize-Direktoren oder Prorektoren, und die Dekane der einzelnen Abteilungen. Es bestehen an der Anstalt eine Architekten-Abteilung, eine Ingenieur-Abteilung, eine Feldmesser-Abteilung, eine Mechanische Abteilung, eine Chemische Abteilung, eine Landwirtschaftliche Abteilung und eine Handels-Abteilung. Auch unter den Lehrkräften finden sich eine große Reihe der angesehensten Namen, hervorragende Männer der Wissenschaft und Kunst. Man berief sie aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz und sie verstanden es, der jungen Anstalt nicht nur eine wissenschaftlich gesicherte Stellung zu verschaffen, sondern auch ihren Ruf weit über die Grenzen Rußlands hinaus zu tragen. Wenn auch manche nach kürzerer oder längerer Wirksamkeit in



Entwurf „Potrimpos“. Ansicht vom Punkt B. Verfasser: Paul Engler in Gerdauen. I. Preis von 4000 M.
Das Preisausschreiben für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebäude in der Umgebung der evangelischen Kirche
in Lyck in Ostpreußen.

Bestätigung des Unternehmens erwirkt werden könnte, das am 2./4. Oktober 1862 mit 15 Schülern ins Leben trat. Es war eine private Hochschule mit eigener Verfassung, eigener Verwaltung auf eigener finanzieller Grundlage. Erster seit 1874 gewährte die russische Regierung den bescheidenen Beitrag von 10 000 Rubeln und sie erhöhte diesen Beitrag trotz wiederholten Ansuchens auch dann nicht, als sie 1896 zu einer zwangsweisen Reorganisation mit Einführung der russischen Unterrichtssprache schritt. Erst als die erzwungene Anordnung des Lehrprogrammes, die Verlagerung der Studienzeit und die Vermehrung des Lehrpersonales einen bedrohlichen Niedergang der finanziellen Hilfsmittel verursachten, verstand sie sich nach einigen außerordentlichen Unterstützungen seit 1905 zu einer Erhöhung der Jahressubvention auf 100 000 Rubel. Die ökonomische Leitung der Anstalt lag unausgesetzt in den Händen eines Verwaltungsrates, der sich aus Vertretern der an der Gründung und dem Unterhalt der Anstalt beteiligten Stände und Institutionen zusammensetzt; es sind Delegierte der estländischen, kurländischen, livländischen und oesel-

ihre Heimat zurückkehrten, so wurden, wie der Geschichtsschreiber ausführt, „dadurch erst recht die Beziehungen der baltischen Hochschule zur deutschen Wissenschaft hergestellt und aufrecht erhalten“. Nach der Reorganisation der Jahres 1896 und nach der vermehrten Einflußnahme der russischen Regierung auf die Hochschule „war natürlich ein Zuzug frischer Lehrkräfte aus dem Auslande nicht mehr möglich“. Hoffmann nennt eine Reihe der angesehensten Namen, die mit dem Entstehen und Werden des Polytechnikums untrennbar verbunden sind und aus ihm im Gegensatz zu anderen russischen Hochschulen eine Stätte erster wissenschaftlicher Arbeit machten. Wir glauben es diesen Männern schuldig zu sein, sie auch hier zu nennen; es sind: der Physiker A. Töppler (später in Dresden), der Professor der Bauwissenschaften und Erbauer des Polytechnikums G. Hilbig, die Professoren für Maschinenbau C. Lovis und L. Lewicki (Dresden), sowie C. Moll (Karlsruhe), die Professoren für darstellende Geometrie A. Schell (Wien) und A. Beck (Zürich), die Nationalökonom E. Laspeyres, G. Cohn, A. von

Miaskowsky und F. Kleinwächter, die Professoren der Landwirtschaft K. Hehn, Jegor von Sivers, Fr. Schindler (Brünn) und W. von Knieriem, die Professoren für Graphostatik und Brückenbau W. Ritter (Zürich), G. Lang (Hannover) und H. Malcher (Oesterreich), die Professoren für mechanische Technologie Ed. Pfuhl (Berlin), für Elektrotechnik E. Arnold (Karlsruhe), für physikalische Chemie und Philosophie W. Ostwald (Leipzig), für technische Mechanik M. Grübler (Dresden), für Architektur J. Koch (Karlsbad) und K. Mohrmann (Hannover), für Chemie P. Walden usw. Unter ihnen leuchteten deutsche Wissenschaft und Kunst, unter ihnen wurden die Ideale deutscher Hochschulen, die akademische Freiheit des Lehrens und Lernens, hoch gehalten. „Das Baltische Polytechnikum glich einer Oase, wo eine Autonomie herrschte, als in den russischen Anstalten verklaustrierte Statuten jede Selbstbestimmung eliminierten und jede naturgemäße Evolution vernichteten.“

Das Baltische Polytechnikum besaß Lehrfreiheit, keine Kurse mit Studiengang, sondern das Fachsystem. Die Studienpläne wurden dem jeweiligen Stand der Wissenschaft und der Individualität der Lehrkräfte „angepaßt“. Dem Studierenden stand Freizügigkeit innerhalb der einzelnen Abteilungen offen. Die theoretische Studiendauer betrug 4 Jahre, konnte jedoch je nach der Individualität und den Zielen des einzelnen Studierenden verlängert werden. Es wurden Diplome auf Grund selbständiger Arbeiten und Dissertationen verliehen. Dieses und die ernste Wissenschaftlichkeit waren der Grund des stetig wachsenden Besuches der Hochschule. 1862—63 begann die Hochschule mit 23 Vorschülern, 1863—64 war sie von 16 Studierenden, 10 Ingenieuren, 2 Chemikern und 4 Landwirten besucht. Um die Jahrhundertwende, 1900 auf 1901, stieg die Zahl der Studierenden auf 1753, darunter 133 Architekten, 337 Ingenieure, 407 Mechaniker, 382 Chemiker, 182 Landwirte und 312 Handelsakademiker. Die höchste Zahl der Besucher, so lange die Hochschule in Riga war, hatte sie 1913—14 mit 2088 Studierenden, eine Zahl, die auf 2626 im Winter 1915 bis 1916 stieg, als die russische Regierung die Verlegung nach Moskau verfügte. Nach der Konfession waren 1913 bis 1914 1255 evangelisch-lutherische, 419 griechisch-orthodoxe, 228 römisch-katholische, 136 jüdische Studierende, während 50 verschiedenen Bekenntnissen angehörten.

Da die Hochschule aus Mitteln der Gemeinde erhalten und von einem unabhängigen Verwaltungsrat geleitet wurde, dessen Mitglieder ihre Ämter als Ehrenämter verwalteten, so bildeten sich bald bestimmte Ueberlieferungen im inneren Leben der Hochschule heraus. „Auch mußten die deutsche Vortragssprache, die eigenartige Verfassung und die große Zahl deutscher Lehrkräfte die Sympathien und die Denkweise der Studierenden nach deutschem Vorbild entwickeln.“ Auf diese im fremden Lande geradezu idealen Verhältnisse fiel 1892 wie ein Reif in der Frühlingsnacht die Russifizierung der Hochschule. Die Fortführung der Hochschule mit deutscher Vortragssprache wurde unmöglich in einer Zeit, in der „selbst die allerkleinsten nichtrussischen Privatunterrichtskreise gerichtlich verfolgt und geahndet wurden“. Hier gab es nur einen Ausweg: sich unter das Joch beugen, sollte nicht das Weiterbestehen der Anstalt überhaupt in Frage kommen. Es gelang aber doch den zielbewußten Leitern des Institutes, von der russischen Regierung zu erwirken, daß die seinerzeit durch den Kaiser bestätigten Anrechte des Verwaltungsrates keinerlei Beschränkungen erfuhren, das Lehrpersonal möglichst unverändert blieb und der Schule alle die Rechte zuerkannt wurden, welche die übrigen technischen Hochschulen des Reiches damals genossen. Unter diesen Voraussetzungen konnte der Schule der Rang als einer nach wie vor in Rußland einzig dastehenden Hochschule erhalten werden. Der Zustand war nun der: „sie hatte ihre eigene Verfassung, ihre eigene Verwaltung, ihre eigenen Immobilien, Inventarien und Kapitalien, sie hatte keinen Kurszwang und keine Inspektion, wie sie an den russischen Hochschulen üblich sind; die Regierung hatte nicht das Recht, irgend welche Lehr- oder Verwaltungsämter von sich aus zu besetzen, sondern dieses blieb der Wahl seitens des Lehrkomitees bzw. des Verwaltungsrates überlassen.“

Die Anstalt erhielt nunmehr die Bezeichnung „Polytechnisches Institut“ und wurde 1896 mit Staatsrechten bedacht. Das hatte massenhaften Zuzug von Studierenden namentlich aus dem Inneren des Reiches zur Folge. Denn die deutsche Unterrichtssprache war ja gefallen. Aber die Lehrerschaft bestand doch fast ausnahmslos aus Deutschen, die selbst Absolventen des alten Polytechnikums oder Zöglinge der alten Universität Dorpat waren; auch waren der Anstalt von früher noch eine Anzahl ausländischer Professoren erhalten. Verwaltungsrat und Lehrerkollegium konnten hierdurch den Ueberlieferungen treu bleiben, welche „die ehemalige polytechnische Schule

groß und bekannt gemacht hatten. Beide betrachteten es als ihre Pflicht, der von ihnen geleiteten Anstalt auch unter den uniformierenden Bestrebungen der Regierung, soweit als irgend möglich, die lokale Eigenart zu bewahren, welche die Gründer und Erhalter der Hochschule stets im Auge gehabt haben“.

Unter den Studierenden waren fast alle Nationalitäten des russischen Reiches vertreten. Die Evangelisch-Lutherischen kamen zum größten Teil aus den Ostseeprovinzen und bildeten stets die Mehrheit; die Griechisch-Orthodoxen kamen aus den inneren Gouvernements Rußlands, die Katholiken meist aus Polen und Litauen. Dieser Herkunft gemäß entwickelte sich auch das Verbindungswesen neben den wissenschaftlichen Vereinigungen.

Im Juli 1915 mußte das „Polytechnische Institut“ auf Verlangen der Militärbehörde aus Riga entfernt werden. Die Lehrer und Verwaltungsbeamten gingen nach Dorpat, während das Inventar, die Bibliothek, die Sammlungen und die Apparate nach Nishni-Nowgorod überführt wurden. Da jedoch die Lehrtätigkeit mit den ständig angestellten Lehrkräften allein in Dorpat nicht wieder aufgenommen werden konnte, verfügte die Regierung die Uebersiedelung nach Moskau, wo der Unterricht vom Oktober 1915 drei Jahre in der mühsamsten Weise fortgeführt wurde. Zuletzt hatte das Institut nur noch 1000 Hörer, darunter 400 aus den baltischen Provinzen. Am 28. April 1918 wurde auf Beschluß der Lehrerschaft der Unterricht gänzlich eingestellt und letztere kehrte mit Vermögen und Inventar nach Riga zurück. Das war eine Folge des inzwischen eingetretenen Friedensschlusses mit Rußland.

Der Wiederbeginn der Lehrtätigkeit in Riga ist für den Zeitpunkt ins Auge gefaßt, zu dem eine von der deutschen Regierung erbetene Unterstützung gewährt wird, da die Verwaltung des Institutes, das nunmehr nach dem Vorbild der deutschen und österreichischen Anstalten „Technische Hochschule“ heißen wird, ohne eine solche unter den neuen Verhältnissen unüberwindlichen Schwierigkeiten sich gegenüber sehen würde. Man darf nicht an der Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zweifeln, die Hochschule in altem, ja vermehrtem Glanz wieder stehen zu lassen, zumal sie über reichen Besitz verfügt, der ihr erhalten bleiben wird. Dieser Besitz besteht in der 1914 rd. 63 000 Bände umfassenden allgemeinen Bibliothek, zu der noch die Fachbibliotheken kommen. Hierzu treten noch die Bibliotheken des Börsen-Komitees und des „Technischen Vereins“ von Riga. Da diese Bibliotheken mit den Sammlungen und Apparaten nach Moskau und Nishni-Nowgorod kamen, so ist es vielleicht nicht ganz zweifellos, ob sie dem Institut wieder zurück gegeben werden. Das Mobilium ist in Riga geblieben. Hierzu tritt ein Barvermögen von 1 075 000 Rubel. Vor allem aber sind der Hochschule die Gebäude verblieben: das Hauptgebäude am Thronfolger-Boulevard, dessen Wert 1915 auf 520 600 Rubel geschätzt wurde; es enthält die Aula, Verwaltungsräume, Hörsäle, Zeichensäle, Sammlungsräume und die Bibliothek; ferner das Ergänzungsgebäude am Puschkin-Boulevard für Naturwissenschaften, Chemie und Landwirtschaft. Es hat einen Wert von 644 600 Rubel. Erweiterungsbauten waren geplant für eine neubegründete Forst-Abteilung und für ein Maschinen-Laboratorium. Der Krieg hat ihre Ausführung verhindert.

Das sind die geschichtlichen und wirklichen Grundlagen für die Wiederaufrichtung der Baltischen Technischen Hochschule, die „dem einmütigen Wunsch und Erwarten des ganzen Landes entspricht, welches in dieser Lehranstalt einen deutschen Kulturfaktor und unter den neuen Lebensbedingungen eine bleibende Stätte deutscher Wissenschaft, Kunst und Technik erhofft“. Und so bleibt auch hier das Goethe-Wort in Geltung: „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten!“ —

Chronik.

Kunstbrunnen für Leipzig. Der Leipziger Verlagsbuchhändler Dr. phil. Arnold Hirt hat der Stadt Leipzig zur Errichtung eines figurenreichen Monumentalbrunnens ein Kapital von 80 000 M. gestiftet. Mit den künstlerischen Arbeiten ist der Bildhauer Reinhold Carl in Leipzig beauftragt worden. —

Der Wiederaufbau in Stambul, des Teiles der alten Stadt von Konstantinopel, der kürzlich durch einen großen Brand zerstört wurde — es ist der Stadtteil zwischen dem Goldenen Horn und dem Marmara-Meer bei der Alten Brücke —, durch den 100 000 Menschen obdachlos wurden, ist dem schweizerischen Architekten Prof. Zürcher anvertraut worden. —

Inhalt: Das Preisausschreiben für den Wiederaufbau der kriegszerstörten Gebäude in der Umgebung der evangel. Kirche in Lyck. — Das Baltische Polytechnikum in Riga. — Chronik. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Ansicht des Direktor-Wohnhauses.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. N^o 64. BERLIN, DEN 10. AUGUST 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Der Neubau der Brandenburgischen Hebammen-Lehranstalt und Frauen-Klinik in Neukölln.

Architekt: Landesbaurat Geheimer Baurat Professor Theodor Goecke in Berlin.

(Schluß aus N^o 62).

Hierzu eine Bildbeilage, sowie die Abbildungen S. 282 und 283.



Der Aufbau der Baugruppe erfolgte in Backstein, der künstlerische Charakter ist der des farbig behandelten Putzbaues mit interessanter Verwendung von Terrakotten. Schon durch die begrenzten Mittel bedingt, ist der Flächencharakter vorherrschend; aus den Flächen sind die Öffnungen, die nur in den Erdge-

schossen von Umrahmungen begleitet sind, in schlichter Weise ausgeschnitten. Mit bescheidenem Reichtum an keramischem Schmuck ist, wie die Bildbeilage zu N^o 62, sowie die Abbildung S. 263 zeigen, der Haupteingang des Verwaltungsgebäudes bedacht. Die säulenartige Gliederung der Unterfahrt, die Umrahmung ihrer Bogenstellung, die friesartige Behandlung der Brüstung, die Brüstungs-Füllungen der gekuppelten Fenster zeigen eine in hohem Grade eigenartige künstlerische Behandlung bei ansprechender Erfindungsgabe. Es sind Werke, deren Modelle die Bildhauer Roch und Feuerhahn in Berlin-Schöneberg für die keramischen Anstalten von Blumenfeld in Velten und Ernst Teichert in Meißen geschaffen haben. Bei der Ausführung des Rohbaues sind in erster Linie Bauhandwerker von Neukölln und von Vororten Groß-Berlins tätig gewesen, die zum Provinzialverband gehören. Das bezieht sich auch auf den Ausbau, der bei der immerhin begrenzten Bausumme in schlichtester Weise durchgeführt werden mußte und der zudem noch, namentlich was die ärztlichen Einrichtungen anbelangt, unter dem

beschränkenden Einfluß des Krieges gelitten hat. Bescheidenen Schmuckes sind nur wenige Räume des Inneren teilhaftig geworden; so wurden der Taufsaal und der Hörsaal durch die Maler Mayer und Weber in Berlin-Wilmersdorf ausgemalt, während die Glasfenster der Haupttreppenhäuser und des Taufsaales durch die Werkstätten von Puhl & Wagner, sowie Heinersdorff in Berlin-Treptow eine schlichte Ausstattung erhalten haben. Bemerkenswert ist auch die Behandlung der Treppengeländer der Haupttreppenhäuser durch leicht ornamental behandelte Architekturstücke aus gebranntem und glasiertem Ton.

Bei der Durchführung des Bauprogrammes und bei der Ausarbeitung des ärztlichen Einrichtungsplanes stand dem leitenden Architekten der Direktor der Anstalt, Prof. Dr. Hammerschlag, beratend zur Seite. Mit der örtlichen Bauleitung war der Architekt Karl Oettinger betraut, der energisch und umsichtig waltete. Gleich rühmlich stand der Ausführung der technischen Anlagen der Maschinen-Ingenieur Tilly vor.

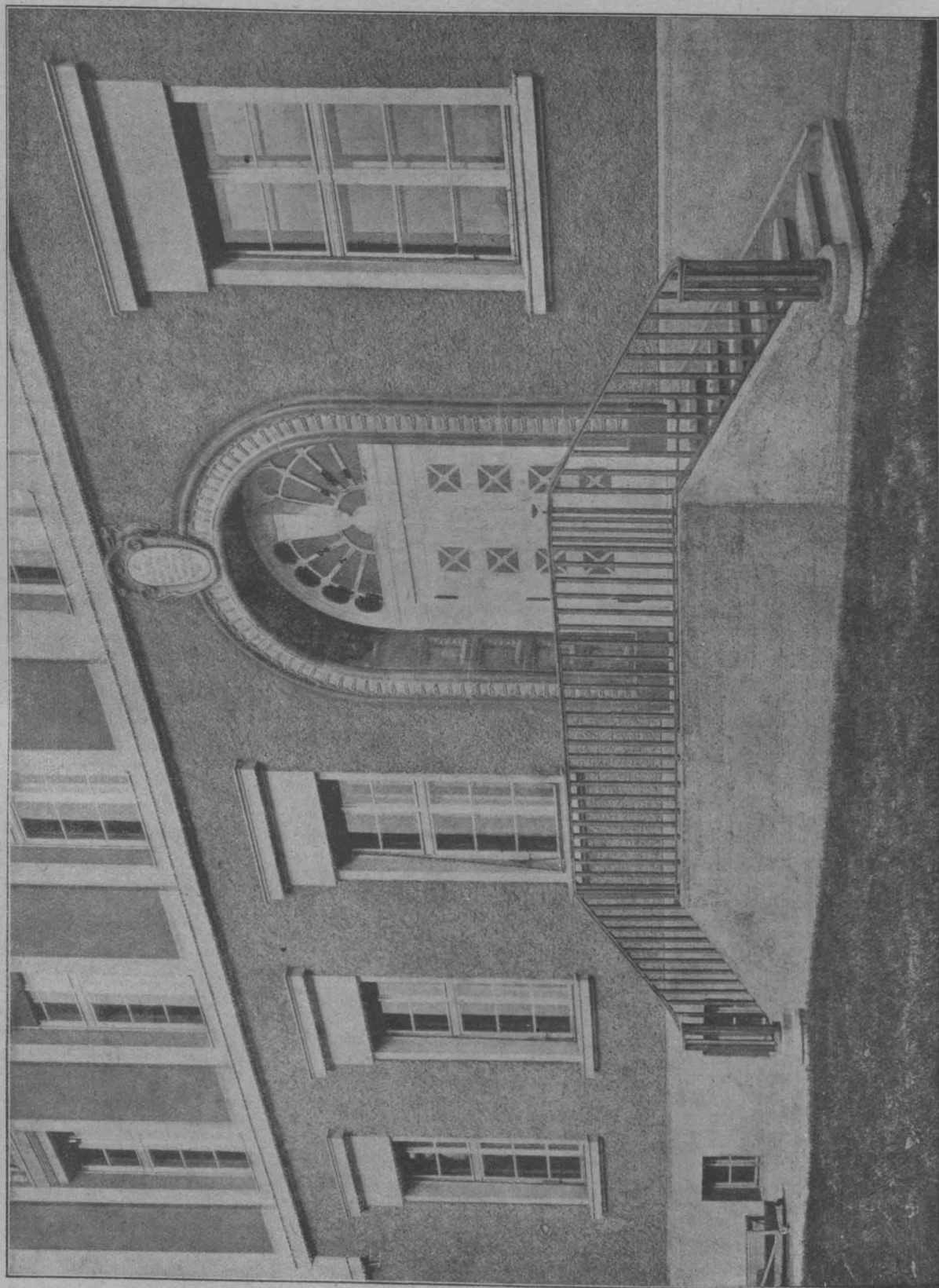
Nach Errichtung des geplanten städtischen Säuglingsheimes wird die Stadt Neukölln, die trotz der anregenden und befruchtenden Tätigkeit des verstorbenen Kiehl ihren ganzen Verhältnissen nach darauf verzichten muß, Anspruch auf ein durch die Kunst harmonisch gehobenes deutsches Städtebild zu erheben, hier doch durch eine geschlossene Baugruppe bereichert sein, die im Verein mit der Rathaus- und einer neuen Platzgruppe Zeugnis davon ablegt, daß der Wille, hervorragende Punkte des Stadtplanes veredelnd auszuzeichnen, glückliche Erfüllung findet. —

Vermischtes.

Vollkommener Blitzschutz für Haus, Leben und Eigentum. Die Blitzschäden mehren sich von Jahr zu Jahr. Besonders auf dem Lande ist der durch Einschläge verursachte Verlust ein bedeutender. Mit allen Mitteln sollte deshalb auf eine Verminderung des Blitzschadens hingearbeitet werden. Hierbei ist die Wahl des Systems von ausschlaggebender Bedeutung.

heit dafür bietet, daß Leben und Eigentum innerhalb der Häuser vollkommen geschützt und daß auch die kleinsten Nebentladungen zur Erde abgeführt werden, ohne Schaden anzurichten. Wir meinen die Hinderthürsche gemeindeweise Blitzschutz-Anlage unter Benutzung elektrischer Ortsnetzleitungen oder Gas- oder Wasserleitungen.

Genanntes System stellt eine alle atmosphärische Ent-



Der Neubau der Brandenburgischen Hebammen-Lehranstalt und Frauen-Klinik in Neukölln. Mittelteil des Entladungshauses.

Leider herrscht noch in weiten, auch technischen Kreisen Unklarheit über die zweckmäßigste Art der Ausführung des Blitzschutzes. Viel zu sehr lebt man immer noch der Auffassung, daß nur tenere Blitzableiter-Anlagen mit Platin oder vergoldeten Spitzen geeignet seien, atmosphärische Entladungen aufzunehmen. Hiermit soll aber auf ein billiges Blitzschutz-System hingewiesen werden, das Sicher-

ladungen sicher ableitende Anlage dar, die aus einer oder mehreren Oberleitungen besteht. Die Oberleitungen sind mit einer Anzahl von Ableitungen mit Wasser- und Gas-Röhren oder sonstigen guten Erdungen verbunden. Durch diese Anordnung und die dadurch bedingten sehr billigen Herstellungskosten werden innerhalb einer Gemeinde eine große Zahl von Blitzschutz-Anlagen geschaffen, die einen



DIE BRANDEN-
 BURGISCHE HE-
 BAMMEN-LEHR-
 ANSTALT UND
 FRAUEN-KLINIK
 * IN NEUKÖLLN. *
 * ARCHITEKT: *
 LANDESBaurat
 GEHEIMERBaurat
 PROF. TH. GOECKE
 * * IN BERLIN. * *
 * ANSICHT DES *
 HÖRSAALES IM
 VERWALTUNGS-
 ** GEBÄUDE. **
 === DEUTSCHE ===
 * BAUZEITUNG *
 52. JAHRGANG 1918.
 * * * No. 64. * * *

wesentlich größeren Schutz gegen Blitzgefahr gewährleisten, als die mit großen Kosten nur an einzelnen Gebäuden errichteten.

Wenn eine Einzelanlage in der Regel nicht unter 100 bis 250 M. herzustellen ist, dann erfordert die gemeindeweise Blitzschutz-Einrichtung nur einen Kostenaufwand von 5 bis 50 M. Sehr vorteilhaft ist die genannte Einrichtung bei vorhandenen oder neu anzulegenden Oberleitungen

rische Elektrizität ober und innerhalb der zu schützenden Bauten, daß ferner möglichst viele Ableitungen nach der Erde und daß schließlich tunlichst großflächige, weit verzweigte, möglichst zu Ringleitungen geschlossene Leitmassen im Erdreich zur leichten und schnellen Aufnahme oder Ausgleichung der atmosphärischen Elektrizität in der Erde ohne jede Funken- oder Feuererscheinung an den Leitungen geschaffen werden. Das Hinderthür-System er-



Der Neubau der Brandenburgischen Hebammen-Lehranstalt und Frauen-Klinik in Neukölln.
Ansicht aus dem Treppenhaus des „Entbindungs-Hauses“.

elektrischer Ortsnetze, in welchem Fall die Mehrkosten nur 5 bis 30 M. für jedes Haus betragen.

Bei jeder Blitzschutz-Anlage gelten die Forderungen, daß möglichst viele Auffang-Möglichkeiten für atmosphä-

füllt alle diese Forderungen. Sein Vorzug beruht darin, daß es die Blitzenergie zweckmäßig zur Verteilung bringt. Durch eine über alle Gebäude geführte Leitung wird nicht allein eine große Auffang-Möglichkeit hergestellt, sondern es wer-

den auch durch Ableitungen mindestens an allen denjenigen Stellen, wo die höchstliegenden Fangleitungen durch Stützpunkte auf den Dächern befestigt sind, unter Benutzung der Wasserleitung und der an den elektrischen Leitungen etwa vorhandenen Metallhüllen oder durch eine besondere, jede Nebenentladung ausschließende Leitung die atmosphärischen Entladungen glatt zur Erde geführt.

Wie langjährige Erfahrung gezeigt hat, stellt das System Hinderthür den solidesten, wirksamsten und dabei billigsten Blitzschutz dar. Sehr zweckmäßig ist er namentlich für kleinere Gemeinden, in denen er zugleich auch die Bereitwilligkeit zu elektrischen Anschlüssen zu fördern vermag. —

Ehrendoktoren technischer Hochschulen. Rektor und Senat der Technischen Hochschule in Stuttgart haben dem Landtagsabg. Geh. Komm.-Rat Philipp Wieland in Ulm die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen „in Anerkennung seiner verdienstvollen Tätigkeit im öffentlichen Leben zum Wohl der Gesamtheit, insbesondere seiner Bemühungen um das Schulwesen und um die Ausbildung der Ingenieure, sowie in Anerkennung seiner Leistungen auf dem Gebiet der für die Landesverteidigung wichtigen Metallindustrie“. —

Die Technische Hochschule in Karlsruhe hat die Würde eines Doktor-Ingenieurs ehrenhalber verliehen dem Professor der Kunstgeschichte an der Universität Bonn, Geh. Reg.-Rat Dr. Paul Clemen, „in Anerkennung seiner erfolgreichen Tätigkeit für die Pflege der Kunstdenkmäler in den zurzeit besetzten feindlichen Gebieten“; ferner dem Ingenieur Ludwig Wartensleben, Direktor der Strebelwerke in Mannheim, „in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung der Zentralheizungstechnik, insbesondere durch Vervollkommen der Erzeugnisse des Strebelwerkes“. —

Zur Neubesetzung des Lehrstuhles für Formen- und Stillehre der Baukunst an der Technischen Hochschule in München. Am 1. Sept. 1918 tritt der ausgezeichnete Architekt und Professor für Formen- und Stillehre an der Technischen Hochschule in München, Geh. Hofrat Prof. Jos. Bühlmann, über dessen 70. Geburtstag wir Seite 334 des Jahrganges 1914 unserer Zeitung berichteten, vom Lehramt zurück. An seine Stelle, der aus der Schweiz nach München kam, wurde wieder ein Schweizer, der ordentliche Professor für Baugeschichte und Bauformenlehre an der Technischen Hochschule in Stuttgart, Dr.-Ing. Ernst Robert Fiechter berufen. Fiechter wurde 1875 in Basel geboren und machte seine fachlichen Studien an der Technischen Hochschule in München, an der er von 1901—1911 als Assistent und Privatdozent wirkte. Im letzteren Jahr wurde er als ordentlicher Professor für Baugeschichte und Bauformenlehre an die Technische Hochschule in Stuttgart berufen, wo er bis zum Schluß dieses Sommersemesters tätig war, um vom nächsten Wintersemester ab in München zu lehren. Fiechter ist in Stuttgart durch einen viel beachteten Vortrag an Königs-Geburtstag an die Öffentlichkeit getreten und hatte sich auch mit Eifer der württembergischen Baugeschichte und Denkmalpflege gewidmet. Sein Hauptarbeitsgebiet war die antike und frühchristliche Baukunst der Länder des Mittelmeeres. —

Die Stelle des Stadtbaumeisters für Hochbau in Bochum wird bei einem Gehalt von 6400—10000 M. und alle 3 Jahre 600 M. Zulage, mit Bewerbung zum 20. August 1918 ausgeschrieben. Die Aufforderung zur Bewerbung richtet sich an „künstlerisch befähigte Regierungsbaumeister oder Diplomingenieure, möglichst mit längerer Tätigkeit in städtischen Verwaltungen, welche Erfahrungen auf dem Gebiet der Baupolizei, der Bauberatung, der Stadterweiterung, der Entwurfsbearbeitung und Ausführung von kleineren und größeren Hochbauten haben“. Ueber die Stellung des zu Wählenden im Magistrat ist nichts bemerkt. —

Großes Vermächtnis eines österreichischen Architekten. Der Architekt und Baumeister Georg Demski, der am 26. Juni 1918 in Vöslau-Gainfarn gestorben ist, hat der „N. Fr. Pr.“ zufolge 1370 000 K. für wohltätige und gemeinnützige Zwecke vermacht. Nach seinem letzten Willen fällt der Kaiser Franz Josefs-Stiftung für Volkswohnungen ein Betrag von 1 Million Kronen zu. Architekt Demski hat der Stiftung schon bei Lebzeiten großes Interesse entgegengebracht und auch Pläne für Kleinwohnungen angefertigt. Der Kaiser Franz Josefs-Stiftung des Ingenieur- und Architektenvereins vermachte er 100 000 K., dem Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein zur Förderung wissenschaftlicher Arbeiten gleichfalls 100 000 K., der Wiener Technischen Hochschule zur Unterstützung wissenschaftlicher Arbeiten ebenfalls 100 000 K., der Akademie der bildenden Künste in Wien zur Errichtung einer Josef

Olbrich-Stiftung 20 000 K. Der Rest sind wohltätige Stiftungen. Architekt Demski hat der Akademie der bildenden Künste in Wien auch zu Lebzeiten zur Förderung gemeinnütziger Zwecke namhafte Beträge zur Verfügung gestellt. Die jetzt letztwillig vermachten Summen sollen nach dem Tod der Witwe Demskis flüssig werden. Architekt Demski war 1844 zu Biala, Galizien geboren und hat eine große Anzahl Zinshäuser, namentlich auf der Ring-Straße in Wien errichtet. Auch der Grillparzerhof in der Spiegel-Gasse ist nach seinen Plänen erbaut.

Diese Stiftungen verdienen es zweifellos, aus der Flut der Tages-Ergebnisse heraus gehoben zu werden. —

Ein österreichisches Bayreuth. Seit längerer Zeit schon sind in Oesterreich Bestrebungen im Gang, die schöne Stadt Salzburg zu einem österreichischen Bayreuth zu machen und dort ein Festspielhaus nach dem Vorbild der Bayreuther und der Münchener Anlage, jedoch angepaßt den anders gearteten Verhältnissen in Salzburg zu errichten. Vor einem Jahr, im August 1917, wurde der Verein „Salzburger Festspielhausgemeinde“ gegründet, der seinen Sitz in Wien, im Gebäude der Gesellschaft der Musikfreunde, hat. Man knüpft große Erwartungen an die Erbauung eines solchen Hauses, von dem man annimmt, daß es als erstes und einziges auf österreichischem Boden in kultureller wie in volkswirtschaftlicher Beziehung den größten Einfluß auf die Entwicklung Salzburgs als Kunststadt haben werde. Und nicht das allein, man erwartet von ihm eine Hebung der österreichischen musikalischen und darstellenden Kunst überhaupt. Ja, man glaubt, daß sich nach der Errichtung eines Festspielhauses aus Salzburg eine europäische Kunstzentrale mit dem Ziel der geistigen Annäherung der Völker nach dem Krieg entwickeln könne. Gerhart Hauptmann bezeichnete Mozart-Festspiele und ein Mozart-Festspielhaus in Salzburg für den natürlichsten und glücklichsten Gedanken, den es geben könne. „Der immerquellende Brunnen reiner Poesie inmitten der wundervollen Stadt und der herrlichsten Natur.“ Wir glauben jedoch, daß die Darstellungen nicht auf Mozart und die Oper beschränkt bleiben würden, daß vielmehr auch das Schauspiel hier eine angemessene Stätte finden dürfte.

Es ist noch nicht allgemein bekannt, daß ähnliche Bestrebungen schon wiederholt auch für Potsdam bestanden haben, das ein preußisches Bayreuth werden könnte und in der Freundschafts-Insel ein Gelände besitzt, das, zwischen Bahnhof und Stadt gelegen, für die Errichtung eines Festspielhauses eine geradezu glänzende Lage besitzt. Alexander von Humboldt war es, der Salzburg und Potsdam in eine Parallele stellte, ein Vergleich, der auch zu naheliegenden anderen Schlüssen Anlaß geben könnte. —

Chronik.

Die Frage des Baues von Städtesschnellbahnen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, der bisher an dem Widerstand des preuß. Ministers der öffentl. Arbeiten gescheitert ist, wird jetzt erneut in Köln, Essen, Düsseldorf aufgegriffen. Es handelt sich namentlich um die Linien Köln—Düsseldorf, Düsseldorf—Dortmund, Düsseldorf—Elberfeld. Die jetzige Verkehrsnot hat den Plänen neue Bedeutung gegeben und vielleicht stellt sich nunmehr auch die Eisenbahnverwaltung anders zu der Angelegenheit. —

Einen Monumentalbrunnen für Leipzig hat der Verlagsbuchhändler Dr. Arnold Hirth der Stadt gestiftet. Er soll im Albert-Park Aufstellung finden. Mit der Ausführung ist von der Stadt der Leipziger Bildhauer Heinrich Carl beauftragt. Das gestiftete Kapital beträgt 80 000 M. —

Zum Bau des Hafens bei Basel hat der Schweizer Nationalrat kürzlich eine Beihilfe von 2,25 Mill. Frs. bewilligt. Der Hafen soll bekanntlich am rechten Rheinufer in Kleinhäringen vom Kanton Basel-Stadt erbaut werden. —

Der Wiederaufbau von Saloniki, das zum großen Teil durch Brand zerstört wurde, soll dem „Builder“ zufolge nach den Plänen des Architekten Thomas Mawson in London erfolgen, der schon vor dem Krieg bestimmt war, anstelle von Ludwig Hoffmann in Berlin die Arbeiten für die baulichen Umgestaltungen im Stadtplan von Athen zu leiten. —

Erhaltung des Augsburger-Tores in Neu-Ulm. Nach einem Gutachten des „Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege“ soll das Augsburger-Tor in Neu-Ulm, neben dem eine neue katholische Kirche zur Errichtung gelangen wird, erhalten bleiben. Die Kreisregierung von Schwaben hat sich dem Gutachten angeschlossen. Durch die Erhaltung des Tores gewinnt die Möglichkeit an Wahrscheinlichkeit, das Tor mit einem Vorhof zur Kirche zu einer größeren Baugruppe zu vereinigen. —

Inhalt: Der Neubau der Brandenburgischen Hebammen-Lehr-Anstalt und Frauen-Klinik in Neukölln. (Schluß.) — Vermischtes. — Chronik. —

Hierzu eine Beilage: Die Brandenburgische Hebammen-Lehranstalt und Frauen-Klinik in Neukölln.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H. in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Wandbilder im III. Obergeschoß.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. NO 65. BERLIN, DEN 14. AUGUST 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Das städtische Volksschul-Gebäude in der Pfarrhof-Straße in München-Giesing.

Architekt: Städtischer Baurat Prof. Dr.-Ing. h. c. Hans Grässel in München.



Die Gegend südöstlich von München, ein Gelände von bemerkenswerter landschaftlicher Eigenart, das den Namen Giesing trägt, ist erst in den letzten Jahrzehnten zu einem Vorstadt-Gebiet von München geworden und damit in den Zustand städtischer Entwicklung eingetreten. Und dabei besteht

Mit der stark zunehmenden Einwohnerzahl wurde die Regelung der Schulverhältnisse eine immer dringlichere. Im Jahre 1813 wurde für die Dorfgemeinde Giesing ein Schulhaus an der Silberhorn-Straße errichtet und 1831 vergrößert. Das Gebäude konnte am Ende des Jahrhunderts die aus der stark zugenommenen Bevölkerung hervorgegangenen Kinder nicht mehr fassen, sodaß diese mit in den benachbarten, im Lauf der letzten Jahre errichteten neuen Volksschulgebäuden untergebracht werden mußten. Dadurch waren die Schulkinder aber genötigt, so weite Wege zurück zu legen, daß sich daraus erhebliche Nachteile für das Familien-

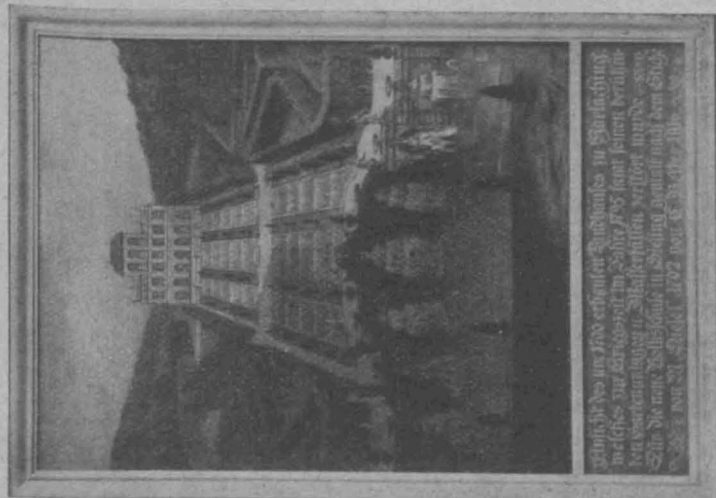
Giesing 4 Jahrhunderte länger als München. Schon zur Zeit der Völkerwanderung entstand im 6. Jahrh. n. Chr. an der Abzweigung einer Straße nach Tegernsee von einem bei Giesing in das Isar-Tal hinabführenden Bergsteig eine bajuvarische Niederlassung, die nach Einführung des Christentumes, das vom Domberg in Freising her kam, den Namen „Kyesinga“ erhielt. Der Name wandelt sich im Lauf der Jahrhunderte, bis im 13. Jahrhundert ein Edelgeschlecht derer von „Giesingen“ erscheint. In romanischer Zeit erhält die aus mehreren Höfen bestehende Niederlassung eine Kirche, die bis 1626 zur Pfarrei Bogenhausen gehörte und nach verschiedenen Bauarbeiten im Jahre 1709 einen größeren Um- und Erweiterungsbau erfuhr. Diese bestand bis zum Jahre 1888; sie wurde niedergelegt, nachdem die seit 1854 mit München vereinigte Dorfgemeinde Giesing mit 3700 Seelen zur Stadtgemeinde erhoben und die Pfarrei Stadt-Pfarrei geworden war. Letztere erhielt nach den Plänen des Oberbaurates Georg von Dollmann mit einem Aufwand von 1 400 000 M. eine neue Kirche, die am 31. Oktober 1886 eingeweiht wurde und der charakteristischen Erscheinung der alten Kirche, die S. 286 im Aeußeren und im Inneren gezeigt ist, so erheblich nachstand, daß man heute den Verlust dieses für die Landschaft so bedeutungsvollen Gotteshauses nur beklagen kann. Die Abb. S. 286 Mitte zeigt das ansprechende Landschaftsbild des Giesinger Berges von Osten mit der alten Kirche nach einem Gemälde von B. Gruber aus dem Jahre 1853. Das Bild der Kirche nebst dem des unweit des Gotteshauses gestandenen Harlachinger Schlößchens im Inneren der hier darzustellenden Schule erhalten zu haben, ist ein Verdienst des Architekten.

1892 erhielt Giesing, das 1895 bereits zu einer Gemeinde von 15 000 Seelen angewachsen war, eine neue Bergstraße, die an die Stelle eines von den Fuhrleuten gefürchteten alten Fuhrweges trat und entwickelte sich dann in den folgenden Jahren so, daß die Vorstadt heute 35 000 Seelen zählt.

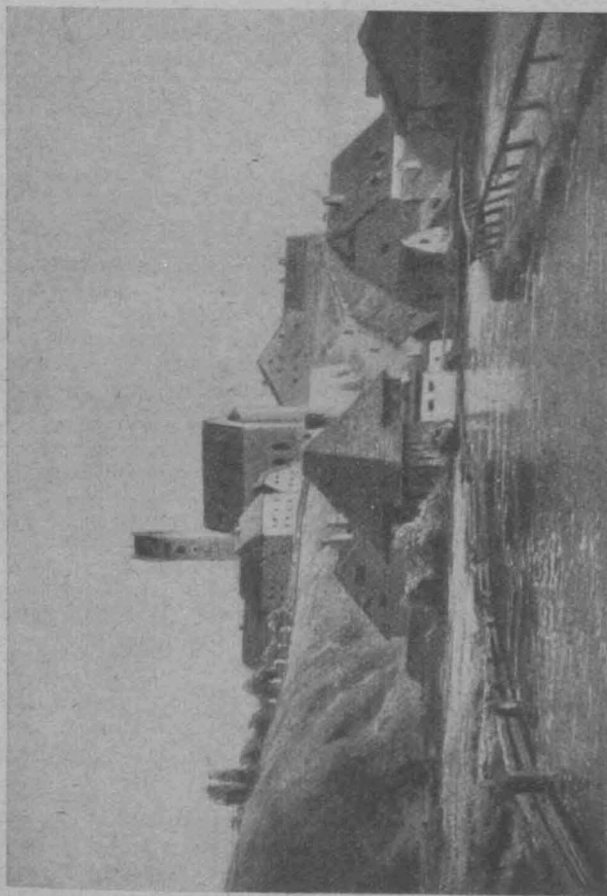


Der Giesinger Berg vor Regelung der Berg-Straße.

leben der Bewohner ergaben. Die Stadt München sah sich daher im November 1913 zu dem Beschluß gezwungen, in der Nähe der auch fernerhin zu erhaltenen alten Schule an der Silberhorn-Straße ein neues Schulgebäude für die Kinder der Vorstadtgemeinde zu



Das ehemalige Harlachinger Schloßchen. Wandbild der Erdgeschoß-Halle von Carl Vetter.



Ansicht des Giesinger Berges mit der alten Kirche.
Nach einem Gemälde von B. Gruber aus dem Jahre 1853.
Das städtische Volksschulgebäude in der Pfarrhof-Straße
in München-Giesing.

Architekt: Städt. Baurat Prof. Dr.-Ing. h. c. Hans Grässel in München.



Inneres der alten abgebrochenen Giesinger Kirche.
Wandbild der Erdgeschoß-Halle von Carl Vetter.

errichten. Nach langen Beratungen wurde als Baustelle der seit Jahrzehnten brach liegende, im Besitz der Stadt München befindliche Rieger-Anger, gegenüber der alten Schule an der Silberhorn-Straße gewählt. Der Lageplan zeigt die Lage des fast dreieckigen Platzes zwischen der neuen Kirche und der Schule vor der Regelung der Berg-Straße. Durch diese Regelung erhielt der Bauplatz seine endgültige Gestalt. Die alte, von München auf die Höhe des rechten Isar-Ufers nach Tegernsee führende Bergstraße war eine schmale, von allen Fuhrleuten wegen ihres starken Gefälles gefürchtete Straße, die seit den ältesten Zeiten von den Isar-Auen auf die Höhe Giesings führte. Ueber ihr stand die alte Pfarrkirche. König Ludwig I. wollte diese neben der neuen Kirche erhalten wissen, die Stadtgemeinde aber erklärte, daß nur unter der Beseitigung der alten Kirche die Regelung der Berg-Straße erfolgen könne. Dadurch wurde Giesing eines seiner malerischsten alten Bauwerke beraubt. Mit der Kirche selbst wurden weiter nieder gelegt der südlich davon gelegene alte Pfarrhof und die Herbergen an der Schul- und der Bäcker-Straße. Als Ersatz für den abgebrochenen Pfarrhof wurden im Jahre 1894 nördlich der neuen Giesinger Kirche, an der Ecke des Bergsteiges und der Gietl-Straße, nach den Plänen des verstorbenen Architekten Karl Hocheder, damals städtischer Bauamtmann, der neue Pfarrhof, und im Jahre 1895 das neue Benefizianten- und Mesnerhaus daneben erbaut.

Nach der Regelung der Berg-Straße verblieb von dem 1892 durch die Stadtgemeinde erworbenen und 9190 ^{qm} großen Grundstück „Rieger-Anger“ noch ein Dreieck von 7760 ^{qm} Flächeninhalt, das von der Tegernseer-Landstraße, der Pfarrhof- und der Silberhorn-Straße begrenzt wird. Auf dem Dreieck wurden, wie der Lageplan S. 287 zeigt, entlang der Tegernseer-Landstraße, in den Jahren 1899—1900 Wohngebäude errichtet, während der westliche Teil des Geländes zunächst noch frei blieb. Auf ihm sollte das neue Schulhaus entstehen und auf seinem breitesten Teil so errichtet werden, daß es die Hinterfronten der Gebäude verdeckt und vor sich nach Westen einen geräumigen Platz frei läßt, der als Turn- und Spielplatz bestimmt wurde und an seiner Spitze einst vielleicht ein Denkmal des Dichters Hermann von Schmid tragen wird, der in Giesing wohnte und dessen Werke ins Volk gedrungen sind. Wie späterhin nach Ausbau des Stadtteiles zwischen alter und neuer Schule und Kirche die dortige Gegend aussehen wird und welcher bedeutende Fernblick sich von der Eingangsterrasse des Neubaus nach Westen eröffnen wird, zeigen die Abbildungen der folgenden Seite.

Nach dem Bauprogramm sollte das neue Schulhaus ein einfaches Knaben- und Mädchen-Schulhaus mit nur einem Oberlehrer werden. Zur Unterbringung von je 2 Klassen der achsstufigen Volksschule für Knaben und Mädchen waren zunächst 32 Schulsäle nötig. Wenn das Gelände eine weitere Raumausnutzung zuließ, sollten noch Räume für Hilfsschulklassen geplant werden. Ein Ausbau der

Silberhorn-Schule war mit in Erwägung zu ziehen. Erforderlich waren ferner 2 Turnsäle, Werkstätten für Holz- und Metallbearbeitung, Beschäftigungsräume für Schulkinder in der schulfreien Zeit, ein Brausebad, ein Zeichensaal, ein Saal für Naturkunde, Lehrmittelzimmer, Lehrerzimmer, Beratungszimmer, sowie die für den Schulbetrieb üblichen Nebenräume.

Nach diesem Bauprogramm wurde durch Hrn. städt. Baurat Dr. Hans Grässel ein Entwurf mit Kostenberechnung aufgestellt, die 1 149 580 M. für den Bau und 117 650 M. für die innere Einrichtung ergab. Am 26. Febr. 1914 wurden der allgemeine Entwurf und am 24. September 1914 der ausgearbeitete Entwurf mit Kostenanschlag genehmigt. Zugleich wurde bestimmt,

daß trotz des inzwischen ausgebrochenen großen Krieges mit den Bauarbeiten unverzüglich zu beginnen sei, einmal wegen der dringenden Notwendigkeit der neuen Schule, dann aber auch, um dem Handwerk, das nach Ausbruch des Krieges schwere Zeiten durchmachte, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Am 24. Nov. 1914 wurde mit den Bauarbeiten begonnen; zwei Jahre darauf, am 30. Aug. 1916, wurden sie vollendet und am 30. September des gleichen Jahres wurde im neuen Gebäude der Unterricht aufgenommen. Der Neubau ist somit ein stolzes Kriegsbauwerk und ein Zeichen der siegreichen Kraft des deutschen Volkes.

Er sei im Folgenden näher geschildert. —

(Fortsetzung folgt.)

Vertrags-Abschluß für den Bauherrn durch den bauleitenden Architekten.



n dieser Frage ist ein Urteil des Oberlandesgerichtes in Hamm vom 8. Juni 1917, 2 U. 235/16, ergangen, das für weitere Kreise bemerkenswert ist und dem folgender Sachverhalt zugrunde liegt: Eingeklagt ist eine Handwerkerforderung von rund 1900 M.

Die Beklagte behauptet, sie habe dem Architekten W. die Bauausführung im Ganzen übertragen und ihm den Abschluß der Verträge mit den Handwerkern allein überlassen. Der Kläger könne sich daher lediglich an den Architekten W. halten. Das Landgericht hat sich den Darlegungen des Beklagten angeschlossen und die Klage abgewiesen. Das Oberlandes-Gericht hat aber das Urteil abgeändert und die Beklagte verurteilt. Aus der Begründung des Urteiles des Oberlandes-Gerichtes sei Folgendes mitgeteilt:

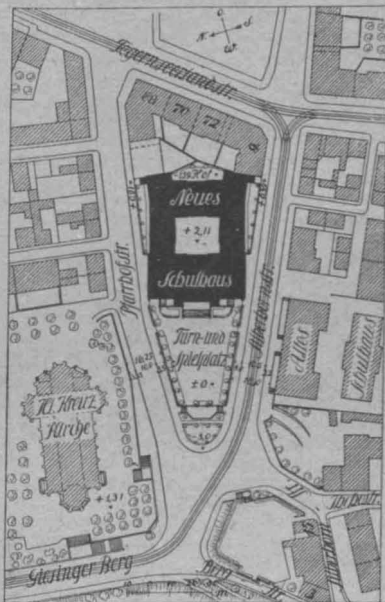
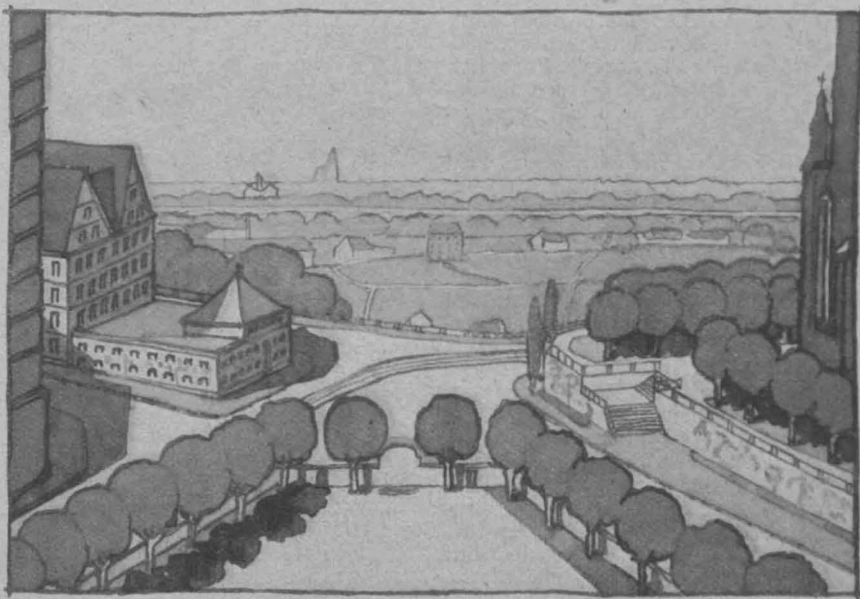
Es ist außer Zweifel, daß W. sein Rechtsverhältnis zu der Beklagten stets nur als das eines Architekten und nicht als das eines Bauunternehmers betrachtet hat. Bei seiner Vernehmung als Zeuge bestätigte er endlich, daß er den Vertrag mit dem Kläger — welcher zugleich für seinen damaligen Gesellschafter F. verhandelte — im Namen der Beklagten abgeschlossen habe. Daß auch der Kläger mit der Beklagten und nicht mit W. abschließen wollte, ergibt dessen Angebot vom 1. Juni 1915, welches er richtete „An Frau Ww. H., zu Händen des Architekten Aug. W.“,

und in welchem mehrfach von W. als dem Bauleiter die Rede ist. Diese Anschrift und die Bezeichnung des W. als „Bauleiter“ wären unverständlich, wenn der Kläger sich als Teil-Unternehmer gegenüber dem W. als General-Unternehmer angesehen hätte. Auf Grund dieses Angebotes ist der Vertrag mündlich zustande gekommen.

Mit der durch die Fassung des Angebotes unterstützten Aussage des W. sind im Einklang die zwar nicht eidlichen, aber ungeachtet des Interesses der Zeugen am Ausgang des Rechtsstreites in sich glaubwürdigen Bekundungen des P. und des F. Diese haben stets die Beklagte und nicht W. als ihren Vertragsgegner angesehen. Ob auch bei der Baupolizei-Behörde und der Bauwerks-Berufsgenossenschaft die Beklagte und nicht W. als Bauunternehmerin angemeldet und aufgetreten ist, und ob der gemäß § 4 des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen vom 1. Juni 1909 (RGBl. S. 449) an dem Neubau anzubringende Anschlag nicht den W. als General-Unternehmer, vielmehr F. und den Kläger als Teil-Unternehmer aufgeführt hat, darf dahin gestellt bleiben.

Weiter unterliegt die Annahme keinem Bedenken, daß die Beklagte den W. ermächtigt hat, den Vertrag mit F. und dem Kläger für sie abzuschließen. Es ist außer Streit, daß sie den W.

zum bauleitenden Architekten bestellt hat. Vermöge dieser Stellung fielen dem W. üblicherweise und nach der Verkehrssitte (§ 157 BGB.) zu: zunächst die Vorarbeiten,



Lageplan des neuen Schulhauses mit Darstellung des geplanten Ausbaues des Platzes vor der Schule und Ausblick nach Westen von der Eingangsterrasse aus.

Das städtische Volksschul-Gebäude in der Pfarrhof-Straße in München-Giesing.

nämlich der Vorentwurf, der Entwurf, der Kostenanschlag und die der Behörde zu machenden Bauvorlagen — sodann die Ausführungsarbeiten (nicht zu verwechseln mit der Bauherstellung oder Bauunternehmung —) nämlich die Herstellung der Bau- und Werkzeichnungen sowie die Oberleitung des Baues. Diese Oberleitung aber umfaßte, wie allgemein anerkannt: die vorbereitenden Ausschreibungen; den Entwurf der Verträge über Arbeiten und Lieferungen; die Verhandlungen über die Verträge mit den Lieferanten und Unternehmern bis zum Vertragsschluß; die Ueberwachung der Bauausführung; den Schriftwechsel in den bei der Ausführung vorkommenden Verhandlungen mit Behörden und dritten Personen; endlich die Prüfung und Feststellung der Baurechnung. Häufig wird der Bauherr die von dem bauleitenden Architekten vorbereiteten Verträge mit dem General-Unternehmer oder mit den Lieferanten der Rohstoffe und den Teil-Unternehmern selber abschließen. Es kann aber auch vereinbart werden und wird nicht selten (— vielleicht sogar unter Umständen, wie sie hier vorliegen, regelmäßig —) vereinbart, daß der bauleitende Architekt diese Verträge im Namen des Bauherren abschließen, ohne daß darum der Bauleiter zum Bauunternehmer würde. An sich ist der Bauleiter niemals Bau-Unternehmer; er hat bei den Ausführungsarbeiten — abgesehen von der Herstellung der Bau- und Werkzeichnungen — nur Dienste zu leisten, nicht aber das Werk oder einen Teil desselben herzustellen. Hat daher, wie hier unstreitig der Fall ist, W. die Verträge mit den Lieferanten und den Teil-Unternehmern abgeschlossen, und zwar mit Vorwissen der Beklagten, so spricht die tatsächliche Vermutung da-

für, daß er dazu von der Beklagten ausdrücklich oder stillschweigend ermächtigt war. Bei dieser Sachlage ist die Beklagte beweispflichtig für ihre Behauptung, sie habe bei der Uebertragung der Bauleitung an W. diesen auch zum General-Bauunternehmer machen wollen und W. sei damit einverstanden gewesen, sodaß nunmehr er den Lieferanten und Handwerkern als Vertragsgegner gegenüber stehe. Dieser Beweis ist nicht schlüssig angetreten. Die Beklagte trägt nur vor, sie habe mit W. verabredet, daß er die Baustoffe ankaufe und die Arbeiten an die Handwerker verlege, wogegen sie ihm die erforderlichen Gelder durch Eröffnung eines Bankkontos habe zur Verfügung stellen müssen. Damit wird nichts behauptet, was aus dem Rahmen der Rechte und Pflichten eines bauleitenden Architekten notwendig herausfiele. Der Umstand, daß die Beklagte nicht am Bauort wohnte, macht die behauptete Erweiterung der Befugnisse des Bauleiters erklärlich. Zu der Darstellung der Beklagten wird überdies eine glaubhafte Angabe darüber vermißt, worin die mit W. als General-Bauunternehmer vereinbarte Vergütung bestanden habe. Sie sagt zwar, dem W. sei anstatt der sonst angeblich angemessenen Entschädigung des bauleitenden Architekten von 2½ % der Bausumme eine solche von 5 % zugesagt worden. Indes darf bezweifelt werden, daß sich ein Unternehmer findet, welcher sich mit diesem Mehr von 2½ % als Vergütung für eine sogen. „Generalentreprise“ bescheiden würde.

Die Beklagte kann somit den Kläger nicht an den bauleitenden Architekten W. verweisen, sondern muß selbst für die dem Kläger zustehende Entlohnung aufkommen. —

F. A.

Vermischtes.

Vom Neubau des Deutschen Museums in München. Dem Verwaltungsbericht über das 14. Geschäftsjahr 1916—17 entnehmen wir, daß das Jahr 1916 im Haushaltplan als ein normales Baujahr angenommen wurde, in Wirklichkeit aber zur fast völligen Einstellung der Bauarbeiten nötigte, sodaß nur ein Betrag von 261 000 M. aufgewendet wurde. Für 1917 sind 460 000 M., für 1918 ist eine Bausumme von 1 205 000 M. angenommen. Für das eigentliche Museums-Gebäude sind als Gesamtkosten 8 500 000 M. zu rechnen. Davon ist etwa die Hälfte verbaut, während die restliche Hälfte für den inneren Ausbau und die Installationen zu rechnen ist. Von der verbauten Summe kommen 3,25 Mill. Mark auf Barmittel, 900 000 M. auf Stiftung von Baumaterialien. In der Berichtszeit wurden die Pläne für die Ausstattung des Ehrensaales, des Empfangssaales, des Schreib- und Lesesaales, des Musiksaales, sowie des Instrumentenraumes für die Astronomie fertig gestellt. Das 16 m lange und 10 m breite Deckengemälde des Ehrensaales wird Prof. Jul. Diez in München malen. Die Treppenhausecke wurde durch Kunstmaler Jul. Mössl fertig gestellt. Die im Barockstil gehaltene Apotheke erhielt ein Deckengemälde von Prof. Wald. Kolmsperger. Der Mathematiksaal wird durch Prof. Kleiber ein perspektivisches Deckengemälde erhalten. Den äußeren Schmuck der Mitteltreppe mit vergoldeten Reliefdarstellungen der 12 Tierkreise hat Prof. Otto Hupp zu leiten übernommen. Für den Ehrensaal wurden eine Reihe Büsten fertig gestellt. Bisher gelangten für 130 000 M. Aufträge an Künstler. Die eigentlichen Bauarbeiten mußten aus Mangel an Baustoffen und Arbeitern weiter eingeschränkt werden.

Das Studiengebäude konnte noch nicht in Angriff genommen werden. Es ist im unmittelbaren Anschluß an das Sammlungsgebäude als eine wertvolle Ergänzung desselben gedacht und soll große Vortrags- und Kongreßsäle, eine ausgedehnte Bücher- und Plansammlung usw. enthalten. Die Baukosten haben sich so sehr verteuert, das es nicht möglich war, mit den vorhandenen Summen das Gebäude in Angriff zu nehmen; für dieses soll weiter gesammelt werden. —

Ein Lehrgang für Wohnungsaufsichts-Beamte, Wohnungs-Pflegerinnen usw. wird vom „Rheinischen Verein für Kleinwohnungswesen“ vom 9.—12. Sept. 1918 in Düsseldorf in der städt. Turnhalle abgehalten. Beim Eröffnungs-Abend am 9. Sept. hält Hr. Stadtbtr. Schilling aus Trier einen Lichtbilder-Vortrag über „Kleinwohnungs-Fürsorge in der Rheinprovinz“. Am 10. Sept. wird die Entwicklung des Wohnwesens bis zur Gegenwart behandelt. Es sprechen Ob.-Bürgermeister Dr. Most aus Sterkrade über „Die Wohnungsnot und ihre Bedeutung in Stadt und Land“. Prof. Dr. Kumpmann aus Düsseldorf über „Wirtschaftliche Bedingungen des heutigen Wohnwesens“; Gen.-Sekr. Vormbrock aus Münster über „Praktische Wohnungs-Fürsorge“. Weiter behandeln Stadtbtr. Schilling aus Trier „Städtebauliche und Siedelungsfragen“; Dr. Bucarius aus Essen die „Rechtslage in Preußen in Bezug auf Bau- und Wohnwesen“; Landesrat

Dr. Mewes aus Düsseldorf „Sonderprobleme nach dem Krieg“. Der 11. und der 12. September sind der Wohnungspflege und Wohnungs-Aufsicht gewidmet. Hier werden behandelt die Wohnungsmängel, die praktische Durchführung der Wohnungs-Aufsicht, beides durch Landes-Wohnungs-Inspektor Gretzschel aus Darmstadt, ferner „Organe der Wohnungs-Aufsicht in Stadt und Land“ und Fürsorgefragen durch Frl. Dr. Kröhne in Düsseldorf usw. Die Teilnahme am Lehrgang steht Jedermann frei gegen 12 M. für den ganzen Lehrgang und 5 M. für den einzelnen Tag. Anmeldungen an den „Rheinischen Verein für Kleinwohnungswesen“ in Düsseldorf 39, Aders-Straße 1. —

Deutscher und schweizerischer Städtebau. Durch ein Versehen des Verfassers, Dipl.-Ing. Albert Lange in Hannover, muß es in dessen Ausführungen S. 261 nicht „Richtung Wilhelmshöhe-Königsstraße-Garde-du-Corps-Platz“ heißen, sondern „Richtung Wilhelmshöhe-Königstort-Garde-du-Corps-Platz“. —

Chronik.

Neubau einer chirurgischen Klinik in Pirna. Am 29. Juli 1918 fand die feierliche Weihe der neu erbauten Chirurgischen Klinik des Stadtkrankenhauses Pirna statt. Das Bauwerk wurde nach den Plänen und unter der Leitung der Architekten Gebrüder Kießling in Dresden-Kötzschenbroda errichtet. Anschließend soll der Umbau des bestehenden Stadtkrankenhauses, mit dem vorgenannte Architekten gleichfalls betraut sind, zur Ausführung kommen. —

Verband gemeinnütziger Krieger-Siedelungen. Ein „Verband gemeinnütziger Krieger-Siedelungen“ ist in Leipzig, Platense Straße 13, von verschiedenen, im öffentlichen Nutzen erachteten Kleinsiedelungs-Genossenschaften begründet worden, um der gemeinsamen Arbeit sicheren Rückhalt zu geben. Der Zusammenschluß erfolgte unter sachverständiger Mitwirkung zwecks gegenseitiger Förderung und Verbilligung und zur verwaltungstechnischen und wissenschaftlichen Vertiefung der Siedelungstätigkeit. Auch die Finanzkraft der Einzelsiedelungen soll auf diese Weise verstärkt werden. Als Sitz wurden Leipzig als zentral gelegene deutsche Stadt, und Sachsen als ein Bundesstaat gewählt, der dem genossenschaftlichen Siedelungsbetrieb in der Gesetzgebung von Anbeginn reifes Verständnis entgegengebracht hat. —

Das deutsche kunsthistorische Institut in Florenz. Der „Münch.-Augsb. Abendzeitung“ zufolge veröffentlichte die römische „Tribuna“ einen Brief des Prof. Toesca von der Universität Florenz, demzufolge die philosophische Fakultät dieser Universität beim italienischen Unterrichtsminister angeregt hat, das wissenschaftliche Material des deutschen kunsthistorischen Institutes der Universitäts-Bibliothek zu überweisen. Mit Rücksicht darauf, daß das deutsche Institut ein rein wissenschaftliches ist, hatte sich die italienische Regierung bald nach der Kriegerklärung bereit erklärt, die Verwaltung des Institutes dem Florentiner Generaldirektor Dr. Poggi zu übertragen. Nachdem dieser das Interesse des Institutes nahezu 3 Jahre lang zu wahren gewußt hat, darf erwartet werden, daß es auch weiter geschehen wird und daß die italienische Regierung dem Ruf nach einer Konfiskation nicht Folge leisten wird. —

Inhalt: Das städtische Volksschul-Gebäude in der Pfarrhof-Straße in München-Giesing. — Vermischtes. — Chronik. —

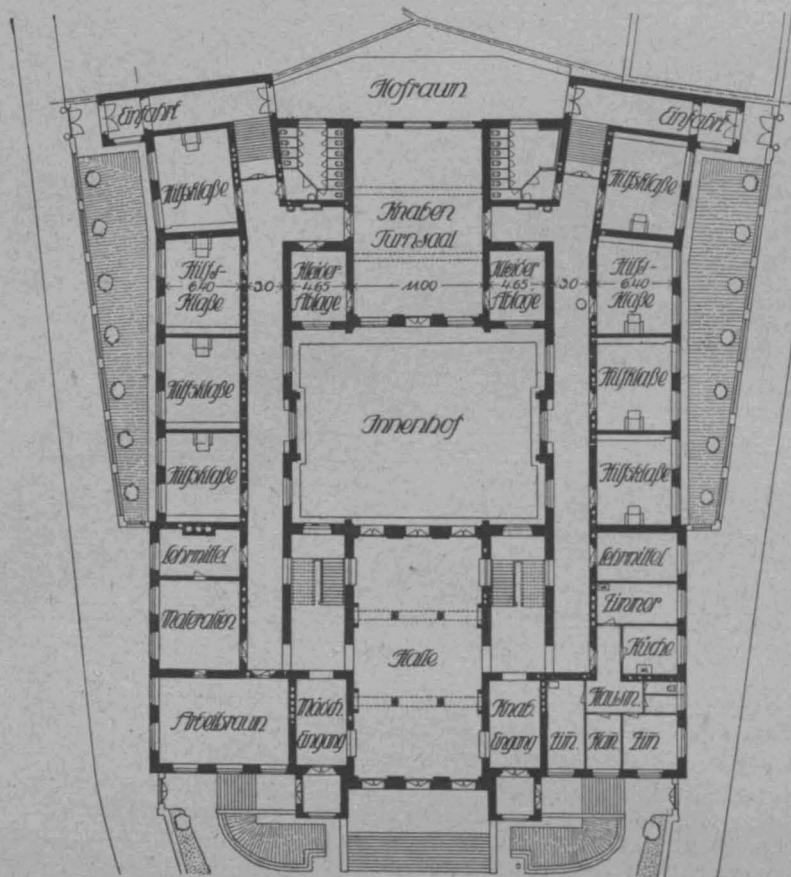
Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.

nur ein einseitig bebauter Gang vorgesehen, der vom Innenhof hell beleuchtet worden wäre und der infolge

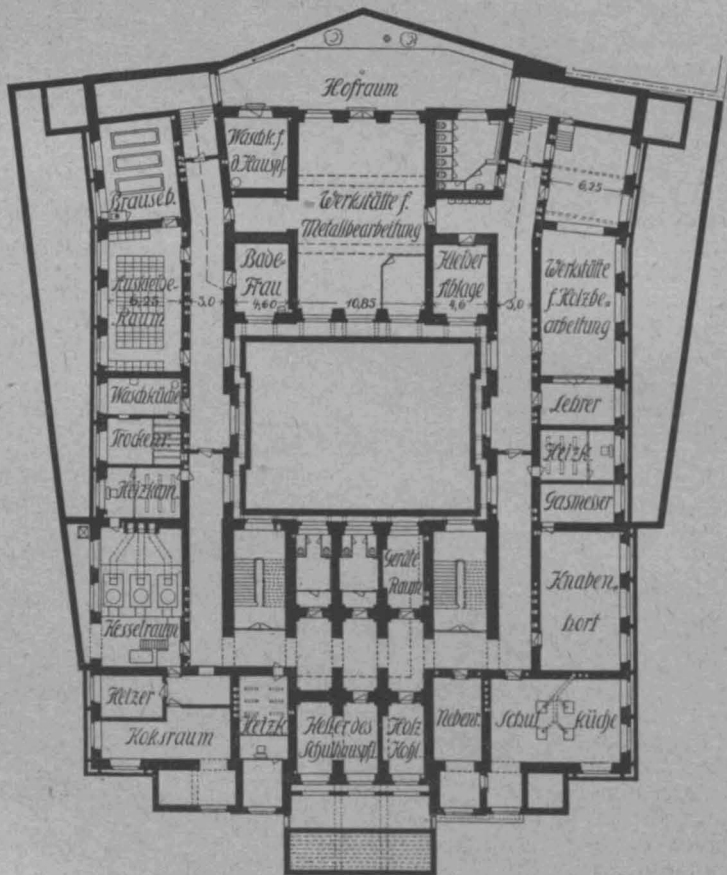
weiter haben, die während der Pause und bei schlechtem Wetter sich als sehr nützlich und schön für den Aufenthalt der Schüler würde erwiesen haben, zumal diese Halle reizvolle Ausblicke gegen den Innenhof und zur Turnsaal-Terrasse ergeben haben würde. Wir glauben es dem Architekten schuldig zu sein, die Verwahrung, durch die er sich gegen die ihm aufgezwungene Art der Ausführung schützen will, auch hier wieder zu geben: „Es ist ein bleibender schwerer Nachteil des fertigen Schulhauses, daß diese nur einseitige Bebauung der Gänge des Mittelbaues in der vorbereitenden Kommission im ersten und zweiten Stockwerk abgestrichen und dafür gegen den Innenhof gerichtete Schulsäle eingefügt wurden, obwohl diese zur Erfüllung des Bauprogrammes nicht notwendig waren. So tritt man also jetzt im 1. und 2. Stockwerk von den hellen Korridoren der Seitenflügel in den ganz finsternen Gang des Mittelbaues gerade vor den Räumen des Oberlehrers, vor dem Beratungssaal und den Lehrerzimmern, und täglich und stündlich hat daselbst jedermann die schmerzliche Empfindung, daß hier unrichtig gebaut wurde. Noch jetzt sollte man daher darangehen, diesen Uebelstand wieder zu beseitigen, denn das Urteil über die jetzige Ausführung wird stets ein abfälliges sein. Lediglich im Erdgeschoß und im 3. Obergeschoß ist die Absicht des Architekten zur Ausführung gekommen, dort läßt sich der gedachte bauliche Organismus der Schule erkennen“. Man darf annehmen, daß dieser Konflikt schon in der Kommission hochgehende Wellen geschlagen haben wird, wenn der Architekt sich gezwungen sieht, sich in so nachdrücklicher Weise gegen ihm auferlegte, von ihm nicht gebilligte Anordnungen der Nachwelt gegenüber zu schützen. Es möge das ein Schulbeispiel für andere Kommissionen sein, dem, der die Verantwortung für eine Handlung der Öffentlichkeit gegenüber zu tragen hat, auch freie Hand in den fachlichen Anordnungen zu lassen.

Was die Anlage des Gebäudes im Einzelnen anbelangt, so baut sich dasselbe in 6 Geschossen auf, in einem Untergeschoß, einem Erdgeschoß, drei Obergeschossen und in einem teilweise ausgebauten Dachgeschoß. Um rechtwinkelige Räume zu erzielen, wurden die beiden Seitenflügel ein großes Stück rechtwinklig nach Osten geführt. Um jedoch weiterhin einen guten Anschluß an die östlich gelegenen Privatgebäude zu erhalten, wurden die Flügel in ihrem östlichen Teil leicht abgelenkt und folgen den Straßenzügen. Durch diese Anordnung ergab sich der weitere Vorteil, daß vor einem großen Teil der Untergeschoßräume längs der Pfarrhof- und der Silberhorn-Straße Vorgärten mit Rasenböschungen angelegt werden konnten, die

den hier untergebrachten Unterrichtsräumen in reichem Maß Licht und Luft zubringen. Der architektonische

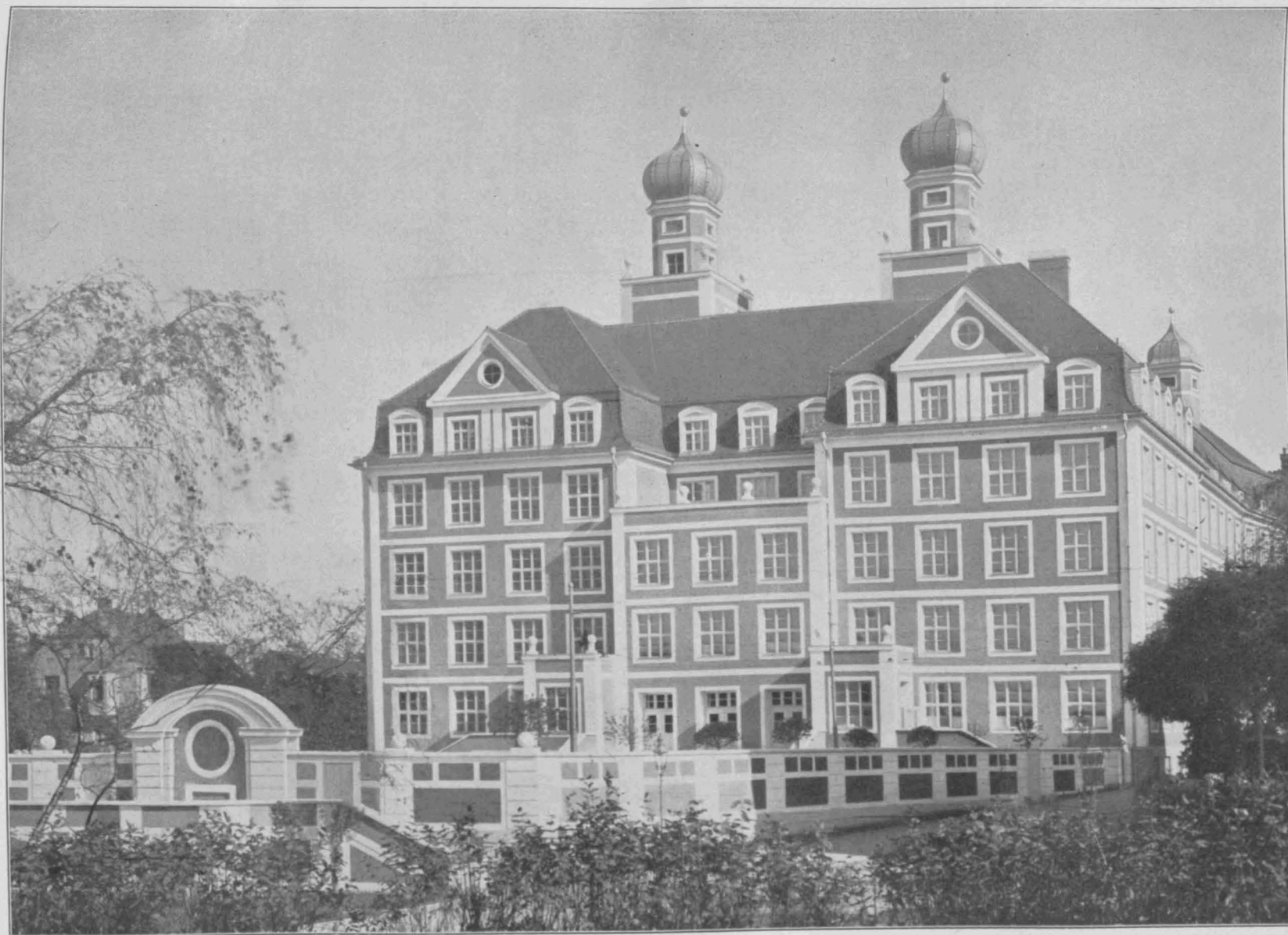


Grundriß des Erdgeschosses.



Grundriß des Untergeschosses.

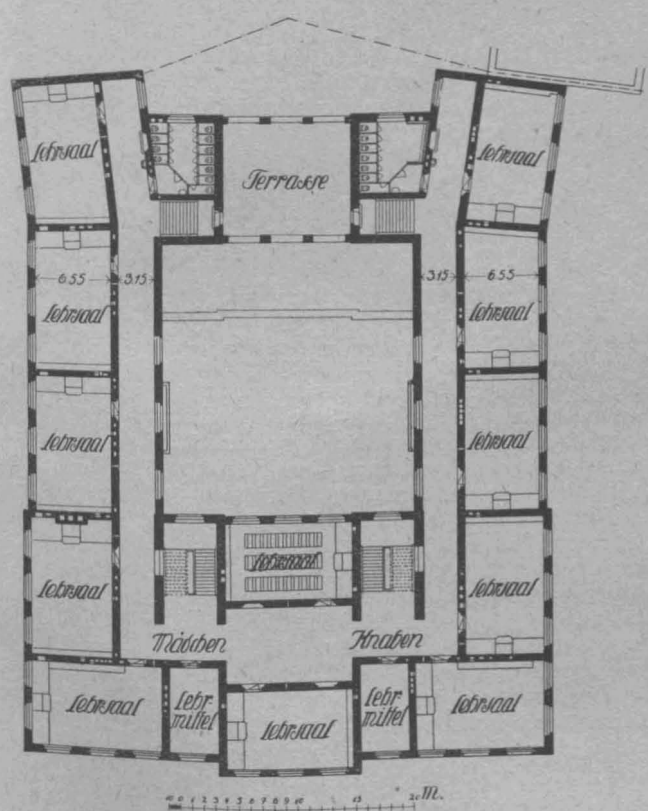
seiner sich auf die Tiefe der Treppenhäuser erstreckenden Tiefe zu einer geräumigen Halle sich würde er-



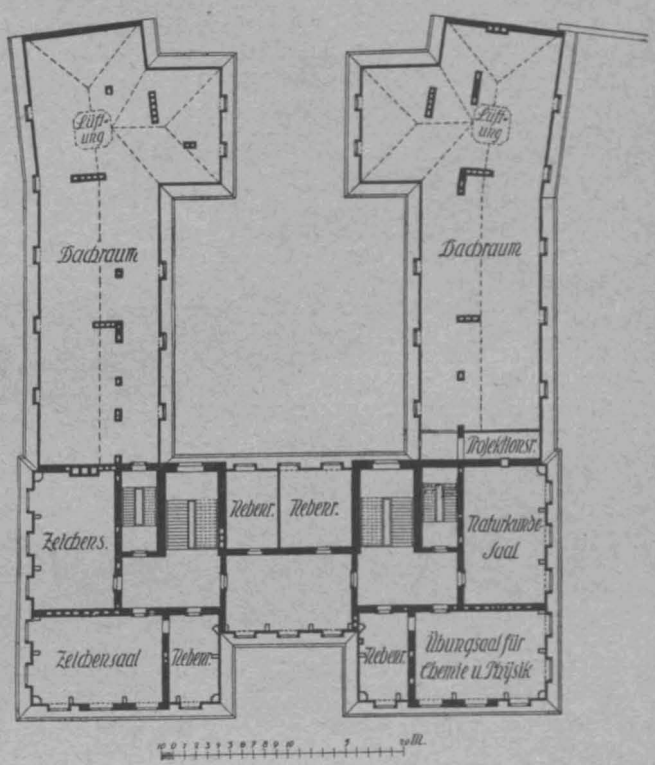
DAS STÄDTISCHE
 VOLKSSCHUL-
 GEBÄUDE IN DER
 PFARRHOFSTRASSE
 * * * * IN * * * *
 MÜNCHEN-GIESING
 ** ARCHITEKT: **
 STÄDT. BAURAT
 PROF. DR.-ING. h. c.
 HANS GRÄSSEL
 * IN MÜNCHEN. *
 WEST-ANSICHT.
 === DEUTSCHE ===
 BAUZEITUNG
 52. JAHRGANG 1918
 * * * NO. 66. * * *

Uebergang zu den vorspringenden Nachbarbauten wurde durch zwei zu ebener Erde gelegene Vorbauten gesucht, durch welche die Einfahrt in das Haus zum hinteren Schulhof stattfindet. Es ist anzunehmen, daß der

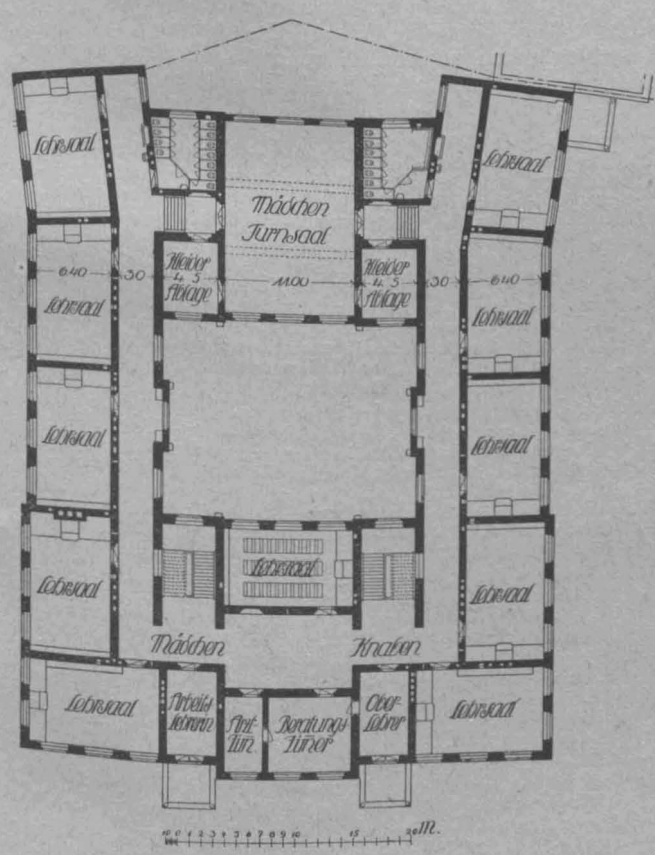
Das Untergeschoß enthält einen Saal für den Knabenhort von 75 qm mit Abort, eine Schülerwerkstätte für Metallbearbeitung mit Kleiderablage und Lehrerzimmer von 155 qm, eine Werkstätte für Holzbearbei-



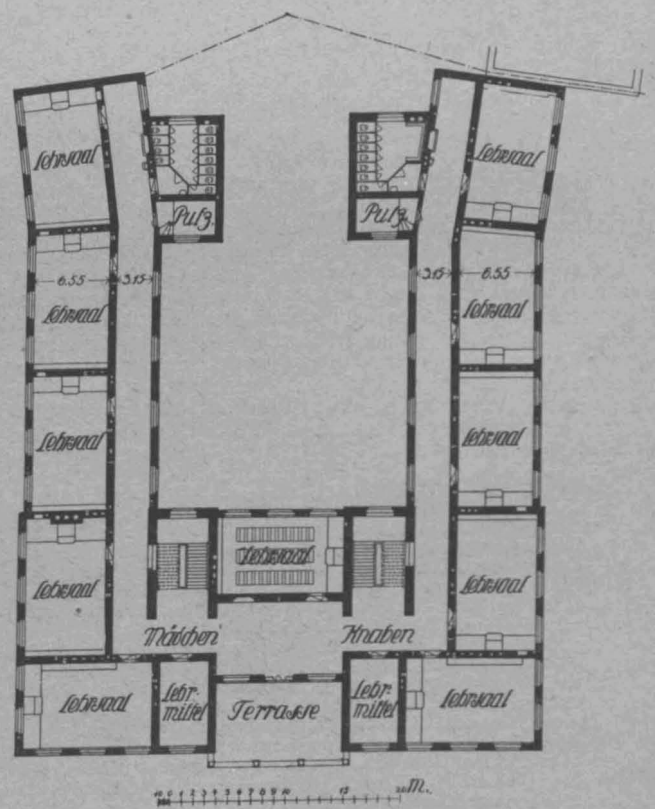
Zweites Obergeschoß.



Dachgeschoß.



Erstes Obergeschoß.



Drittes Obergeschoß.

nördliche freie Teil des Geländes noch bebaut wird. Für die fensterlose Brandmauer des südlichen Privatwohnhauses wurde die Anordnung getroffen, durch eine Aufteilung der Putzflächen und durch Anpflanzung von italienischen Pappeln den Anblick erträglich zu machen.

17. August 1918.

tung von 150 qm, eine Schulküche mit Nebenräumen von 125 qm, ein Brausebad von 70 qm, einen Brauseraum mit Abort von 50 qm, Waschküchen, Räume für die Niederdruck - Dampfheizung, Frischluft - Vorwärmeammern, Räume für das Personal usw.

Im Erdgeschoß führen an der Hauptseite zwei

Hauptzugänge, einer für Knaben und einer für Mädchen, von jeder Straße in das Gebäude. Ueber Freitreppen und durch Windschutz-Vorbauten führen die Hauptzugänge zu den beiden am Zusammenstoß der Gänge liegenden Treppen. Zwischen den beiden Treppen befindet sich zur Ermöglichung des Ausmarsches aus den beiden rückwärtigen Turnhallen in den vorderen Turnhof eine geräumige Halle, die zugleich zum Aufenthalt der Schüler bei schlechtem Wetter dient und daher mit zwei Trinkbrunnen versehen ist. Auch diese Halle ist ein besonderes Merkmal dieser Schule. Weiterhin enthält das Erdgeschoß 8 Hilfsklassen von je 48 qm, 1 Arbeitsraum von 80 qm, 1 Materialraum von 50 qm, 1 Lehrmittelzimmer von 28 qm, einen Knabenturnsaal von 176 qm mit Kleiderablage- und Geräteraum, einen Karzer, eine Wohnung für den Hausmeister und Nebenräume.

Im ersten Obergeschoß sind untergebracht 11 Lehrsäle von je 75 qm, ein Oberlehrerzimmer von 30 qm, ein Beratungszimmer von 45 qm, ein Arztzimmer von 20 qm, ein Zimmer für Arbeits-Lehrerinnen von 30 qm, ein Turnsaal für Mädchen von 176 qm mit Kleiderablage- und Geräteraum, sowie Nebenräume.

Das zweite Obergeschoß enthält in der Hauptsache 12 Lehrsäle von je 76 qm und zwei Lehrmittel-Zimmer von je 30 qm.

Im dritten Obergeschoß befinden sich 11 Lehrsäle zu je 76 qm Fläche und 2 Lehrmittelzimmer von je 30 qm.

Das vierte Obergeschoß, das ausgebaute Dachgeschoß, enthält 2 Zeichensäle von je 84 qm Fläche, 2 Nebenräume hierzu von je 24 qm, einen Lehrsäle für Naturkunde mit Nebenraum und Projektionsraum mit zusammen 130 qm Flächeninhalt, einen Lehrsäle für Chemie und Physik mit Nebenraum, zusammen 120 qm Fläche usw. Alle Geschosse haben Gänge von 3 bis 3,15 m Breite und sind mit Aborten für Knaben und für Mädchen ausgestattet. Die der Straßenflucht folgende Biegung der beiden Seitenflügel erfolgt lediglich durch eine leichte Knickung der Flucht der letzten Lehrsäle.

Die Schulsäle sind durchschnittlich 11,7 m lang, 6,4—6,55 m breit und 3,9 m im Lichten hoch. Sie enthalten 300 cbm Rauminhalt für 60 Schüler, sodaß auf

den Schüler 5 cbm Luftraum entfallen. Die Fensterflächen sind so bemessen, daß sie $\frac{1}{5}$ der Fläche der Lehrsäle mit 76 qm betragen. Die Hilfsklassen sind kleiner: 7,5 m lang, 6,4 m breit und 3,9 m im Lichten hoch; hier treffen bei einem Rauminhalt von 187 cbm und 24 Schülerplätzen auf 1 Schüler 7,8 cbm Luftraum. Auch hier haben die Fensterflächen $\frac{1}{5}$ des Flächenraumes des Saales mit 50 qm. Die Turnsäle sind 16 m lang, 11 m breit und 4,9 m hoch; die Erdgeschoß-Halle ist 19 m lang und 11 m breit.

Durch den Neubau der Schule ist die Platzanlage an zwei Seiten, nach Norden und Osten, abgeschlossen; die dritte Seite, die Südseite, harret noch der Ausführung. „Es ist“, nach der Ansicht des Architekten, „eine nicht aus dem Auge zu verlierende Sorge der Gegenwart für die Zukunft, daß diese dritte Platzseite sich harmonisch den beiden anderen anschließe, nach einem wohl durchdachten einheitlichen Plan ausgeführt werde, und daß das von der Bergregulierung noch erhalten gebliebene kleine Grundstück vor den städtischen Anwesen Berg-Straße 3 und Silberhorn-Straße 15 entsprechend der gegenüberliegenden Kirchen-Terrasse von der Ueberbauung frei bleibe“. Mit Recht weist auch hier der Architekt, der einen entsprechenden Antrag bereits an den Münchener Magistrat richtete, darauf hin, daß von der Terrasse des Neubaus im 3. Obergeschoß gut ersichtlich sei, welcher große Fehler mit der Bebauung dieses Geländeteiles gemacht wurde. Das erweisen auch die Sehlinsen der Abbildung S. 287. Die Westseite muß ganz offen bleiben, damit hier für immer währende Zeiten der Blick erhalten bleibt, der nach der oberen Abbildung auf S. 287 bis an den fernen Horizont sich eröffnet. Möge die Mahnung des Architekten hier wenigstens die Beachtung finden, die sie zum Nachteil des schönen Gebäudes bei der Anordnung des Grundrisses durch die zweiseitige Bebauung des Ganges des Vorderbaues nicht gefunden hat. Man kann sich den Einfluß von Kommissionen in praktischen Dingen unter Umständen gefallen lassen; in künstlerischen Dingen aber sollte die Stimme des Architekten den Ausschlag geben, namentlich wenn sie von einer so bedeutenden künstlerischen Persönlichkeit ausgeht wie hier. — (Schluß folgt.)

Literatur.

Der „Kirchenbau des Protestantismus“, das von der „Vereinigung Berliner Architekten“, der jetzigen Ortsgruppe Groß-Berlin des „Bundes Deutscher Architekten“, im Jahre 1893 herausgegebene wertvolle Werk, etwa 550 Seiten stark und mit rund 1040 Grundrissen, Durchschnitten und Ansichten der evangelischen Kirchen Deutschlands und des Auslandes, kann einem Jeden bestens empfohlen werden. Die Herausgeberin ist in der Lage, von der Restauflage jetzt jedes ungebundene Exemplar zu dem sehr mäßigen Vorzugspreis von 6 M. abzugeben. Bestellungen, die gegen Nachnahme ausgeführt werden, sind an die Geschäftsstelle der „Vereinigung Berliner Architekten“, Berlin W. 66, Wilhelmstr. 43 b, zu richten. —

Literatur-Verzeichnis.

- Guttenberg'sche Sammlung Deutscher Reichsgesetze. Nr. 107: Reichsversicherungsordnung. Zweites Buch. Krankenversicherung. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister. Unter Mitwirkung des Geh. Ob.-Reg.-Rates H. Siefert bearbeitet von Reg.-Rat Dr. F. Sitzler. Berlin 1916. J. Guttenberg, Verlagsbuchhandlg., G. m. b. H. Pr. 7,50 M.
- Haag, Robert. Das Gelände-Zeichnen nach der Natur. Eine kurze praktische Anleitung mit 10 Abbildungen und 8 Taf. 1.—5. Tausend. — Stuttgarter Bilderbogen Nr. 11. Stuttgart 1916. Franckh'sche Verlagsbuchhdlg. Pr. 25 Pf.
- Hallinger, Johann, Ziv.-Ing. Zwei deutsche Großkraftquellen, deren Erschließung nach den Grundsätzen der größten Wirtschaftlichkeit und des kleinsten Aufwandes. Erster Teil: Der Rhein. Mit 18 Abbildungen und 8 Zahlentafeln. Diessen vor München 1916. Jos. C. Huber's Verlag. Pr. 3,60 M.
- Heilandt, Adolf, Dr.-Ing. Ueber die Beanspruchung der Förderseile, der Kran- und Aufzugsseile beim Anfahren und Bremsen. Mit einer Tafel. München 1916. R. Oldenbourg. Pr. 1,50 M.
- Jahrbuch der Technischen Zeitschriften-Literatur (Technischer Index). Auskunft über Veröffentlichungen in in- und ausländischen technischen Zeitschriften nach Fachgebieten, mit technischem Zeitschriftenführer. Herausgegeben von Heinrich Rieser. Ausgabe 1916 für die Literatur des Jahres 1915. Wien I. 1916. Verlag für Fachliteratur, Ges. m. b. H. Pr. 4 M.

Die Hypothekenverordnung vom 8. Juni 1916. Zwei Abhandlungen von Dr. Arthur Nußbaum und Justizrat Stillschweig. Nebst dem Text der Verordnung. Sonderdruck aus der Juristischen Wochenschrift 1916, Nr. 13—16. Berlin 1916. W. Moeser, Hofbuchhandlg. Pr. 1,50 M.

Dr. jur. Fritz Koppe, Rechtsanwalt und Syndikus. Der Warenumsatzstempel. Gemeinverständliche Darstellung des Gesetzes über einen Warenumsatzstempel vom 26. Juni 1916 für Kaufleute und Gewerbetreibende mit Beispielen und Mustern. Im Auftrage der Deutschen Steuerzeitung verfaßt. Pr. 1 M.

Mohr, O. Oms-Klärbrunnen. Wiesbaden 1918. Verlag der Hofbuchdruckerei Gebr. Petmecky.

Rathjens, Joachim, Dr.-Ing. Erfahrungsergebnisse über Trockenbaggerbetriebe. Verwendungsfähigkeit der heute gebräuchlichsten Trockenbaggergeräte und Transportmittel für den Kanal- und Eisenbahnbau und die Erfahrungssätze, die sich aus dem Vergleich der unter den verschiedensten Verhältnissen arbeitenden Trockenbaggerbetriebe ergeben. Mit 39 Textabbildungen und 7 Taf. Berlin 1916. Wilhelm Ernst & Sohn. Pr. 20 M.

Schriften des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. (Ergänzungshefte zum Statistischen Jahrbuch deutscher Städte). Heft 4: Das Wohnungswesen und die Gemeinden in Preußen. Von Dir. Dr. R. Kuczynski. 2. Teil. Städtische Wohnungsfürsorge. Breslau 1916. Wilh. Gottl. Korn. Pr. 10 M.

Schweizerisches Export-Jahrbuch 1916. Herausgegeben von Dr. A. Haas und A. Diem, Sekr. der kantonalen bernischen Handels- und Gewerbekammer, Bern und Biel. In deutsch, französisch und englischer Sprache. Zürich. Export-Verlag J. Wagner-Egloff.

Soennecken, F. Die Rundschrift mit Vorwort zur 1. und 100. Auflage von Geh. Reg.-Rat Prof. F. Reuleaux in 3 Teilen herausgegeben. I. Teil. Bonn 1916. Pr. 1,50 M.

Inhalt: Das städtische Volksschul-Gebäude in der Pfarrhof-Straße in München-Giesing. (Fortsetzung.) — Literatur-Verzeichnis. —

Hierzu eine Beilage: Das städtische Volksschul-Gebäude in der Pfarrhof-Straße in München-Giesing.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Wandbilder im III. Obergeschoß.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. N^o 67. BERLIN, DEN 21. AUGUST 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

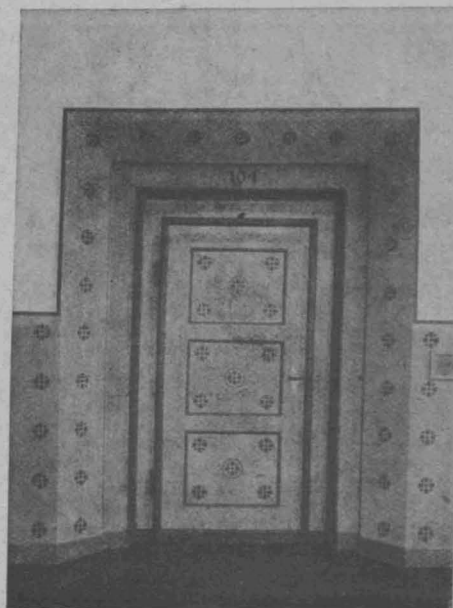
Das städtische Volksschul-Gebäude in der Pfarrhof-Straße in München-Giesing.

Architekt: Städtischer Baurat Prof. Dr.-Ing. h. c. Hans Grässel in München. (Schluß.)



Die äußere Erscheinung des Bauwerkes entspricht seinem inneren Wesen und seinem Organismus. Sie wurde zugleich dem Stadt-, wie dem Landschaftsbild angepaßt. Die übliche Anordnung von Fenstergruppen für jeden Lehrsaal wurde vermieden und es wurden die Fenster am ganzen Bauwerk gleichmäßig verteilt. Das wurde notwendig, weil sich an den Außenseiten des Baukörpers nicht ausschließlich Lehrsäle befinden; ferner aber auch, um dem Baukörper gegenüber der Kirche eine möglichst groß wirkende Gesamterscheinung zu verleihen. Wenn die Gruppenfenster, die bei den Schulgebäuden Münchens mit wenigen Ausnahmen gebräuchlich waren, gewählt wurden, so geschah es, um das Tageslicht in möglicher Fülle allen Plätzen der Schüler zuzulenken. Die Anordnungen an dem in Rede stehenden Schulgebäude haben jedoch gezeigt, daß auch durch gleichmäßig verteilte Fenster eine gute Belichtung der Schulräume erreicht werden kann und die etwas breiteren Mauerpfeller nicht wesentlich verdunkelnd wirken. Als nicht unerwünschtes praktisches Ergebnis stellte sich dabei ein, daß die Mauerpfeller zwischen den Fenstern gleichmäßig belastet sind und sich hierdurch die Bauausführung vereinfacht und verbilligt. Der Gefahr der Einförmigkeit, die sich bei dieser Anordnung leicht ergeben kann, wurde dadurch begegnet, daß die Seitenflügel zur Gliederung der Hauptfassade an dieser etwas vorgezogen und durch Dachgiebel bekrönt wurden, während zwischen diesen Risaliten im dritten Obergeschoß eine Terrasse mit freiem Ausblick über die Stadt angeordnet ist. Die unteren Teile der Hauptfassade wurden ferner belebt durch zwei Windfang-Vorbauten mit Freitreppen an den beiden Haupteingängen, die übereinstimmen mit den beiden hinteren Durchfahrten zum Hof. Die Wirkung der Hauptansicht ist auch gesteigert durch die drei Türöffnungen der Erdgeschoßhalle und eine diesen vorgelagerte Freitreppe von 12 Stufen. Damit auch die gleichmäßige Linie der Dachfirst eine Unterbrechung erhielt, wurden die beiden Treppenhäuser, anklingend an manche Bildungen des Elias Holl in Augsburg, als kuppelgedeckte Treppentürme über das Dach hinausgeführt. Die beiden Türme enthalten die Sammel-schächte für die verbrauchte Luft der Schulsäle und haben so neben ihrer im Gruppenbild des Bauwer-

kes wichtigen künstlerischen Bedeutung auch einen praktischen Zweck. Der Architekt begründet diese Anordnung mit den Worten: „Die doppelte Senkrechte der beiden Treppentürme in der äußeren Erscheinung des Schulgebäudes war auch notwendig gegenüber der einen Senkrechten der Kirchturmspyramide in der anstoßenden Kirchplatzwand. Zu dem Einklang einerseits mußte im Interesse der Gegensatzwirkung der Doppelklang der anderen Platzseite kommen und die Kuppelform der Türme gegenüber der Spitze des Kirchturmes“. Nicht unerheblich wird die Erscheinung der Baugruppe beeinflusst durch die Einfriedigung des Turn- und Spielhofes, die in der Bildbeilage zu No. 66 zu erkennen ist. Der Hof mußte eine wagrechte Lage erhalten und gegen die Zugluft sowie gegen die mög-



Türen zu den Unterrichts-Räumen.

lichen Störungen der Uebungen von der Straße her durch eine geschlossene Einfriedigungsmauer geschützt werden und eine Stützmauer erhalten. Ein Notausgang mit Freitreppe gegen die Stadt unterbricht und mildert zugleich die durch die abschüssigen Straßen westlich hoch werdende Mauer und gibt ihr einen zum Gesamt-

bild von Westen her harmonisch gestimmten Abschluß. Hier erhielt die Einfriedigungsmauer noch eine willkommene Unterbrechung und einen Schmuck durch einen halbrunden Aufbau zwischen den beiden Ausgängen des Turnhofes, der ein Reliefbildnis des in der Tegernseer-Landstraße in Giesing geborenen Volksdichters Hermann Schmid erhält. Diese Anordnung findet ihr Gegenstück in dem Brunnen der gegenüber liegenden Kirchenterrasse.

Die stilistische und die Materialbehandlung des Bauwerkes ergaben sich aus dem Charakter der Umgebung. Große Mauerflächen und eine stumpf braunrote Farbe der Backsteinwände der Kirche verlangten bei der Schule auch möglichst gleichmäßige Mauerflächen und eine harmonische farbige Gegenwirkung. Der Kosten wegen konnte es sich bei der Schule nur um einen Putzbau handeln im Gegensatz zur Kirche, die als Backsteinfugenbau erstellt ist. Soweit die zahlreichen Fenster überhaupt Mauerflächen übrig ließen, wurden diese nicht mehr durch plastische architektonische Gliederungen geteilt, sondern es wurden zur Andeutung der Stockwerks-Gebälke sowie als Umrahmen für Türen und Fenster nur glatte Bänder verwendet. Dabei wurden die Mauerflächen ockergelb und die teilenden und umrahmenden Bänder weiß gefärbt. Das Dach wurde gleich dem der Kirche mit roten Dachziegeln eingedeckt, während die Kuppeln der Treppentürme ähnlich dem grauen Steinturm der Kirche eine graue Abdeckung durch Rexitekt, eine Art gummierter Dachpappe, erhielten.

Die Anpflanzung des Turnhofes erfolgte mit rund geschnittenen Kugelhorn-Bäumen, die nicht hoch wachsen, denn die Mitte des Platzes vor dem Schulhaus sollte frei bleiben. Eine Tafel aus Treuchtlinger Marmor in der Umfassungsmauer des Gebäudes an der Pfarrhof-Straße gibt der Mit- und Nachwelt Kenntnis von der Erbauung der Schule während des Weltkrieges und über den gestaltenden Künstler.

Für die Gestaltung des Inneren suchte der Architekt eine charakteristische und eindrucksvolle Erscheinung zu erreichen. Wie häufig wird Sparsamkeit als der Grund angegeben, wenn zahlreiche Schulen im Inneren jeden charakteristischen Eindruck vermissen lassen. „Diese Begründung“, meint der Künstler, „ist aber nicht stichhaltig. Es läßt sich auch mit einfachen Mitteln und ohne besondere Kosten dem Inneren eines Volksschulgebäudes ein anmutiger ja sogar künstlerischer Eindruck verleihen durch das billige und doch so vielseitige Mittel der Farbe, durch die richtige Wahl der Farben für die Anstriche der Wände, Decken, Türen, der Fußböden und der Einrichtungsgegenstände. Es gehört dazu allerdings große Erfahrung sowie strenges Festhalten an der Einfachheit und dies ist die Schwierigkeit, nicht die Sparsamkeit“. Mehr als sonstwo verlange, meint der Künstler, in München süddeutsche Art eine anheimelnde Gestaltung der Volksschulen außen und innen, denn für eine Stadt, die eine Kunststadt sein und bleiben wolle, sei es notwendig, daß die Einwirkung für künstlerische Allgemeinkultur der Bevölkerung schon in den Volksschulen erfolge, in welchen alle Kinder, ob reich oder arm, ihre ersten und für das ganze Leben bleibenden Eindrücke empfangen.

Die künstlerische Gestaltung im Inneren einer Volksschule ist beschränkt auf die meist bescheidenen Vorhallen, Gänge und Treppen, auf die Anschlagtafeln, Aufschriften und Ähnliches, sowie auf die technischen Anordnungen für Reinlichkeit und Sauberkeit. Bei dem hier behandelten Schulgebäude trat noch die Erdgeschoßhalle als ein Raum hinzu, der sich architektonisch behandeln ließ.

Die Farbgebung des Inneren steht in Beziehung zu der des Äußeren; zu dem Weiß und Gelb hier wurde im Inneren Grün und Schwarz gewählt. Alle Türen und Sockel der Gänge und Treppen erhielten einen saftgrünen (Viktoriagrün) Anstrich, der mit aufschablontierten schwarzen Rosetten verziert wurde. Die Decken der Gänge wurden längs der Gangwände mit grün aufschablontierten Rosetten geschmückt. Bei der Balkendecke der großen Erdgeschoßhalle und den Holz-

gittern daselbst gegen die Treppen wiederholt sich das Farbenspiel in Schwarz und Grün. Der Fußboden der Halle erhielt rotes Pflaster aus Backsteinen mit weißen Fugen. Die Gänge wurden, anschließend an die Eichenholz-Treppen, mit hellbraunem Granit-Linoleum belegt. Die Halle ist bereichert durch zwei steinerne Trinkbrunnen, durch vier Bilder aus Giesings Vergangenheit von Kunstmaler Carl Vetter in München (S. 286), sowie durch vier Ueberbauten über den Heizkörpern mit den Darstellungen der vier Jahreszeiten durch Bildhauer Prof. Julius Seidler in München. Die Gangwände des hellen dritten Obergeschosses erhielten einen eigenartigen künstlerischen Schmuck durch belehrende Wandbilder in grünen Rundstab-Rahmen, die Kunstmaler Valentin Zietara in München auf Leinwand malte. Diese Wandbilder sind in den Kopfabbildungen der Nummern unserer Zeitung dargestellt, die der Beschreibung dieses Schulhauses gewidmet sind.

In den Schulräumen selbst wurde die Farbe der Schulbänke, der Kleiderkästen, der Bilderrahmen und sonstiger Einrichtungsstücke mit dem Fußboden und dem Sockelanstrich der Wände durch eine einheitliche Grundfarbe zusammen gefaßt. Diese Grundfarbe ist eine gelbbraune Holzlasur, die bei den Schreinerarbeiten gehoben ist durch eine schwarze Linie, die wieder zusammen geht mit dem Schwarz der Schulbankpulte. Der Fußboden ist mit hellbraunem Linoleum belegt, Wandsockel und Vorhänge zeigen ein leichtes Gelb, zwischen der weißen Wand und der weißen Decke ist eine schmale grüne Borte gezogen, die Mitte der Decke erhielt eine farbige Windrose.

Die technische Ausführung erfolgte mit besonderer Sorgfalt. Das Schulhaus gründet sich auf gewachsenen Kies und Sand. Alle Fundamentsohlen und das ganze Untergeschoß sind in Portlandzement-Stampfbeton 1:4:7 unter Verwendung von Marienburger Fabrikat ausgeführt. Langsam bindender Zement hat sich zur Vermeidung von Rissen als vorteilhaft erwiesen. So bilden Gründung und Untergeschoß eine einzige feste Masse, die jede teilweise Setzung des Bauwerkes ausschließt. Bei der Höhenlage des Bauwerkes war eine besondere Isolierung gegen die Feuchtigkeit des Untergrundes unnötig. Wegen der Aufsaugungsfähigkeit des Betons ist es gut, den Vorsprung des Betonsockels nicht groß zu wählen und ihn abzuglätten. Die aufgehenden Mauern wurden in gewöhnlichem Backstein aufgeführt und mit Kalkmörtel verputzt. Im Äußeren hat sich dabei der Kalkmörtel-Spritzbewurf in zwei Lagen auf einer Unterlage von Zementmörtel-Spritzbewurf gegen Schlagregen am besten bewährt. Die Zementmörtel-Unterschicht hat dabei die Aufgabe, die poröse Oberfläche der Backsteine zu härten. Die Farben Gelb und Weiß wurden auf dem Bewurf mittels des Schwammes und unmittelbar nach dessen Herstellung aufgetragen. Dadurch wurden das frische Verputzkorn erhalten, die Farben haltbar mit dem Verputz verbunden und es konnten dadurch die hohen Kosten einer eigenen Malerrüstung erspart werden. Bei den vielen Durchbrechungen der Umfassungsmauern hat es der Architekt für zweckmäßig gehalten, tiefe äußere Fensterteilungen zu vermeiden, um ein zu starkes Zerreißen der Mauerflächen durch starke Schattungen zu verhindern.

Die Stockwerksdecken bestehen aus Kiesbeton zwischen Walzeisenträgern. Nach der Ansicht des Architekten ist die gewöhnliche Betondecke den massiven Spezialdecken bei Schulgebäuden vorzuziehen, da ihre Herstellung mit den gewöhnlichen Baustoffen und mit den gewöhnlichen Arbeitskräften erfolgen kann und die Witterungsverhältnisse fast gar keinen Einfluß auf Ausführung und Dauerhaftigkeit haben. Die einfachen Betondecken können ferner für Rohrleitungen ohne Gefährdung ihres Bestandes jederzeit durchbrochen werden. Die muldenförmig betonierten Decken greifen an der Unterseite 1—2 cm über den Flansch des Deckenträgers und sind oben mit einer möglichst hohen Kiesauffüllung versehen, welche die Schalleitung am besten hemmt. Auf diese Auffüllung folgt ein 4 cm hoher Zement-Estrich, auf welchen der Linoleumbelag aufgeklebt

wird, in den Gängen 4 mm, in den Lehrsälen 3,3 mm stark. Der Linoleum-Estrich im Knabenhortraum des Untergeschosses ist vom Untergrund durch eine 15 cm hohe trockene Kiesauffüllung und eine ebenso starke Lehm-schicht isoliert, so daß Bodenfeuchtigkeit hier nicht durchdringen kann.

Außer den Linoleumböden enthält das Schulhaus Böden aus Eichenriemen, Fichtenholztäfel, Solnhofen-Platten, Steinzeugplatten und aus Ziegelsteinpflaster. Die Wände sind im Sockel mit Sichel-leimfarbe, mit Silex-farbe und mit einfacher Kalkfarbe getüncht. Türen, Fenster usw. geben zu besonderer Erwähnung keinen Anlaß; sie sind aus Weichholz und gestrichen. Die Heizanlage besteht aus 3 Niederdruckdampf-Röhrenkesseln von je 55 qm feuerberührter Heizfläche; die Heizkörper sind in den Brüstungen der Fensternischen untergebracht. Die künstliche Beleuchtung erfolgt durch hängendes Gasglühlicht.

Die Zuführung der frischen Luft zu den Unterrichtsräumen erfolgt in gemauerten, zur Reinigung sorgfältig verputzten, im Untergeschoß an der Gangdecke angebrachten Kanälen durch elektrisch angetriebene Druckluft-Ventilatoren, System Meydinger, aus

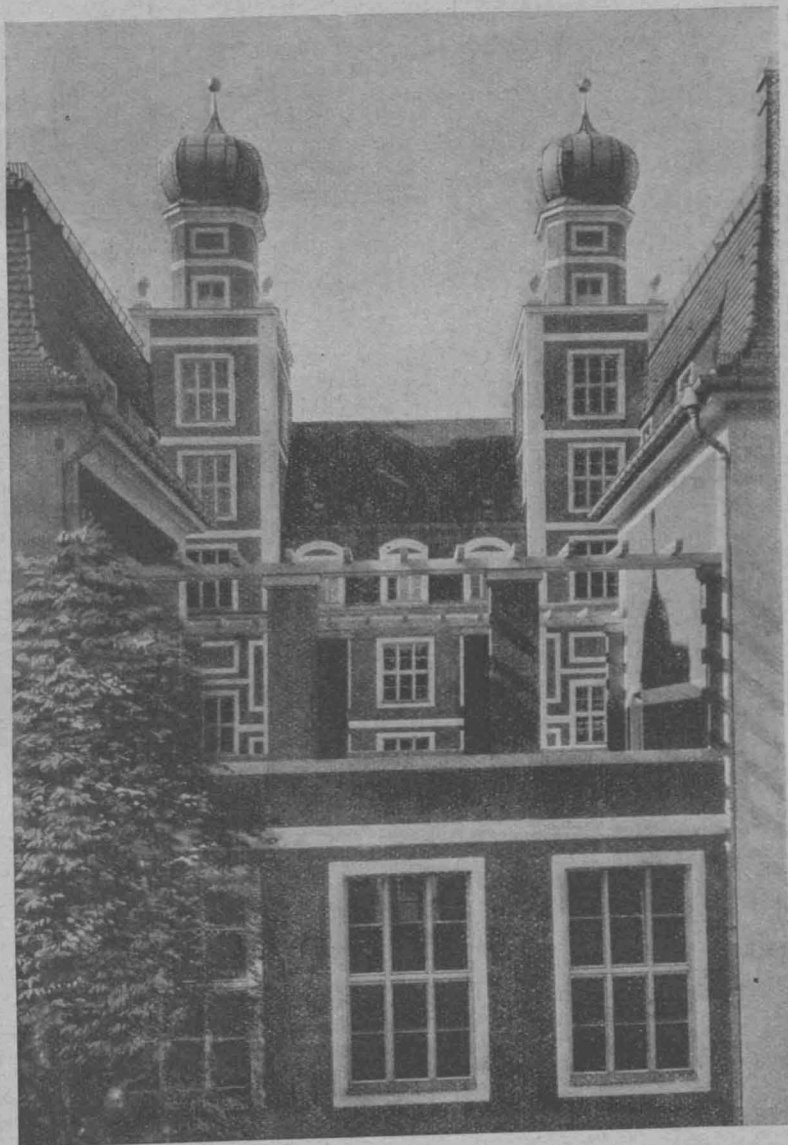
3 Luftkammern des Untergeschosses, wo die frische Luft gereinigt und auf 20° C vorgewärmt wird. Die verbrauchte Luft wird durch die Treppenhäustürme abgeführt.

Das Dach ist mit gesinterten naturroten Dachplatten auf einem Unterdach aus Schalung und Dachpappe mit Sparren- und Ziegellatten doppelt eingedeckt. Diese Unterkonstruktion muß jedoch durch Entlüftungs-Ziegel entlüftet werden, damit Latten und Ziegelnasen nicht verfaulen und verwittern. Die Lüftungsziegel wurden in jedem Sparrenfach oben und unten angebracht und lassen so die Luft durch das Innere des Sparrenfaches strömen.

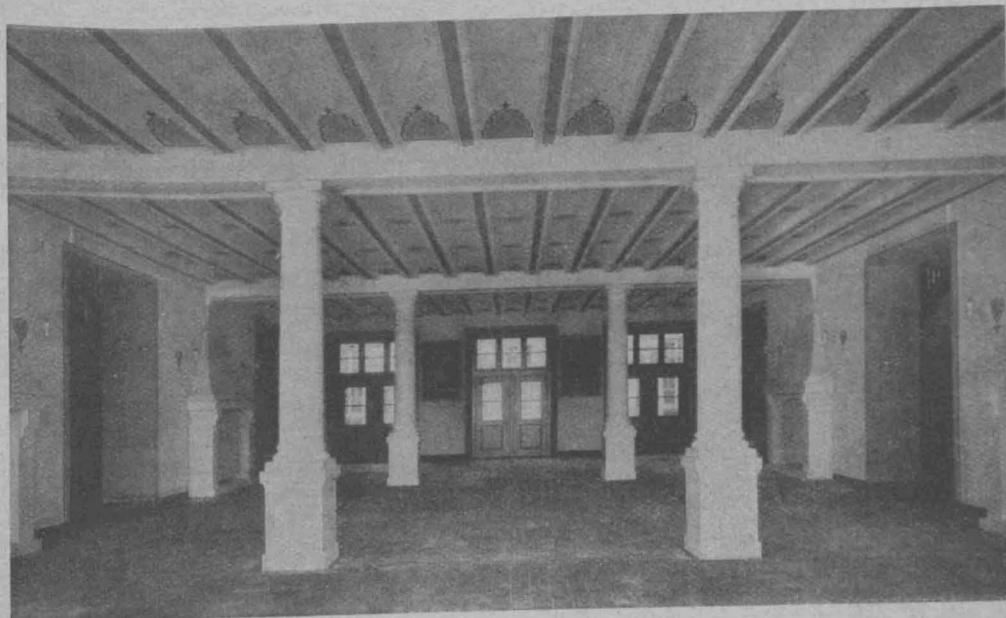
Der Bau war ein „völliger Kriegsbau“, was sich jedoch nur auf die Zeit seiner Errichtung vom 30. November 1914 bis 30. Sept. 1916 und auf die besonderen Schwierigkeiten, unter denen sich seine Ausführung hinsichtlich Material-Beschaffung und Arbeitskräften vollzog, nicht aber auch auf seine hervorragenden künstlerischen und technischen Eigenschaften bezieht.

Die örtliche Leitung war unter der Oberleitung Gräsels dem inzwischen verstorbenen städtisch. Ingenieur Andreas List übertragen und wurde

von diesem mit großer Umsicht ausgeübt. Bei der Bearbeitung der Pläne für Entwurf und Ausführung standen dem oberleitenden Architekten zur Seite städt. Ingen. August Schmid, Bauinsp. Heinrich Müller und Bau-



Einblick in den Innenhof mit Treppenhäustürmen.



Halle im Erdgeschoß.

Inspektor Georg Burger. Mit diesem Bauwerk ist die Kette der schönen neueren Schulhäuser Münchens um ein stolzes Glied vermehrt worden. —

Vermischtes.

Neue Mitglieder der kgl. preuß. Akademie des Bauwesens. Der Ministerial- und Oberbaudirektor im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten Dr.-Ing. h. c. Sympher ist zum ordentlichen Mitglied, Wirkl. Geh. Oberbaurat Nolda und der Geh. Oberbaurat Hoogen aus demselben Ministerium, sowie der Geh. Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Ernst v. Borsig in Berlin-Tegel sind zu außerordentlichen Mitgliedern der kgl. preuß. Akademie des Bauwesens ernannt worden. —

Gesellschaft von Freunden der Technischen Hochschule zu Aachen. Am 3. Aug. 1918 ist in Düsseldorf unter dem Vorsitz von Kommerzienrat Dr.-Ing. h. c. Springorum in Dortmund eine „Gesellschaft von Freunden der Aachener Hochschule“ gegründet worden. Die Gesellschaft setzt es sich zum Ziel, anlässlich der 1920 bevorstehenden Feier des fünfzigjährigen Bestehens der kgl. Technischen Hochschule zu Aachen für diese Hochschule als der berufenen Bildungsstätte insbesondere für die Ingenieure des rheinisch-westfälischen Industriegebietes Mittel bereit zu stellen, damit nicht nur ihren Studierenden eine in jeder Richtung vertiefte technische Schulung zuteil wird, sondern auch sie selbst zu einer Höhe wissenschaftlicher Forschung ausgestaltet werden kann, die ihrer Stellung als Hochschule des wichtigsten deutschen Industriegebietes angemessen ist.

Die Gesellschaft, in deren Arbeitsausschuß maßgebende Vertreter der verschiedenen Industrien eingetreten sind, wird sofort mit ihrer Werbetätigkeit beginnen. In Aachen hat sich unter dem Vorsitz des Rektors der Technischen Hochschule, Hrn. Geheimrat Klockmann, ein Ortsausschuß gebildet. Schon jetzt werden die früheren Studierenden der Aachener Hochschule gebeten, ihre genauen Adressen der Geschäftsführung der Gesellschaft z. Hd. von Dr. Petersen (Verein deutscher Eisenhüttenleute), Düsseldorf, Ludendorff-Straße 27, mitzuteilen. —

Ueber den hervorragend günstigen Einfluß der Vorflut-Regelung der Emscher gibt der von der „Emschergenossenschaft“ über das Rechnungsjahr 1917 erstattete Bericht interessante Aufschlüsse an Hand der Erfahrungen, die bei zwei sehr bedeutenden Hochwassern im Sommer 1917 und Frühjahr 1918 gemacht worden sind. Am 31. Juli 1917 erreichte ein Regen fast im ganzen Emscher-Gebiet 70 mm Höhe, bei Herne sogar in wenigen Stunden 127 mm, während in der 10-jährigen Beobachtungszeit von 1892—1901 ein stärkster Regen von nur 42 mm in 24 Stunden beobachtet worden ist. Da der Untergrund schon mit Wasser gesättigt war, kam ein sehr großer Teil dieser Menge auch zum tatsächlichen Abfluß. Im Unterlauf der Emscher wurde 140 cbm/Sek., in dem Nebenbach Boye 23 cbm/Sek. abgeführt. Durch kleinere Ueberschwemmungen und teilweisen Einsturz des Mündungsbauwerkes am Rhein erwuchs ein Schaden von etwa 300 000 M. Vergleicht man aber diesen Vorfall mit dem Hochwasser vom Febr. 1909 (also vor Ausführung der Emscherregulierung) das in zwei Tagen 70 mm Regenhöhe aufwies, so sind damals im Emschergebiet nicht weniger als 3500 ha unter Wasser gesetzt worden und bei einem Regenfall entsprechend 1917 berechnete sich die überschwemmte Fläche gar zu 5200 ha. Berechnet man den Schaden für 1 ha mäßig mit 1280 M., so würde sich allein für Wiesen, Aecker und Gärten ein Schaden von rd. 6 Mill. M. ergeben, wozu noch rd. 4 Mill. für Schäden an Wegen, Brücken, Gebäuden, Vorräten in den Kellern usw. gerechnet werden dürfen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Schäden durch Verkehrsstörungen, Betriebserschwernisse in den im Ueberschwemmungsgebiet liegenden Zechen und dergleichen. Ein ähnlicher Schaden würde 1918 entstanden sein. Bereits 1912 ist ein bedeutendes Hochwasser fast unerschädlich verlaufen. Der Bericht kommt daher zu dem Schluß, daß alle Kosten, die bisher durch Regulierung der Emscher und ihrer Nebenläufe entstanden sind, allein durch die Abwendung der Hochwasserschäden gedeckt seien.

Nicht ganz entsprochen hat jedoch die Höhe des eingetretenen Wasserstandes den Annahmen, die dem Entwurf zugrunde gelegen haben. Nach dem Entwurf (Vgl. die ausführliche Darstellung i. J. 1904) ist entsprechend den Bauungsverhältnissen 1950 mit einer Wasserabführung von 176 cbm/Sek. in der Unteremscher, 44 cbm/Sek. in der Boye gerechnet. Trotzdem war der Pegelstand 1917 teilweise höher, als er bei höchster Wasserabführung nach dem Entwurf hätte sein dürfen. Das ist in erster Linie auf eingetretene Senkungen und dadurch bedingte Verschlechterungen des Gefälles zurückzuführen, z. T. dürften aber auch die Rauhigkeitswerte der Böschungen zu niedrig angenommen sein, sodaß also die Bewegungswiderstände höhere, als erwartet, sind. Die regulierten Bachstrecken werden also

einer Nachprüfung unterzogen werden müssen. In zweckmäßiger Form umzubauen war ferner das Mündungsbauwerk am Rhein.

Der Bau von Kläranlagen und Pumpwerken stand im Berichtsjahr mit Rücksicht auf die Kriegslage gänzlich still, zur Aufstellung von Entwürfen fehlten die nötigen Kräfte. Auch die Regulierungsarbeiten und die Herstellung von Entwässerungsanschlüssen mußten auf das Äußerste eingeschränkt werden. Es sind — abgesehen von der Wiederherstellung der Schäden — im Ganzen nur rd. 1,3 Mill. M. 1917 verausgabt worden, die vorwiegend auf die Nebenbäche entfallen. Insgesamt sind bis 1. April 1918 für die Arbeiten 66,13 Mill. M. ausgegeben worden, etwa 47,2 Mill. für die eigentlichen Bauarbeiten. Durch die Arbeiten sind insgesamt schon allein 500 ha, die bisher dauernd unter Wasser standen und so gut wie ertragslos waren, trocken gelegt worden. Der jetzige kapitalisierte Ertragswert wird auf 5 Mill. M. geschätzt; dazu kommen noch 1,5 Mill. M. für 91 ha alte Emscher- und Bachflächen, die durch Verlegungen jetzt frei geworden sind. Der Wert der bisher erstellten Verwaltungs- und Dienstgebäude der Genossenschaft stellt sich auf 2 Mill. M. —

Uebergangs-Maßnahmen und Hochschul-Reform. Die Uebergangszeit wird an unsere deutsche Technik und Industrie große Anforderungen stellen; es gilt, den Betrieb auf die neue Friedenswirtschaft umzuleiten und die Kriegserfahrungen wissenschaftlich zu verwerten. Hierfür sind vor allem wissenschaftlich gründlich durchgebildete Ingenieure in größerer Zahl erforderlich; der akademisch-technische Nachwuchs erscheint jedoch sehr gefährdet, da eine ganze Anzahl von Studierenden aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen ihr Studium nicht vollenden können. Um den daraus entstehenden Schädigungen entgegen zu wirken, müssen unseren Kriegsteilnehmern bei der Wiederaufnahme ihrer Studien alle zulässigen Erleichterungen gewährt werden, weil sonst der hohe Stand unserer deutschen Technik gefährdet wird.

Diese Forderung vertritt der „Deutsche Ausschluß für Technisches Schulwesen“, in dem die führenden Persönlichkeiten der deutschen Technik und Industrie, wie auch die Hochschullehrer vereinigt sind, in einer an die Unterrichtsverwaltungen gerichteten Eingabe. Er hält es für besonders wichtig, daß den Hochschulen, um den wechselnden Bedürfnissen der Uebergangszeit Rechnung tragen zu können, bei der Handhabung der Prüfungsbestimmungen möglichst Freiheit gewährt werde; er fordert hinreichende Geldmittel zum Ausbau des Lehrkörpers der Hochschulen und zur Gewährung reichlicher Stipendien an begabte Studierende. Auch die Heeresverwaltung kann durch frühzeitige Entlassung der Lehrkräfte und Studierenden die rasche Wiederaufnahme des Unterrichtes sichern.

Wird den Hochschulen und Bergakademien in der Uebergangszeit eine freiere Handhabung des Unterrichtsprogrammes und der Prüfungsbestimmungen zugestanden, dann können in dieser Zeit wertvolle Erfahrungen gesammelt werden, die die Grundlage für die schon vor dem Krieg als dringend notwendig erkannte Reform des technischen Hochschulwesens bilden können. —

Wettbewerbe.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Briefkopf, eine Verschlussmarke und einen Plakatkopf erläßt der „Volksbildungsverein“ in Prag unter den deutsch-böhmischen Künstlern, sei es, daß sie in Deutsch-Böhmen leben oder aus Deutsch-Böhmen gebürtig sind, mit Frist zum 1. Okt. 1918, 3 Preise von 250, 150 und 100 K.; Ankäufe für je 50 K. Im Preisgericht u. A. die Hrn. k. k. Ob.-Brt. Prof. Theod. Bach, Kunstmaler Prof. Aug. Brömse, Kunsthistoriker Prof. Dr. Alois Grünwald, k. k. Landeskonservator Dr. Hugo Hoenigschmiedt, k. k. Landeskonservator Architekt Dr. K. Kühn, Bildhauer Prof. Alois Rieber, Kunstmalerin Otty Schneider, Kunsthistoriker Prof. Dr. Hugo Schmerber, Arch. Prof. Franz Schwertner, Kunstmaler Hofrat Prof. Franz Thiele und Architekt k. k. Brt. Josef Zasche, sämtlich in Prag. —

Einen Wettbewerb um Pläne für Schulhausbauten und eine öffentliche Anlage auf dem Milchbuck in Zürich eröffnet der Stadtrat von Zürich unter den in Zürich und seinen Vororten verbürgerten oder seit 1. Jan. 1916 niedergelassenen Architekten mit Frist zum 31. Okt. 1918. Zur Auszeichnung von höchstens 5 Entwürfen stehen 15 000 Franken zur Verfügung. —

Inhalt: Das städtische Volksschul-Gebäude in der Pfarrhof-Straße in München-Giesing. (Schluß). — Vermischtes. — Wettbewerbe. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. Nº 68. BERLIN, DEN 24. AUGUST 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Wohn- und Geschäftshaus Bergmann in Neiße.

Architekt: Stadtbauinspektor Fritz Behrendt in Breslau. Hierzu eine Bildbeilage.



Der Bauplatz dieses Wohn- und Geschäftshauses liegt an einer hervorragenden Stelle der Stadt Neiße, dort, wo die schmale Tuch-Straße auf den „Fisch-Markt“ benannten Teil, des Ringes einmündet, im Blickpunkt der vom Bahnhof ausgehenden verkehrsreichen Haupt-Zugangs-Straße zum Mittelpunkt der

Zusammenziehung aller drei Häuser zu einem Körper infolge der vergrößerten Massenwirkung die beherrschende Erscheinung des Turmes nicht beeinträchtigt haben würde.

Unter diesen Gesichtspunkten schien es vorteilhafter, die Individualität jedes Hauses zu wahren. Das kam auch dem Wunsch des Bauherrn entgegen, der entschiedenes Gewicht darauf legte, seinen Neubau weit hin kenntlich aus der Reihe der übrigen heraus zu heben.

Wenn aus allen diesen Gründen das Haus seine Umgebung überragt, so wurde doch versucht, seine Höhenentwicklung zugunsten des Stadtbildes möglichst einzuschränken, und seine ganze Erscheinung so zurückhaltend zu gestalten, wie es sich mit seiner Bestimmung irgend vereinigen ließ. Insbesondere wurde daher auf die Ausbildung eines Giebels nach der Seite des Fisch-Marktes verzichtet, der an die zahlreichen gegenüber liegenden alten Giebelhäuser gut hätte anklängen können, aber innerhalb des in Betracht kommenden Baublockes doch ein fremdes Element geblieben wäre. Die gewählte Walmdach-Lösung ergab sich somit einerseits aus den Forderungen der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit, und aus der Rücksichtnahme auf das vorhandene alte Stadtbild.

Die bei ähnlichen Aufgaben immer wieder eintretende Schwierigkeit, die starke Auflösung der Wandflächen in den unteren Geschossen mit den geschlossenen Wandungen der oberen Geschosse befriedigend in Einklang zu bringen, wurde hier durch den bereits erwähnten Umstand besonders erhöht, daß die Lichtzufuhr nahezu ausschließlich von der Seite des Fisch-Marktes erfolgen mußte. Den Gegensatz zwischen den unteren und den oberen Geschossen zu verwischen, schien unmöglich. Es wurde daher bewußt auf jeden dahin abzielenden Versuch verzichtet und gerade dieser Gegensatz zum beherrschenden Motiv der Fassaden-Ausbildung gemacht. Die Verwendung der Eisenbeton-Bauweise gab die Möglichkeit, die Abmessungen der stützenden Teile außerordentlich gering zu halten. Das führte dazu, bei der Gestaltung des Äußeren in freier Weise an alte Vorbilder anzuschließen, bei denen — sei es in Holzfachwerk oder Werkstein-Konstruktionen —

Stadt und am Fuß des das gesamte Stadtbild überragenden Rathaus-Turmes.

Der Ring erhält sein Gepräge in der Hauptsache durch das alte Rathaus mit der bekannten Kämmerlei (ehemalige Wage*), sowie ferner durch die zahlreichen alten Giebelhäuser aus dem 16. und 17. Jahrhundert**).

An der Stelle des Neubaus standen zwei schmale dreistöckige Giebelhäuser, die mit ihren kleinen Abmessungen dem Rathaus-Turm durch den Maßstab-Gegensatz zu besonderer Wirkung verhalfen (Abbildung S. 299). Sie waren die letzten Giebelhäuser, denn die übrigen Grundstücke des Platzes waren bereits früher mit Häusern bebaut worden, die der Straße ihre Traufe zukehren. Auf diese Weise war eine unruhig bewegte obere Umrißlinie entstanden. Der Gedanke lag nahe, die begonnene Blockbildung zu vervollständigen und den Neubau in Höhe, Dachgestaltung und Architektur den Nachbarhäusern anzupassen. Das erwies sich jedoch aus verschiedenen Gründen als untunlich. Da von der schmalen Tuch-Straße her die Räume nur sehr unvollkommen beleuchtet werden konnten, insbesondere die im Erdgeschoß und ersten Stockwerk unterzubringenden Geschäftsräume, so legte der Bauherr mit Recht Wert darauf, daß die Lichtzufuhr von dem breiten Fisch-Markt her soweit als irgend möglich ausgenutzt wurde. Das führte zur Wahl einer gegenüber den Nachbarhäusern vergrößerten Geschoßhöhe und wenn es auch gelang, die Errichtung eines nach der Seite des Fisch-Marktes baupolizeilich zulässigen fünften Stockwerkes zu verhindern, so war es doch nicht möglich, die Hauptgesimslinie des Nachbarhauses einzuhalten. Das starke Lichtbedürfnis für die Geschäftsräume des Erd- und des Obergeschosses bedingte auch eine von den Nachbarhäusern völlig abweichende Gestaltung der Außenseite, sodaß eine einheitliche Erscheinung des ganzen Blockes von vorn herein unmöglich war. Schließlich aber war es zweifelhaft, ob die einheitliche Durchführung der Hauptgesims- und der Firstlinien über den ganzen Baublock, d. h. die

*) Alt-Schlesien, Architektur, Raumkunst und Kunstgewerbe, herausgegeben von Richard Konwiarz. Verlag Julius Hoffmann in Stuttgart, Abb. S. 35.

**) Vergl. Abbildungen in Alt-Schlesien, S. 13, 14, 36, 132, V. Gesamtansicht, 34, 14, 11, 60, 85, 36, 163, 131, 132, 10, 15, 73 und Abbildung S. 125 in „Die Architektur der Barock- u. Rokokozeit in Deutschland und der Schweiz“, herausgegeben von Hermann Popp, Verlag Julius Hoffmann in Stuttgart.

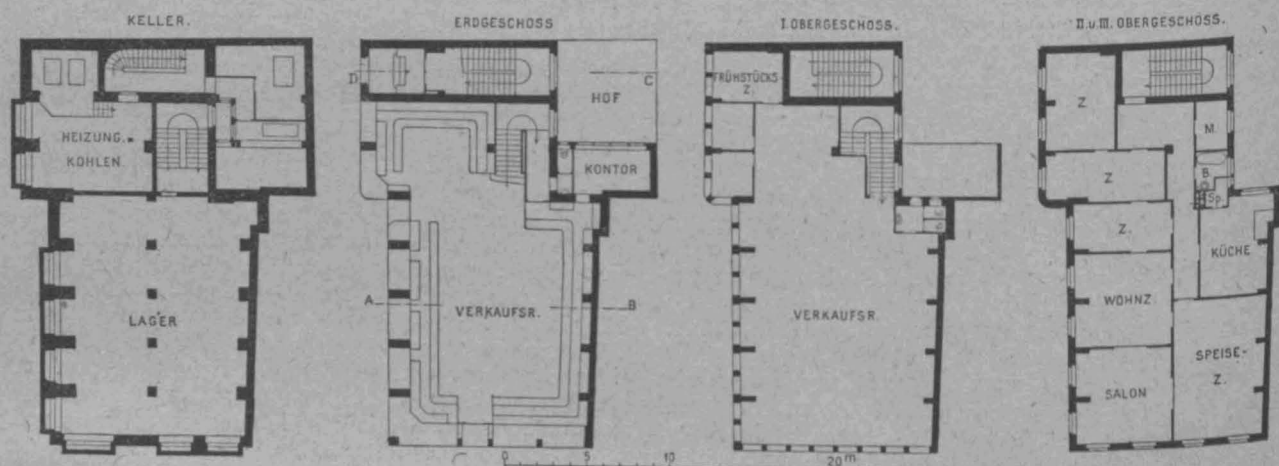
die unteren Teile der umschließenden Wände vielfach in ähnlicher Weise weitgehend aufgelöst sind.

Das Gebäude enthält im Erdgeschoß einen großen Geschäftsraum, der auf besonderen Wunsch des Bauherrn ohne alle Zwischenstützen gestaltet wurde. Die gesamten Lasten der Obergeschosse mußten daher auf die Außenwände übertragen werden und so ergab sich als zweckmäßig ein durch alle Stockwerke und das Dachgeschoß reichendes Konstruktions-System aus Eisenbeton, in das die Außenwände der beiden oberen Stockwerke nur als Füllmauerwerk eingefügt wurden. Um die zu übertragende Last bei der erheblichen Spannweite

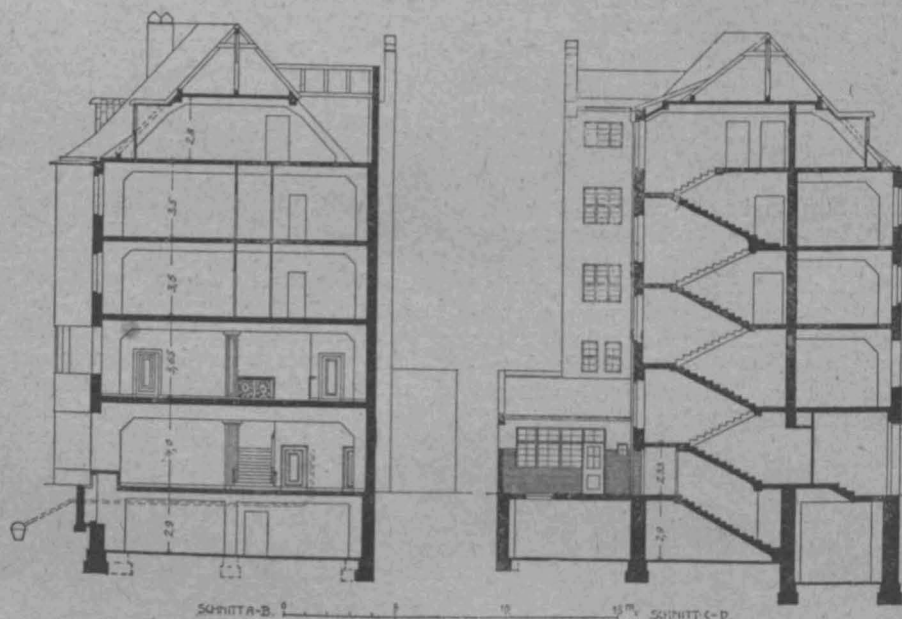
gänglich sind. Im Dachgeschoß liegen Bodenräume und Waschküche, sowie eine zweizimmerige Wohnung nebst Zubehör für den Hausmeister.

Bei aller Zurückhaltung in der Massen-Entwicklung und in der Umrißlinie des Neubaus bestand doch der Wunsch, die äußere Erscheinung einerseits den charakteristischen Formen der Umgebung anzupassen (Ab-

bildung S. 299) und ihr andererseits eine gewisse besondere Note zu geben. Dieser Wunsch führte dazu, die nach dem Fischmarkt gelegene Schauseite in der Ausdehnung der beiden oberen Stockwerke in reicher Weise mit Zierwerk auszustatten. Es wurde dabei an alte Vorbilder



von 12^m möglichst zu verringern, wurde die Achswerte an der Tuchstraße nur mit 3^m bemessen. In unmittelbarer Verbindung mit dem Geschäftsraum steht ein im Kellergeschoß untergebrachter Lagerraum, der übrige Teil des Unter-Geschosses wird durch den Heizungs- und Kohlenraum eingenommen. In dem unterkellerten Hof befinden sich die Kellerräume für die Wohnungen. Vom Hauptgeschäftsraum im Erdgeschoß führt eine Verbindungstreppe zum ersten Stockwerk, das ebenfalls in ganzer Ausdehnung von einem durchgehenden Geschäftsraum eingenommen wird. Im zweiten und dritten Stockwerk befinden sich zwei sechszimmerige Wohnungen mit Nebenräumen, die durch ein besonderes Treppenhaus von der Tuchstraße aus zu-



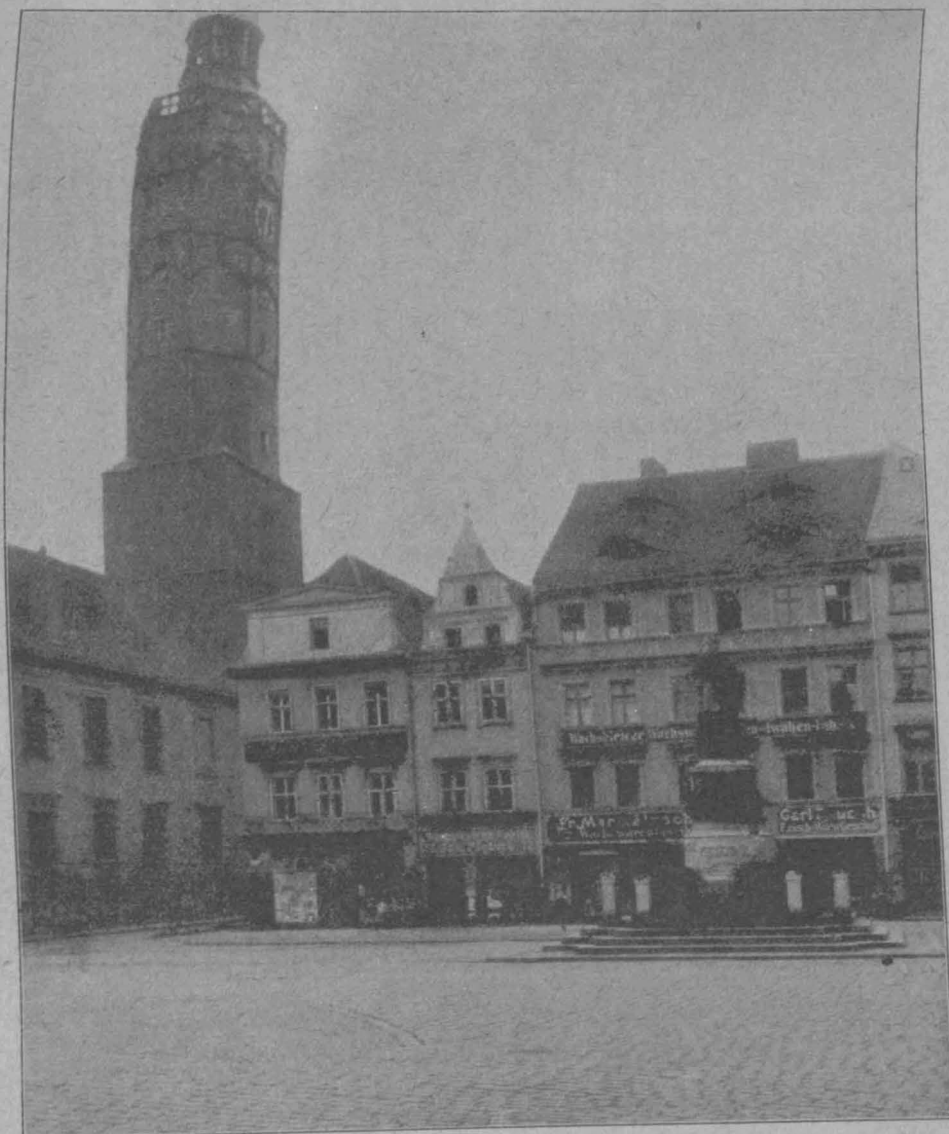
der Barockzeit angeschlossen, die mit ihren reichen Stuck-Dekorationen in Neißan verschiedenen Stellen, insbesondere an einem dem Neubau schräg gegenüber liegenden Hause^{***} zu finden sind (Bildbeilage). Während die unteren Teile der Fassade in kräftig scharriertem Vorsatzbeton mit Muschelkalkstein - Zusatz hergestellt

wurden, erhielt das Ziegelmauerwerk der beiden oberen Geschosse einen rotviolettten Terranova-Putz, der als Grund für die Dekoration dient, die darüber in gelblich grauem Terranova-Mörtel freihändig angetragen wurde. Die Verzierungen der Pfeilerköpfe im ersten Stockwerk wurden ohne Modell aus

***) Vergl. „Die Architektur der Barock- und Rokokozeit in Deutschland und der Schweiz“, Abb. S. 125.



OHN- UND GESCHÄFTSHAUS
 * BERGMANN IN NEISSE. *
 ARCHITEKT: STADTBAU-
 INSPEKTOR FRITZ BEHRENDT
 * * * * IN BRESLAU. * * * *
 ANSICHT VOM RING AUS
 * * * * GESEHEN. * * * *
 DEUTSCHE BAUZEITUNG
 52. JAHRGANG 1918. * NO. 68.



Ansicht des Fisch-Marktes in Neisse vor Errichtung des Neubaus.



Ansicht des Fisch-Marktes in Neisse nach Errichtung des Neubaus.

den stehen gebliebenen Betonblossen mit dem Meißel in frischem Zustand heraus gearbeitet. Das Dach ist mit roten Biberschwänzen gedeckt, das Holzwerk der Fenster weiß gestrichen. Auf die Ausstattung der Innenräume hatte der Architekt keinen Einfluß.

Der Neubau, der einen Kostenaufwand von ins-

gesamt rd. 130 000 M. erforderte, wurde von Maurermeister Anders in Neißa in General-Unternehmung ausgeführt. Die Modelle, Antrags- und Bildhauerarbeiten stammen von Bildhauer Myrtek in Breslau.

Der Bau wurde im November 1913 begonnen und im April 1914 fertig gestellt.

Vermischtes.

Die Neubesetzung des Lehrstuhles für Baukonstruktionslehre an der Technischen Hochschule in Stuttgart nach dem Tod des Oberbaurates Prof. Friedr. Gebhardt (siehe die Mitteilung in No. 44) ist durch die Wahl des Diplomingenieurs Architekten Paul Schmitthenner in Berlin erfolgt. Hr. Schmitthenner stammt aus dem Elsaß, wo er 1884 geboren wurde. Er ist in weiteren Kreisen bekannt geworden als künstlerischer Urheber der vom deutschen Reichsamt des Inneren für die Munitionsarbeiter der staatlichen Werkstätten in Spandau erbauten Gartenstadt Staaken westlich von Spandau, die während des Krieges erbaut wurde und namentlich in den an die holländische Kolonie in Potsdam erinnernden Backsteinbauten viel eigenartige Züge aufweist. Es ist vor Allem der Marktplatz, der durch eine charakteristische Erscheinung ausgezeichnet ist, die sich teilweise auch am Kirch-Platz wiederholt. Die Wahl der Technischen Hochschule in Stuttgart ist eine glückliche; wir hoffen, von dem Gewählten noch viel Erfreuliches zu hören.

Rechtsfragen.

Wertminderung wegen Bau-Unsicherheit des Grundstückes infolge bergbaulicher Einwirkungen. Der Grundeigentümer kann von dem Bergwerksbesitzer nur denjenigen Bergschaden ersetzt verlangen, der während seiner Besitzzeit entsteht. Ist der Schaden vor dem Erwerb des Grundstückes durch den gegenwärtigen Besitzer entstanden, so kann ihn nicht dieser, sondern nur der Vorbesitzer geltend machen. Bei unbebauten Grundstücken kann es zweifelhaft sein, wann der durch Verlust der Bausicherheit infolge bergbaulicher Einwirkungen eingetretene, in dem Minderwert des Grundstückes bestehende Schaden entstanden ist. In dieser Beziehung hat die folgende Entscheidung des Reichsgerichtes Bedeutung:

Der Straßenbahnschaffner L. kaufte 1912 ein Grundstück in Schonnebeck, um es für sich zu bebauen. An den Gebäuden traten bald nach ihrer Fertigstellung Schäden auf, die ihre Ursache in dem Bergbau des Steinkohlenbergwerkes Zollverein in Katernberg hatten. Mit Klage verlangte L. von dem Bergwerk Schadenersatz, und zwar u. A. eine Entschädigung für den Minderwert des Grundstückes. Das Landgericht Essen und das Oberlandesgericht Hamm haben dem Kläger nur 1950 M. als Entschädigung für den Minderwert, den die Gebäude auch nach Vornahme der nötigen Ausbesserungsarbeiten noch behalten werden, zugebilligt. Hiergegen legte der Kläger mit Erfolg Revision ein: das Reichsgericht hob das oberlandesgerichtliche Urteil auf und verwies die Sache an einen anderen Senat des Oberlandesgerichtes.

Zur Begründung seiner Entscheidung führte das Reichsgericht aus: Das Oberlandesgericht hat dem Kläger nur eine Entschädigung für den verbleibenden Minderwert des Gebäudes zugesprochen. Der Kläger beansprucht dagegen Entschädigung für den Minderwert des Gebäudes Grundstückes und behauptet, daß dieser Minderwert mindestens um 5054 M. über die zugesprochenen 1950 M. hinausgehe. Das Oberlandesgericht meint nun, wenn der Grund und Boden bauunsicher und deshalb minderwertig sei, so sei es auch schon zu der Zeit gewesen, als der Kläger die Grundstücke erworben habe; insoweit sei daher der Schaden nicht dem Kläger, sondern seinem Vorbesitzer erwachsen, sodaß dem Kläger zu diesem Anspruch die Klageberechtigung fehle. Dieser Ansicht möchte beizupflichten sein, wenn die Grundstücke damals bereits Bauland gewesen wären; dann hätte sich die Bauunsicherheit ohne Weiteres als ein schon in der Besitzzeit des Vorbesitzers vorhandener Mangel dargestellt. Allein nach den vom Oberlandesgericht getroffenen Feststellungen waren die Grundstücke, die bei einem unbedeutenden Dorf liegen, noch kein Bauland; ob sich alsbald oder überhaupt Gelegenheit bieten würde, sie als Bauland zu verkaufen, war damals nicht zu übersehen. Von den Nachbargrundstücken war noch keines bebaut, und der Vorbesitzer hatte nichts als eine unsichere Aussicht, die Grundstücke vielleicht gelegentlich für Bauzwecke verkaufen zu können. Für die Annahme, daß gleichwohl die vom Bergbau drohende Gefahr für den Vorbesitzer der Grundstücke zu einem Vermögensverlust geführt hat, bietet hiernach die Sachlage

keinen Anhalt. Der Schaden hat den Kläger betroffen, der die Grundstücke zur eigenen Bebauung erworben, sie auch bebaut hat und nunmehr ein minderwertiges Gebäude Grundstück besitzt. Erst in der Hand des Klägers haben die Grundstücke in ihrem körperlichen Gehalt und Zusammenhang Einbuße erlitten, und erst in seiner Hand hat auch der Verkehrswert eine Herabsetzung erfahren. Vorher war die drohende Gefahr in der Allgemeinheit überhaupt nicht bekannt, und sie konnte daher, mochte sie an sich auch bestehen, überhaupt nicht die Bewertung der Grundstücke im Verkehr ungünstig beeinflussen. Hiernach ist der Kläger für den erhobenen Schadenersatz-Anspruch in vollem Umfang klageberechtigt, also auch insoweit, als er als Ersatz für Mindervert über die zugesprochenen 1950 M. hinaus noch weitere 5054 M. fordert. (Aktenzeichen: V. 68/18. — 26. 6. 18.) K. M. L.

Entscheidungen des preuß. Ob.-Verwaltungsgerichtes. (Steuerprivileg der Beamten.) Dr.-Ing. Ph. ist für die Dauer der Kriegsformation die Stelle eines Referenten im Kriegsministerium widerruflich übertragen worden. Als in seiner Wohnsitzgemeinde Charlottenburg der Magistrat zu seiner Veranlagung zur Gemeinde-Einkommensteuer für die Rechnungsjahre 1915 und 1916 schritt, billigte er ihm weder das Vorrecht aus der Verordnung vom 23. September 1867 zu, nach der das Dienststeinkommen der Beamten nur zur Hälfte der Gemeindebesteuerung unterliegt, noch das Vorrecht aus dem Gesetz vom 16. Juni 1909, nach dem die nach dem 31. März 1909 in das Amtsverhältnis eingetretenen Beamten zur Gemeinde-Einkommensteuer höchstens mit 125% der Staatssteuer herangezogen werden können. Dr. Ph. strengte deshalb nach fruchtlosem Einspruch Klage an. Der Bezirksausschuß wies sie ab. Er begründete seine Entscheidung damit, daß der Kläger, wenn er auch in seiner gegenwärtigen Stellung als Beamter zu gelten habe, doch nur als außerordentlicher Gehilfe im öffentlichen Dienst beschäftigt werde. Auf die Revision des Klägers hat der neunte Senat des Oberverwaltungsgerichtes am 6. November 1917 die Entscheidung des Bezirksausschusses aufgehoben und die Sache an diesen zurück verwiesen. Der Senat bezeichnete die Begründung des Vorderrichters als in sich widerspruchsvoll. Er verwies auf § 2 der Verordnung von 1867, wonach zu den Beamten im Sinne desselben alle in unmittelbaren Diensten des Staates oder der ihm untergeordneten Obrigkeiten usw. stehenden, mit fester Besoldung angestellten Beamten gehören, dagegen nicht diejenigen, die nur als außerordentliche Gehilfen im öffentlichen Dienst vorübergehend beschäftigt werden. Der Senat gab dem Bezirksausschuß auf, von neuem die Frage der Beamteneigenschaft des Klägers zu prüfen. Hierbei stellte er sich auf den Standpunkt, daß das uneingeschränkte Steuervorrecht der Beamten nach der Verordnung von 1867 jeder Person zusteht, die vor dem 1. April 1909 einmal Beamter gewesen ist, auch wenn sie an diesem Tag Beamteneigenschaft nicht besessen, solche aber später wieder erlangt hat. Der Kläger hat geltend gemacht, daß er vor dem 1. April 1909 planmäßiger Assistent an der Technischen Hochschule in D. gewesen ist und als solcher Beamteneigenschaft besessen hat. (IX. C. 114. 17.) — L. K. —

Chronik.

Die Elektrisierung der schweizerischen Bundesbahnen bildet den Gegenstand eines dem Verwaltungsrat von der Generaldirektion vorgelegten Planes, dessen Durchführungskosten auf etwa 1/4 Milliarden Franken geschätzt werden. Sie soll in 30 Jahren durchgeführt werden, sodaß auf das Jahr 25 Mill. Fr. entfallen. Die in Betracht kommenden Bahnen sind in 3 Gruppen geteilt, bei denen nacheinander in je 10 Jahren die Elektrisierung durchgeführt werden soll. Der 1. Gruppe gehört vor allem die Gotthardbahn an, bei der sie bereits eingeleitet ist, ferner die Linien der Westschweiz, einige vom Kanton Bern und Teile der Nordschweiz, der 2. Gruppe die Ostschweiz, eine Reihe Berner, Luzerner und westschweizerischer Linien, der 3. Gruppe die übrigen Linien. Als mittler Kraftbedarf sind 200 000 PS ab Turbinenwelle, als Spitzenbedarf 600 000 PS ermittelt, von denen 2/3 durch die bereits im Besitz der Bundesbahnen befindlichen Wasserkraftkonzessionen gedeckt sind, während der Rest noch durch Neuerwerbungen beschafft werden soll.

Inhalt: Wohn- und Geschäftshaus Bergmann in Neißa. — Vermischtes. — Rechtsfragen. — Chronik. —

Bildbeilage: Wohn- und Geschäftshaus Bergmann in Neißa.

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachf. P. M. Weber in Berlin.



Das städt. Volksschul-Gebäude in der Pfarrhof-Straße in München-Giesing. Wandbild im III. Obergeschoß.

DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 69. BERLIN, DEN 28. AUGUST 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR.

Der deutsche Seehafen Hamburg und seine Zukunft.

Unter diesem Titel veröffentlicht Prof. Dr.-Ing. H. Engels in Dresden eine kleine bemerkenswerte Schrift*), die sich mit der Frage der weiteren Entwicklungs-Möglichkeit und -Notwendigkeit des Hafens von Hamburg, allerdings nur im verkehrstechnischen Sinn

befaßt und in den Gedanken ausklingt, daß die im Interesse des deutschen Vaterlandes unerläßliche weitere Entwicklung seines größten Seehafens eine „erhebliche und großzügige Erweiterung des hamburgischen Gebietes dringend erheischt“ und zwar in der Form, daß eine „stromtechnische und betriebstechnische Einheit des gesamten Gebietes der Stromspaltung der Elbe von der Bunthäuser Spitze bis zur Ausmündung der Alten Süderelbe“ entsteht, daß also die Häfen Hamburg und Harburg zu einer Einheit und zwar unter Führung und Oberhoheit des Hamburger Staates zusammengeschlossen werden. Nur so könne der Hamburger Hafen seine Zukunfts-Aufgaben voll erfüllen.

Die Schrift geht einleitend vom Wachstum des Hamburger Gesamtverkehrs und seinem Anteil am gesamten deutschen und Welthandels-Verkehr aus. Dem Gewicht nach sind nach diesen Angaben Ein- und Ausfuhr von 1900 bis 1912 auf etwa das Doppelte gestiegen und betrugen am Schluß dieses Zeitraumes 26,6 und 18,1 Mill. t, wovon 16,6 und 8,1 auf den See-Verkehr, 5 und 7 auf den Binnenschiffahrts-Verkehr, 5 und 3 auf den Eisenbahn-Verkehr entfallen. Von den über Hamburg aus Deutschland ausgeführten Gütern benutzten also etwa die Hälfte, von den eingeführten Gütern etwa Dreiviertel den Weg über die Elbe. Auch der Anteil des Seehandels Hamburgs an der Ein- und Ausfuhr des deutschen Gesamt-Eigenhandels zeigt eine fortschreitende Entwicklung und betrug 1912 für die Einfuhr dem Gewicht nach 21,8, dem Wert nach 37,9%, während sich für die Ausfuhr die Zahlen 10,4 und 33% ergeben. Es handelt sich dabei um Werte von 4,4 und 3,2 Milliarden Mark. Der Anteil Hamburgs am gesamten deutschen Seehandel betrug 1912 dem Wert nach 53%. Während der Anteil Deutschlands am Gesamt-Außenhandel der Welt dem Wert nach 12,5% betrug, entfallen auf Hamburg allein 4,5%. Die Bedeutung Hamburgs für Deutschland kommt in diesen Zahlen klar zum Ausdruck.

Diese glänzende Verkehrs-Entwicklung verdankt Hamburg, wieder nur vom verkehrstechnischen Standpunkt betrachtet, seiner wirtschaftlich-geographisch besonders bevorzugten Lage, sowohl hinsichtlich des See- wie des Binnenschiffahrts-Verkehres, wobei die Elbe mit den von ihr ausstrahlenden Wasserstraßen den eigentlichen Lebensnerv Hamburgs bildet. Durch den Weltkrieg jäh unterbrochen, muß diese Entwicklung nach Friedensschluß wieder neu geweckt und gefördert werden; das ist aber, wie Verfasser betont, nicht nur eine hamburgische, sondern eine deutsche Angelegenheit (ein Gedanke, wie ihn auch Prof. de Thierry in seiner diesjährigen Schinkel-Festrede, vergl. Dtsche. Bauztg. 1918 No. 25 u. 26, für Hamburg und Bremen mit Nach-

druck ausgesprochen hat) und muß von diesem Standpunkt aus behandelt werden. Hamburg fällt dabei der weitere Ausbau der Unterelbe und seines Hafens zu, wobei berechnete hamburgische und preußische Interessen mit einander zu vereinigen sind. Außerdem aber erfordert die Hebung von Hamburgs Handel und Schifffahrt, daß die Elbe oberhalb Hamburgs mit ihren anschließenden Wasserstraßen auf den höchsten Grad ihrer Leistungsfähigkeit als Verkehrsstraßen und Verkehrszubringer gebracht werden.

Verfasser untersucht nun im Einzelnen den gegenwärtigen Stand des hamburgischen Binnen-Wasserstraßen-Netzes und seine zukünftige Erweiterung. Durch dieses sind bereits Thüringen, Sachsen, Brandenburg, Schlesien, Posen und Lübeck sicheres Hinterland Hamburgs geworden und eine Reihe in Ausführung begriffener oder vorgesehener Pläne bringen eine weitere Verbesserung. Durch den Kaiser Wilhelm-Kanal hat Hamburg ferner seine Stellung als Vorhafen der Ostsee erhalten. Wenn das noch fehlende Stück des Mittelland-Kanales ausgebaut sein wird, bedeutet das eine wichtige Erweiterung des Hamburger Einflußgebietes nach Westen, während ein Elbe-Donau-Kanal eine solche nach Südosten bringen würde. Bezüglich des ersteren gibt Verfasser der südlichen Linie in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit den Vorzug vor der Nordlinie, wenn diese auch die kürzeste ist, empfiehlt aber den vermittelnden Vorschlag von Prof. O. Franzius ernster Erwägung und Prüfung, dessen Durchführung auch erheblich im Interesse Hamburgs und Lübecks liegen würde. Für die Verbindung der Elbe mit der Donau tritt Verfasser für den Anschluß an den Donau-Oder-Kanal bei Prerau, also dessen teilweise Mitbenutzung ein und untersucht eingehend die Frage der zweckmäßigsten Schiffgrößen für diese Verbindung, die sich vor allem den erreichbaren Niedrigwasser-Tiefen auf den zu verbindenden natürlichen Wasserläufen anzupassen hätte.

Während Hamburg für den bisherigen und weiter in Aussicht genommenen großen Ausbau seines Binnen-Wasserstraßen-Netzes namentlich Preußen besonderen Dank schuldet, da durch diesen ohne Belastung Hamburgs die natürlichen Vorzüge seiner handels-geographischen Lage dauernd erhöht werden, ist die Verbesserung des Fahrwassers der Unter-Elbe, das um mehr als 6 m vertieft worden ist, das ureigenste Verdienst Hamburgs, das dafür von 1859—1912 allein 185 Mill. M. ausgegeben hat und für die vorgesehene weitere Austiefung um 3 m noch weitere 40 Mill. M. aufwenden müssen. Es wird damit, nach Ansicht des Verfassers, eine Niedrigwassertiefe bis 12 m erreicht und dauernd erhalten werden können, was der Tiefe der neuen Fahrinne des New Yorker Hafens entspricht. Bei diesen Arbeiten, die Verfasser im Einzelnen näher in Umfang und Wirkung schildert, ist aber Hamburg stets an die Zustimmung Preußens als Elbufer-

*) Der deutsche Seehafen Hamburg und seine Zukunft, von Geh. Rat Dr.-Ing. Hubert Engels, ord. Prof. für Wasserbau a. d. Techn. Hochschule Dresden. Gr. 8°, 31 S. Text. Leipzig 1918, Verlag Wilhelm Engelmann. Pr. geh. 1,50 M. —

Staates gebunden gewesen und es ist bei allen Verhandlungen stets der verhängnisvolle Widerstreit zwischen den Interessen der beiden Hafenplätze Hamburg und Harburg zum Ausdruck gekommen, der die Entwicklung dieser Hafenplätze hemmt. Erst in dem Vertrag von 1908 ist Hamburg die Befugnis zugestanden worden, die Sohle der Unter-Elbe den fortschreitenden Ansprüchen der Seeschifffahrt gemäß zu vertiefen. Das wird sowohl Hamburg, wie Harburg und Altona zugute kommen, Hamburg darf daher in dieser Frage die weitestgehende Förderung und Erleichterung durch Preußen erwarten.

Verfasser gibt dann schließlich ein Bild von der Entwicklung des Hamburger Hafens bis zur Gegenwart, von der Anlage des ersten neuzeitigen Hafenbeckens, des Sandtor-Hafens 1866 an. Dann wird erst das Nord-Ufer in der Nähe der Stadt, dann das Süd-Ufer immer weiter ausgenutzt, die Hafenbecken schieben sich immer weiter stromab und im Jahre 1906 ist nach Vollendung des Roßhafens das gesamte hamburgische Gebiet zwischen den Elbbrücken und dem Köhlbrand für Hafenzwecke fast voll ausgenutzt. Durch den Vertrag von 1908 wird die Ausdehnung auf bis dahin preußisches Gebiet ermöglicht. Am 1. April 1914 betrug die Wasseroberfläche im Hamburger Hafen 1457,5 ha, davon etwa je die Hälfte mit Seeschiffs- und Binnenschiffs-Tiefe. Die Hamburg noch zur Verfügung stehenden Flächen auf Waltershof und Finkenwärder lassen noch eine Vergrößerung um etwa die Hälfte zu. Verfasser schätzt die Zeit, in welcher bei Wiedereinsetzen der bisherigen Entwicklung nach dem Krieg dieses Gebiet voll ausgenutzt sein würde, auf höchstens 20 Jahre, sodaß Hamburg rechtzeitig in die Lage versetzt sein muß, weiteres Gebiet zu erhalten, um den Wettbewerb mit Rotterdam und Antwerpen erfolgreich aufnehmen zu können, was im Interesse des ganzen Deutschen Reiches liegt.

Ueber diesen Wettbewerb gibt Verfasser noch einige statistische Angaben. Während 1897 der Seeschiffverkehr

in 1000-Netto-Reg.-Tonnen der angekommenen Schiffe in Hamburg 6708, in Antwerpen 5594, in Rotterdam 5409 betrug, sind die entsprechenden Zahlen für 1913: 14185, 12729, 13048, Rotterdam hat sich also am stärksten entwickelt, hat Antwerpen bereits überholt und bedroht Hamburg, wenn es in seiner freien Ausdehnungsfähigkeit Hamburg dauernd überlegen bleibt. Durch die Ausführung des Donau-Main-Rhein-Kanales würden Antwerpen und Rotterdam aber noch eine weitere Stärkung erfahren, wenn nicht gleichzeitig die Elbe-Donau-Verbindung hergestellt würde. Die Ausführung der letzteren gibt Hamburg nach dem Verfasser dann für Mitteleuropa dieselbe Bedeutung, die es jetzt für Deutschland hat. Diese erhöhte Bedeutung fordert aber auch eine erhebliche Gebietserweiterung und diese ist nur auf preußischem Gebiet möglich und zwar nicht mehr wie früher durch Gebiets-Austausch. Und nun kommt Verfasser zu dem Vorschlag, den wir einleitend voranstellten, nach dessen Durchführung „Mitteleuropa den großen Welt-hafen besitzen würde, der, nunmehr von keinen störenden Gebietsgrenzen eingeengt, eine wahrhaft großzügige Ausgestaltung erfahren könnte und würde“. Daß das aber nur möglich ist, wenn Hamburg als Hafen seine Sonderstellung behält, wenn seine Entwicklung geleitet wird von einem Staatswesen, dessen Hauptinteresse selbst im Handel liegt, das seine ganze Kraft an diese eine Aufgabe setzen kann, daß also nur eine Erweiterung des Hamburger Gebietes möglich ist, nicht etwa eine Eingliederung in Preußen, streift Verfasser noch kurz am Schluß, wobei er als mahnendes Beispiel auf die Vernetzung der Kräfte beim Ausbau der französischen Häfen hinweist.

Das ist im Wesentlichen der Gedankengang der kleinen Schrift, dem wir durchaus beitreten können. Vielleicht lassen die Staatsnotwendigkeiten nach dem Weltkrieg die Bedenken dagegen zurücktreten, die zu normalen Zeiten für eine Verwirklichung wohl ein schwer überwindliches Hindernis gebildet haben würde. — Fr. E.

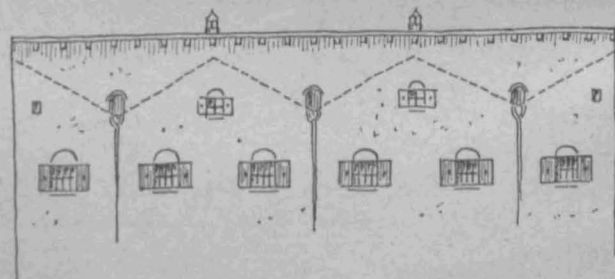
Zum Aufsatz „Dächer“ von Architekt Hans Freude.

Die geistvollen Ausführungen des Architekten Hans Freude in No. 56, 57 und 59 der „Deutschen Bauzeitung“ wird wohl Jeder mit großem Interesse gelesen haben, wenn auch die Meinungen zu seinem Schluß-Ergebnis geteilt sein werden.

Wenn ich hier Hrn. Hans Freude entgegen trete, so geschieht es nicht wegen seines Vorschlages, der, wenn er durchginge, der Pflege des Raumgedankens sehr entgegen käme, sondern wegen seiner Ableitungen der Bauweise der Innstädte aus der italienischen Baukunst. Auch ich hatte vor mehreren Jahren dieselbe Ansicht*), bis mich die Forschungen zu meiner Doktor-Dissertation: „Die Baukunst Alt-Münchens“**) zu einem ganz anderen Ergebnis führten. Die Bauart der Innstädte, nämlich die Häuser ringsum mit einer Mauer zu umgeben, und die ziemlich flachen Dächer zwischen diesen Mauern zu versenken, ist nicht auf ästhetische Gründe zurück zu führen, sondern lediglich auf eine Maßregel, die sich aus praktischen Gründen ergab. Der Holzreichtum in Tirol und Südbayern führte selbstverständlich dazu, das Holz in ausgiebigster Weise für Bauzwecke zu verwenden, insbesondere auch zur Schindeldeckung der Dächer. Dadurch wurde aber die Feuer-sicherheit in diesen Städten auf ein Mindestmaß herunter gedrückt, wie die zahlreichen Feuersbrünste (auch in München, wo mehrfache Brände ganze Stadtviertel niederlegten) beweisen. Die Bauordnungen dieser Zeit befaßten sich hauptsächlich mit der Abwendung der Feuersgefahr***). Doch auch damals kamen immer wieder Uebertretungen vor, oder man wollte die Bürger nicht mit zu harten Auflagen strafen, oder man brachte in den rasch aufblühenden Städten vielleicht auch nicht das Ziegelmateriel so rasch, als es erwünscht gewesen wäre, herbei. Kurz und gut, wir können aus einer Vorschrift, die bei Lipowsky in seinen „Urgeschichten von München“ zu finden ist, schließen, daß die Bauweise der Innstädte nur auf Sicherheits-Maßnahmen vor Feuersgefahr zurück zu führen ist. Lipowsky schreibt nämlich davon, „daß, wer es nicht vermag, sein Haus mit Ziegelsteinen zu decken, sein Schindeldach mit einer Feuermauer umgeben soll“. Wir haben also

in diesem das Haus umgebenden Mauerviereck nur eine ringsum laufende Feuermauer zu erblicken. Und tatsächlich haben alle diese Häuser auch heute noch Schindeldeckung, was die Aussage Lipowskys ganz zweifellos erscheinen läßt.

Um die Mauern nicht übermäßig hoch machen zu müssen, waren die Dächer ziemlich flach und die Spannweiten ziemlich gering. So kam es, daß mehrere Dacheinheiten in einem solchen Viereck eingeschlossen waren (siehe Skizze). Die Zickzacklinie der Dächer führte deshalb auch den Namen „Sägedächer“. Immer wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen mit den Firstlinien an die Umfassungsmauer



angeschlossen, weil sich sonst zu tiefe Winkel (Schneewinkel) gebildet hätten. Auch waren die nach Innen verlegten Rinnen leichter zu beaufsichtigen und auszubessern. Die Rinnen liefen immer senkrecht zur Straßenseite der Häuser, ursprünglich weit ausladend, um das Regenwasser vom Hause weg auf den Straßenkörper zu leiten. Später erst wurden Rinnenkörbe mit Abfallrohren angebracht.

Diese versenkten oder Sägedächer sind also echt deutschen Ursprungs und haben keine Beziehungen zu Italien, höchstens die eine, wenn wir doch diese Bauart in Italien, aber nur sehr vereinzelt treffen (wie am Dogenpalast in Venedig), daß auch dort Gründe der Feuer-sicherheit dazu den Anlaß gaben. Daß die Häuser durch ihre hohen Stirnmauern einen italienischen Eindruck machen, ist rein zufällig. Das besterhaltene Städtchen mit dieser Bauweise ist Mühldorf am Inn, wo noch der ganze Marktplatz einheitlich mit solchen Häusern umgeben ist. Man kann also dort am besten den Eindruck einer solchen Bauweise auf sich wirken lassen, zumal auch der Einblick von oben (von einer Anhöhe aus) leicht möglich ist. Auch in München wurden mehrere Häuser in dieser Bauart ausgeführt, wie wir an dem Sandtner'schen Holzmodell (im Bayerischen Nationalmuseum) aus dem Jahre 1570 sehen. —

Dr.-Ing. G. Steinlein, Architekt in München.

*) Siehe meine Abhandlung „München im 16. Jahrhundert“ im Verlag des Bayerischen Heimatschutzvereins.

**) Diese Dissertation kann infolge eines Erlasses des Kultus-Ministeriums während des Krieges nicht gedruckt werden, wird aber nach dem Krieg ebenfalls vom Bayerischen Heimatschutz-verein herausgegeben.

*** Siehe: Die bauliche Entwicklung Münchens im Mittelalter bis in die neueste Zeit im Lichte der Wandlungen des Baupolizeigesetzes. Von Dr. J. Wiedenhofer. Verlag von Ernst Reinhardt in München.

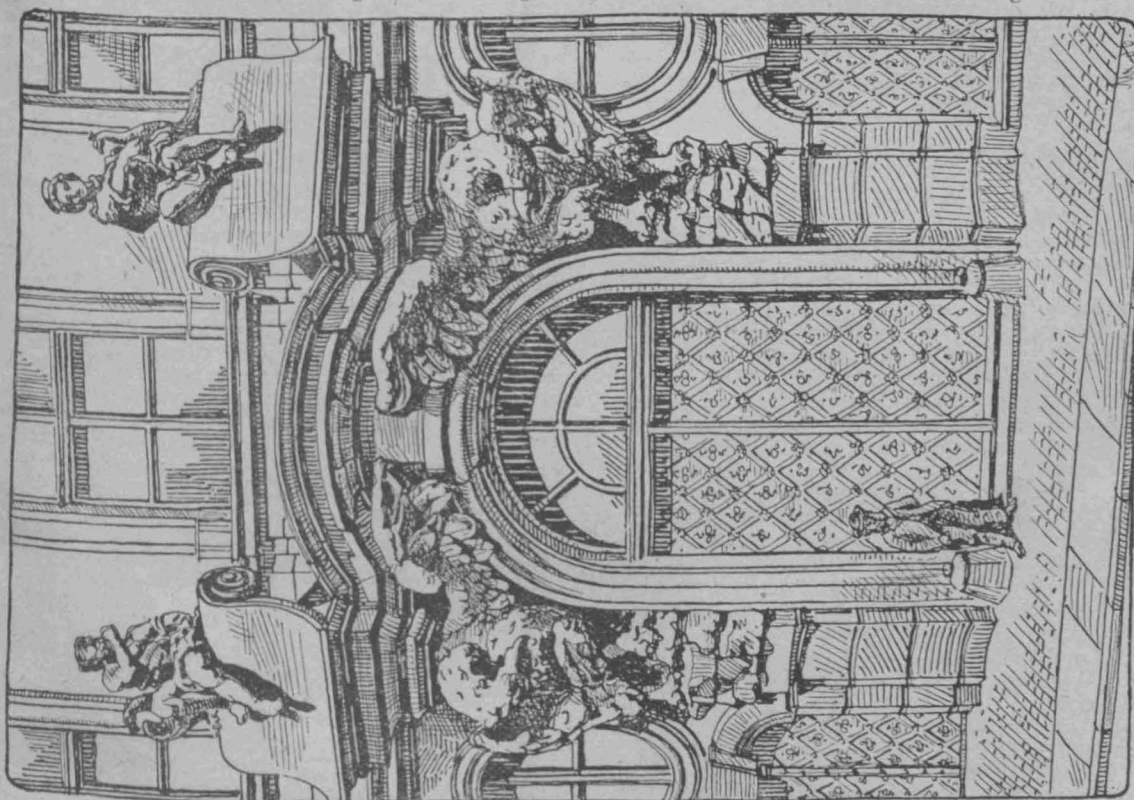
Technisch-wirtschaftliche Forschungsinstitute.

Vom kgl. sächs. Baurat Kurt Mager-Dresden (z. Zt. Lodz).

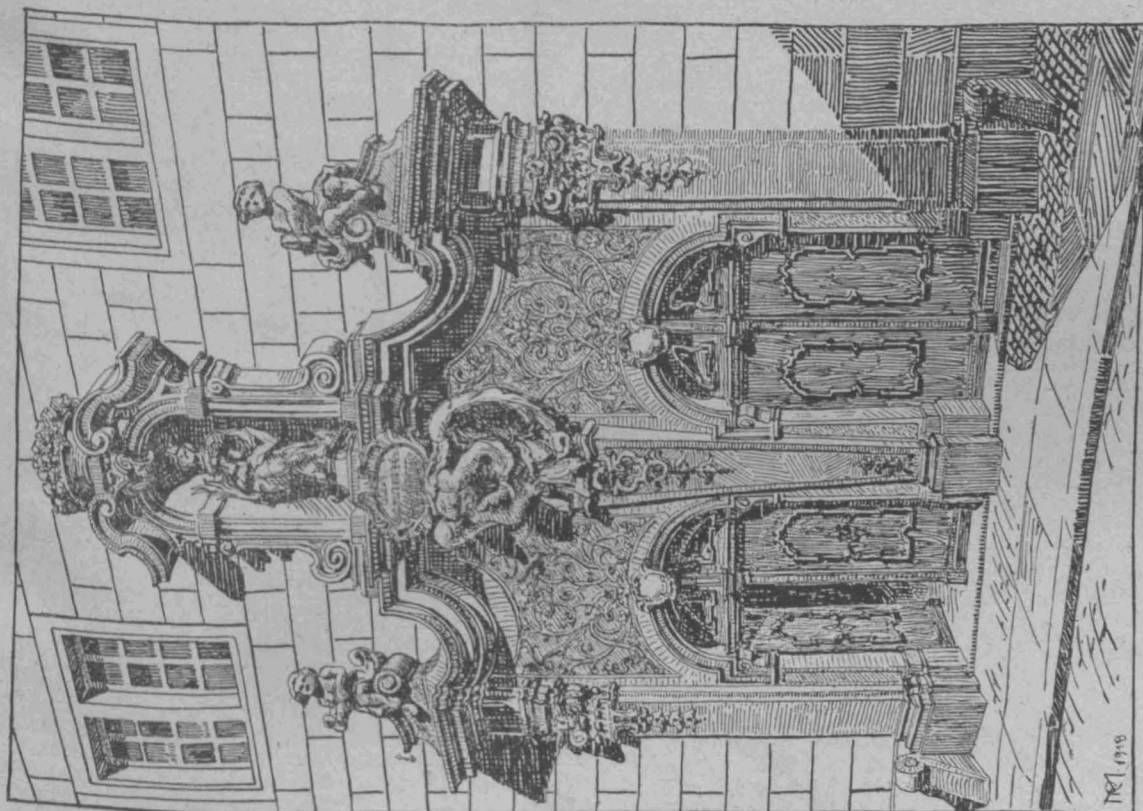
In der „Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure“ (Heft 33 vom 18. Aug. 1917) finde ich einen Artikel von Prof. Matschoss, der unter der alarmierenden Überschrift „Wo bleiben die technischen Hochschulen?“ einer stärkeren Teilnahme der technischen höheren Bildungsanstalten an der Verbreitung und Vertiefung volks-

durch den Krieg neu geschaffenen Wirtschaftsfragen auf.

Es ist leider Tatsache, daß die technischen Hochschulen — von wenigen Ausnahmen abgesehen — in der Erfassung und Auswertung volkswirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Vorgänge noch recht rückständig sind und den an den Universitäten geleisteten grundlegenden Arbeiten erheblich nachstehen. Die Feststellung eines Professors der



Portal des Gräfl. Thun'schen Palais in Prag.
Aufgenommen und gezeichnet von Architekt Rudolf Meyer in Breslau.



Portal der Katharinen-Kirche in Breslau.
Aufgenommen und gezeichnet von Architekt Rudolf Meyer in Breslau.

wirtschaftlichen Wissens das Wort redet. Er spricht darin auch von den Anstrengungen der volkswirtschaftlichen Fakultäten einzelner Universitäten, die sich der durch den Krieg so stark betonten Bedeutung wirtschaftlicher Erkenntnis und Arbeit durch die Ausdehnung der wirtschaftlichen Forschungs- und Lehrinrichtungen anzupassen streben. Er ruft im Hinweis darauf auch die technischen Hochschulen zu aktiverer Teilnahme an der Lösung der

Nationalökonomie — die Matschoss in warmer Verfechtung der technischen Leistungen abzuschwächen sucht —, daß nämlich die Entwicklung der modernen Wirtschaftslehre über die technischen Hochschulen einfach hinweg gehe, ist zweifellos nicht unberechtigt und mahnt dazu, rechtzeitig energische Schritte zu unternehmen, um den Einfluß der Technik an der Lösung so eng mit ihr verbundener wirtschaftlicher Lebensfragen des ganzen Volkes zu sichern.

Mit Recht sieht Matschoss in der bisherigen passiven Rolle der technischen Hochschulen gegenüber der Pflege der Wirtschaftswissenschaften eine bedrohliche Hemmung der technischen Wissenschaften und damit eine Verkümmern des ganzen technischen Standes. Das Ziel der Technik darf ja, wie das schon früher von führenden Männern häufig zum Ausdruck gebracht worden ist, nicht in der technisch vollkommensten Einzelleistung oder in der Schaffung immer neuer Sondergebiete liegen, sondern es muß in der großen Erfassung und Auswertung neuzeitlicher wirtschafts- und allgemein politischer Vorgänge erblickt werden, wenn anders eine wirkliche Emporentwicklung gewährleistet werden soll.

Dazu ist aber der Ausbau der allgemeinen Abteilungen der technischen Hochschulen die Hauptbedingung, da erst auf dem Boden einer umfassenden Geistes- und Allgemein-Bildung die großen Zusammenhänge alles Schaffens erkannt und verarbeitet werden können. Die allgemeinen Abteilungen an den technischen Hochschulen sind ja noch bis in die allerneueste Zeit Stief- und Sorgenkinder gewesen. Sie sind seiner Zeit in dem Streben geschaffen worden, dem Studierenden etwaige Lücken in der Vorbildung ausgleichen zu helfen. Dieser Aufgabe sind die allgemeinen Abteilungen natürlich längst entwachsen. Sie haben höhere Ziele. Es ist aber höchste Zeit, daß diese höheren Ziele allgemein erkannt werden und daß eingesehen wird, welche entscheidende Rolle den allgemeinen Abteilungen der technischen Hochschulen für die Gewinnung neuer Wissensgebiete und für die Feststellung neuer Gedankenreihen in den Grenzgebieten zwischen Wirtschaft, Recht, Kunst (Kultur) und Technik zukommt. Eine Menge neuer Wissens- und Arbeitsgebiete würden sich dadurch für den jungen technischen Nachwuchs sichern lassen. Um hierbei nur auf ein Gebiet, das mir am nächsten liegt, hinzuweisen: Wohnungswesen und Wohnungsfürsorge.

Ein vor kurzem verstorbener Hochschulprofessor der Volkswirtschaftslehre hat schon 1913 in einer Programmschrift auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, rechtzeitig an eine Ausgestaltung der allgemeinen und der entsprechenden Sonderabteilungen der technischen Hochschulen zu denken, um dem technischen Stand die Führung auf dem Gebiet des Wohnungswesens und der Wohnungsaufsicht zu sichern, auf dem sich ja in Zukunft ein großer Bedarf an gut vorgebildeten Beamten für die neu zu bildenden Wohnungs- und Siedelungsämter geltend machen wird. Er hat dabei vor allem eine eingehendere Beschäftigung mit den Fragen der staatlichen und städtischen Verwaltung und der Wohnungspolitik vom wirtschaftlichen Standpunkt aus im Auge, die den Studierenden der Technik naturgemäß ferner liegen, deren Beherrschung sie aber erst fähig macht, mit den Sozialpolitikern und den Juristen zu wetteifern. Daneben aber fordert er eine Vertiefung der mit der rein technischen Seite des Siedelungswesens zusammenhängenden Gebiete des Kleinwohnungswesens, des Städtebaues und der Gesundheitspflege und ihre Anpassung an die besonderen den Wohnungs- und Siedelungsämtern gestellten technischen Aufgaben. Ich weiß nicht, ob dieser Anregung in dem geforderten Umfang gefolgt worden ist. Jedenfalls lehrt die Entwicklung der Dinge, daß noch viel zu tun übrig bleibt. Denn wie leicht die Führung dem technischen Stand entgleiten kann, wenn nicht rechtzeitig und mit Argusaugen auf die Entwicklung geachtet wird, kann man gerade auf dem Gebiet des Wohnungswesens und der Wohnungsfürsorge beobachten, wo sich der Techniker schon jetzt mit dem Volkswirt, dem Statistiker, dem Soziologen, dem Hygieniker und dem Agronomen in die Führung teilen muß, obwohl auf den ersten Blick der überragende Anteil rein technischer Arbeit an diesen Fragen festzustehen scheint. So ist erst neuerdings in einer mitteldeutschen Großstadt eine amtliche Siedelungsgesellschaft zur Ansiedelung von Kriegsinvaliden geschaffen worden, deren beide Geschäftsführer Nichttechniker sind: der eine ist Nationalökonom, der andere Landwirt. In diesem Fall ist die Wahl sicher nicht zum Schaden des Ganzen getroffen worden, wenn auch daran festgehalten werden muß, daß die Siedelungsfrage zunächst und zu allererst eine Angelegenheit technischer Überlegung ist, zu deren Lösung eben der Techniker berufen sein soll. Und ebenso wie auf diesem Gebiet gilt es, sich auf allen anderen Grenzgebieten zwischen Technik und Wirtschaft im Kampf um die Vorherrschaft durchzusetzen und das Rüstzeug technisch-wirtschaftlicher Schulung rechtzeitig durch Vermehrung der Bildungsmöglichkeiten zu vervollkommen.

Die Ausgestaltung der allgemeinen Abteilungen der technischen Hochschulen im Sinne dieser erhöhten Anforderungen ist eine Frage der finanziellen Organisation, um genügend große Mittel für Forschungszwecke bereit zu stellen, und für die allgemeinen Fakultäten die besten Kräfte volkswirtschaftlicher und technischer Kenntnistheorien zu

gewinnen. Da der Staat sich naturgemäß in der Bemessung der Zuschüsse für Forschungszwecke Zurückhaltung auferlegen muß, ist der Hinweis auf die Erfahrungen, die man bei der Finanzierung des vor einigen Jahren gegründeten „Institutes für Seeverkehr und Weltwirtschaft“ in Kiel und der „Vereinigung für Ostdeutsche Wirtschaft“ in Königsberg gemacht hat, auch für unsere Ziele nahe liegend. Diese Institute sind den Universitäten angegliedert. Die Mittel für die Durchführung der großen Pläne dieser Institute werden durch Vereine oder Gesellschaften zur Förderung dieser Institute bereit gestellt unter ausdrücklicher Wahrung des Grundsatzes, daß der Finanzierungsge-sellschaft jeder unmittelbare Einfluß auf die Forschungen des Institutes versagt ist.

Industrie, Handel und Gewerbe und die technische Intelligenz müssen daher in irgend einer Form auch für ähnliche Bestrebungen der Technik mobil gemacht werden, um den technischen Hochschulen technisch-wirtschaftliche Forschungsinstitute angliedern zu können, die die Wechselbeziehungen zwischen Wirtschaft und Technik im weitesten Sinn fördern sollen.

Zwar haben große Industrieverbände oder bedeutende industrielle Werke schon seither erhebliche Beträge für Forschungszwecke technischer Versuchsanstalten zur Verfügung gestellt. Aber freilich verfolgen derartige Schenkungen oft recht reale und rein selbstische Zwecke. Daher sollten sich die führenden Männer der technischen Wissenschaft nicht dazu hergeben, die Förderung ihrer Ziele solchen Interessengruppen anzuvertrauen. Technische Forschungs-Institute müssen sich derartigen Einflüssen verschließen, und es muß sich zunächst einmal der Grundsatz durchsetzen, daß jeder maßgebende Einfluß der finanzierenden Kreise auf die Forschungs-Ergebnisse wissenschaftlicher Institute ausgeschlossen sein muß. Aber hier klafft noch ein großer Unterschied in der Auffassung zwischen Universitäten und technischen Hochschulen, sowie technisch gebildeten Kreisen. So sind die Bestrebungen großer Dachpappefabriken, ihren Einfluß in den durch die Heimatschutzbewegung ins Rollen gebrachten Baustofffragen zur Geltung zu bringen, m. W. von Seiten der technischen Hochschulen ohne genügenden Widerspruch geblieben, obwohl dieser Einfluß durch Darbietung bedeutender Geldmittel für Ausstellungsbauten und Ausstellungs-Propaganda erworben worden ist. Ebenso waren die interessierten Baustofffabriken auch in der vom Ausschuß zur Förderung sparsamer Bauweise veranstalteten Ausstellung für Kriegeransiedelungen in Leipzig beteiligt.

Würdiger für die technische Forschung wäre es jedenfalls, wenn die in siedelungspolitischen Hinsicht hochwichtige Frage der Verbilligung der Bauten zunächst einmal von unabhängigen Instituten in fachwissenschaftlichen gründlichen Einzeluntersuchungen gefördert würde und die Forschungs-Ergebnisse nicht früher vor das Forum der Öffentlichkeit gebracht würden, bis sie wirklich geklärt sind. Jedenfalls wirkt es nur verwirrend, wenn ein noch völlig ungeklärtes Problem der Allgemeinheit vorgeführt wird. Gleiches gilt für Forschungsfragen auf allen anderen Gebieten technischen Wissens. Deshalb brauchen wirtschaftlich-wirtschaftliche Forschungsinstitute als Pflegestätte unabhängiger freier technischer Wissenschaft.

In der den Universitätsinstituten gegenüber bewiesenen Freigebigkeit privater Geldspender, die in selbstloser, nur dem idealen Zweck dienender Weise große Summen für Forschungszwecke zur Verfügung stellen, während andererseits die wissenschaftlichen Institute ihre volle Unabhängigkeit sichern, bekundet sich eine besonders hochstehende Auffassung, die beide, Spender und Beschenkte, ehrt. Hier muß die Technik umlernen, um den Wert unabhängiger freier Forschung voll schätzen zu können. In gleicher Weise muß sie Mittel werben bei ideal gesinnten Personen und Körperschaften und gebefreudige und begeisterte Förderer in Forschungsgesellschaften zusammen schließen.

Die Technik muß umlernen in einer Zeit, in der durch die umstürzenden Weltereignisse so unendlich viel umgewertet wird, und sollte sich rechtzeitig besinnen, wo ihre Ideale liegen. Die technische Intelligenz steht am Anfang einer neuen Entwicklung, deren Ziel ist, neue hohe Ideale in einer Verbindung technischen Wissens mit den großen künftigen Fragen unseres Volkstums und unseres Staatwesens zu schaffen. Nur so wird die Technik davor bewahrt bleiben, in dem großen Wettbewerb aller Stände um die Führerschaft unterliegen zu müssen. —

Inhalt: Der deutsche Seehafen Hamburg und seine Zukunft. — Zum Aufsatz „Dächer“ von Architekt Hans Freude. — Technisch-wirtschaftliche Forschungsinstitute. — Abbildungen: Portal-Skizzen aus Breslau und Prag. —

Verlag der Deutschen Bauzeitung, G. m. b. H., in Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin. Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.



DEUTSCHE BAUZEITUNG

52. JAHRGANG. № 70. BERLIN, DEN 31. AUGUST 1918.

REDAKTEURE: ALBERT HOFMANN, ARCHITEKT, UND FRITZ EISELEN, INGENIEUR

Die Wiederherstellung der Wartburg.

Aus Anlaß des 100. Geburtstages des Großherzogs Karl Alexander von Sachsen-Weimar.

Der 24. Juni 1918 war für das deutsche Volk ein Tag ähnlich den Tagen seiner hohen Feste. An diesem Tag vor hundert Jahren wurde in Weimar Großherzog Karl Alexander als ein thüringischer Fürst geboren, dem das deutsche Volk mehr verdankt, als einem guten regierenden Fürsten schlechthin. Es wurde in den Besprechungen des Gedenktages darauf hingewiesen, daß das Wort, das Goethe in dem Gedicht „Die Künste“ von dem Kinde, dem Enkel Karl August's sagte: „sein erster Blick begegnet unsrem Kreis“, daß dieses Wort sich für das Leben dieses hochsinnigen Fürsten als prophetisch erwiesen habe. Man ist berechtigt, von einem Zeitalter Karl Alexanders zu sprechen, eine Periode der jüngst verflossenen Gegenwart, welche zahlreiche Namen von höchstem künstlerischem und wissenschaftlichem Glanz umschließt. Schon früh war Karl Alexander mit allen Künsten, insbesondere auch mit der Musik innig befreundet. Aus Ueberzeugung und mit voller persönlicher Hingabe, nicht lediglich aus pflichtgemäßem Regierungs-Interesse setzte er die großen Ueberlieferungen seines Großvaters Karl August fort und als er 1853 zur Regierung kam, war er in seinen thüringischen Ländern und mittelbar in ganz Thüringen und Deutschland ein Kunst und Künstlern treu ergebener Verehrer und Förderer. Weimar und Eisenach wurden Pflegstätten der Literatur und Kunst, Jena wurde ein Hort der Wissenschaft. Durch die Errichtung des Denkmals für Goethe und Schiller von Rietschel vor dem Theater in Weimar bekundete er die Pflege der Erinnerung an die große Zeit Weimars; das Goethe-Nationalmuseum und das Goethe- und Schiller-Archiv wurden Sammelstätten für alles Große, das Weimar im 18. und 19. Jahrhundert erlebt hatte. Als ein Denkmal deutscher Geschichte leitete er die Wiederherstellung der Wartburg ein und verlieh dieser Wiederherstellung den doppelten Charakter einer Erinnerung an die geistigen Strömungen der glanzvollen Zeit des Mittelhochdeutschen und der thüringischen Landgrafen, sowie an die Stürme der Reformation, die sich in der Persönlichkeit Martin Luthers verkörperte. 1860 begründete Karl Alexander in Weimar eine Kunstschule und es gelang ihm, leuchtende Namen wie Arnold Böcklin, Friedrich Preller, Lenbach, Begas und andere in ihren Dienst zu stellen. Ihr folgte 1872 eine Schule für Musik, der Liszt Glanz und Ruhm verlieh. So wurde für die Zeit Karl Alexanders Weimar in gleicher Weise ein Mittelpunkt für das geistige Leben in Mitteldeutschland, wie es unter Karl August der geistige Mittelpunkt des gesamten damals noch zerrissenen Deutschland war.

Als man zu Beginn des Sommers dieses Jahres dem Gedächtnis Karl Alexanders eine Kunst-Ausstellung im Museum in Weimar rüstete, widmete man in ihr mit Recht einen besonderen Raum auch der Wartburg, ist diese doch

das Baudenkmal, dem der am 5. Januar 1908 im hohen Alter von 82 Jahren verstorbene Bundesfürst einen großen Teil seiner Lebensarbeit widmete. Was die Wartburg uns war und was sie uns heute wieder ist, schildert das von Georg Voss 1917 herausgegebene 41. Heft der „Bau- und Kunstdenkmäler Thüringens“, das die Jahrhundertfeier in Sachsen-Weimar würdig einleitete*).

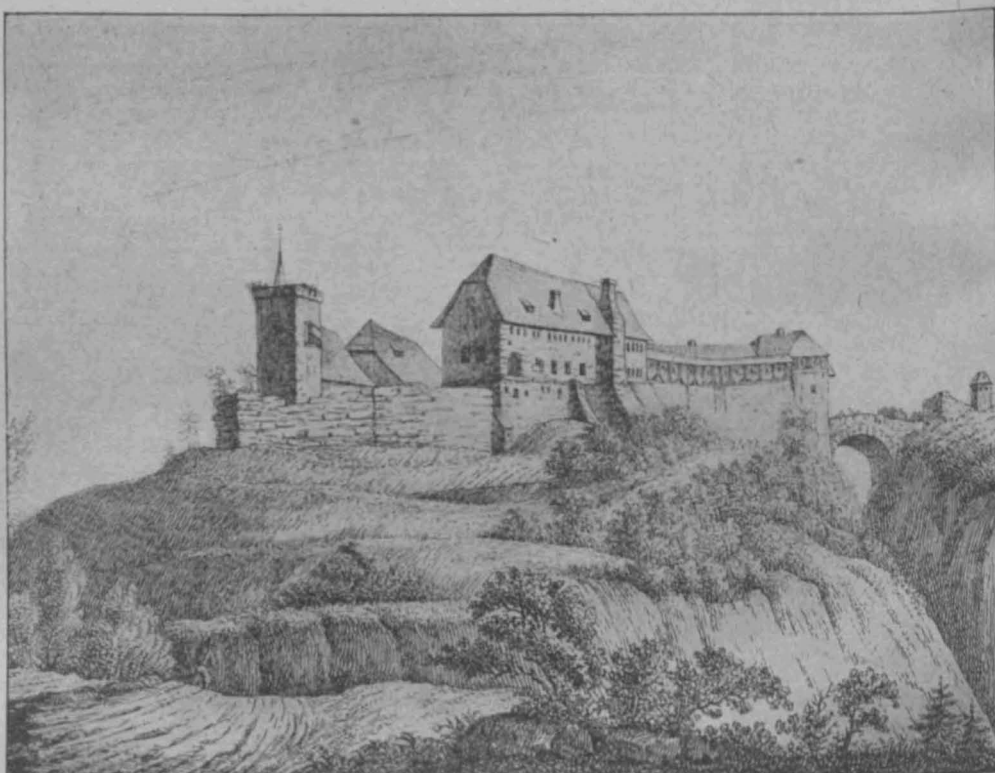
Um das Jahr 1080 wird, wie wir der geschichtlichen Darstellung von Hermann Hombold entnehmen, die Wartburg zum ersten Mal genannt. Die ältesten Nachrichten bezeichnen als ihren Erbauer den Grafen Ludwig von Schauenburg, den Springer. Auf dem Wartberg, an der Stelle, wo sich die alten Eingangswege von Hessen nach Thüringen begegneten, die Wege von Vacha und Salzungen her nach der Unstrut und der Weg von Westen her, die Hörsel oder die Nesse hinauf, ins östliche Thüringen, ließ Graf Ludwig nach dem Beispiel König Heinrichs, des Gründers der Burgen am Harz, aus dem Gemisch des Rotliegenden, dem Griefenstein, aus dem der Berg selbst besteht, auf schroffem Fels Ringmauern, Türme und Unterkunftsgebäude aufführen. Damit saßen Ludwig und seine Nachfolger für die folgenden Zeiten fest auf dem Wartberg. Nach 1080 wird die Wartburg erst 1113 wieder genannt, in einer Fehde Ludwigs mit König Heinrich V., er wurde gefangen genommen und nur gegen Herausgabe der Wartburg frei gelassen. 1116 scheint er jedoch wieder im Besitz der Burg gewesen zu sein. Wartberg, wie die Burg das ganze Mittelalter hindurch hieß, war ein wichtiges Bollwerk des kleinen Landes. Es nahm an Bedeutung zu, als Ludwigs Sohn Ludwig (1123—1140) durch Kaiser Lothar von Sachsen zum Landgrafen von Thüringen gemacht und damit in den Stand der Reichsfürsten erhoben worden war. Er übertrug die Hütung der Wartburg den Grafen von Wartberg, die die Burg bis 1227 in ihrer Hut hatten. In den Tagen des Landgrafen Ludwigs III. (1172—1190) wurde es lebhaft im Tal der Hörsel. 1180 kam durch den Tod seines Bruders Heinrich der hessische Besitz des Geschlechtes in Ludwigs Hand. Die Burg lag nunmehr in der Mitte der Lande des Landgrafen und an ihrem Fuß entwickelte sich Eisenach zur Stadt, in der Ludwig III. das Nicolai-Kloster und die noch erhaltene Nicolai-Kirche stiftete. 1182 erbaute er hier auch die seinem Schutzherrn St. Georg ge-

*) Bau- und Kunstdenkmäler Thüringens. Im Auftrage der Regierungen von Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen und Hildburghausen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg und Gotha, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß älterer Linie und Reuß jüngerer Linie bearbeitet von Prof. Dr. P. Lehfeldt und Prof. Dr. G. Voß, Konservator der Kunstdenkmäler Thüringens. Heft XLI. Großherzogtum Weimar-Eisenach. Amtsgerichtsbezirk Eisenach. III. Die Wartburg. Von G. Voß. Mit 76 Lichtdrucktafeln, 2 Doppeltafeln und 302 Abbildungen im Text. Jena, 1917. Verlag von Gustav Fischer. Preis 20 M. —

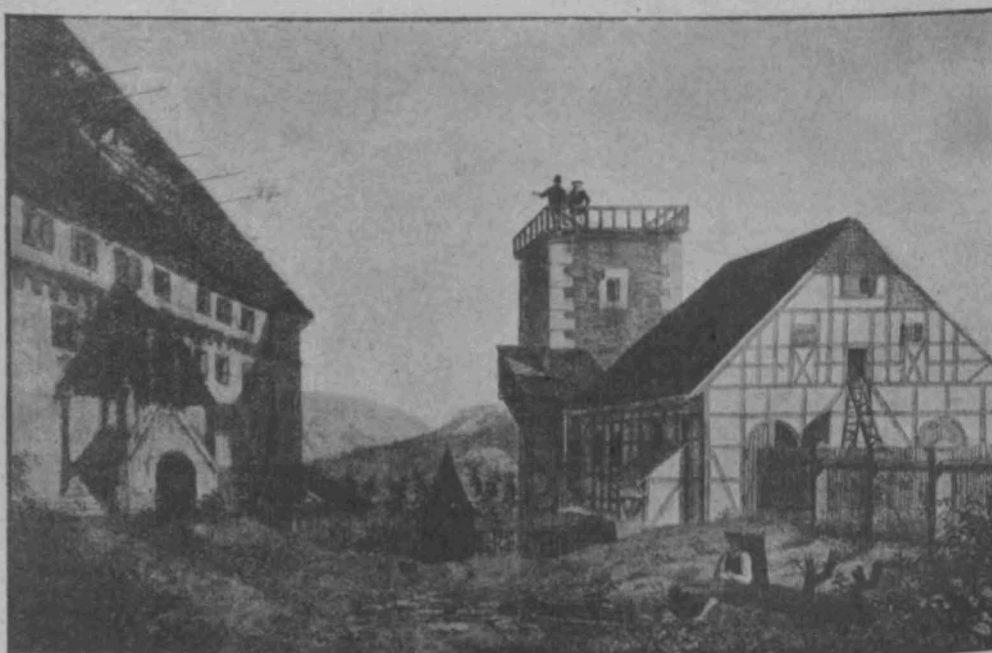
weihte Hauptkirche. Nach einer Urkunde von 1186 scheint die fürstliche Hofhaltung bereits auf der Wartburg gewesen zu sein; hier wurde auch Markgraf Otto von Meißen von Ludwig gefangen gehalten. Die Burg hatte vermutlich schon die Ausdehnung wie heute; Mauern, Bollwerk und Graben vor dem Tor, Torturm und Bergfried dienten zur Verwahrung von Gefangenen. Die Grafen von Wartberg hatten ihre Wohnung wahrscheinlich vorn im Ritterhaus; für die Wohnungen des Burgherren und der Burgleute boten Gebäude auf den Burghöfen Platz. Den Landgrafen selbst führte seine kriegerische und richterliche Tätigkeit bald hierhin, bald dorthin. Sein Nachfolger war der gefeierte Landgraf Hermann I. (1190—1217), in dessen Regierung Zeiten der Ruhe mit kriegerischen Zeiten abwechselten. In den Zeiten der Ruhe waren der „Steinhof“ in Eisenach oder die Wartburg seine dauernde Residenz. „Im Steinhof und auf der Wartburg entfaltete sich das glänzende, verschwenderische Hofleben, hier weilten Walter von der Vogelweide und Wolfram von Eschenbach, und hundert Andere als Gäste. Eine Schar fuhr aus, die andere ein, und nie stand eines Ritters Becher leer. Hier verlebte auch die zarte ungarische Königstochter Elisabeth ihre Kindheit. In Eisenach stiftete Hermann 1208 das Katharinen-Kloster und fand darin nach seinem Wunsche 1217 den letzten Ruheort. Vielleicht ist aber Hermann, der kunstsinnige Schützer und Förderer der Dichtkunst und der Malerei, auch der Erbauer des Palas auf der Wartburg. Wenn nicht Ludwig III., so ist er es, der das Landgrafenhaus mit einem Festsaal errichtete, zunächst vielleicht nur einstöckig, reich ausgeschmückt mit Fenster-Arkaden und künstlerisch verzierten Säulen. Nicht lange Zeit nach der Erbauung des Palas ist das Gebäude, wie angenommen wird, durch ein aufgesetztes Stockwerk vergrößert und



Ostseite der Wartburg in ihrem heutigen Zustand.



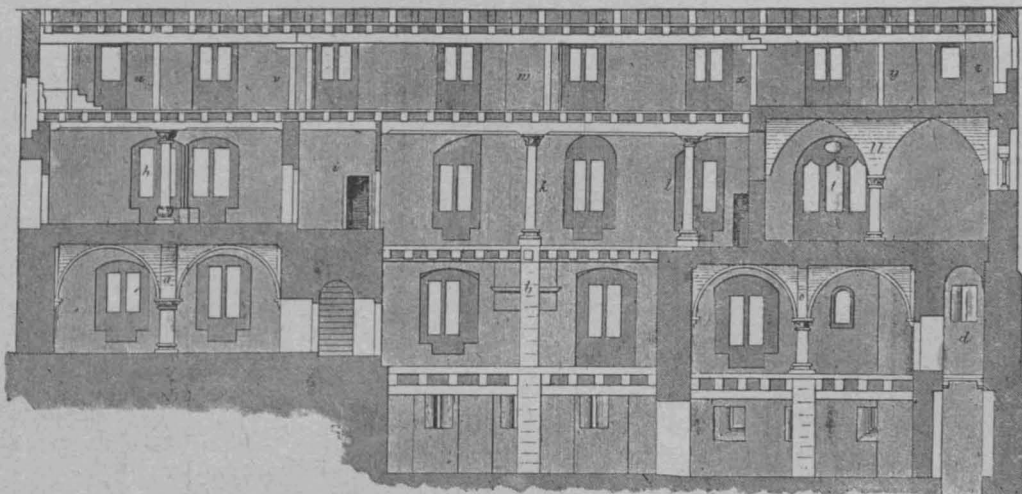
Südostseite der Wartburg gegen Ende des XVIII. Jahrhunderts.



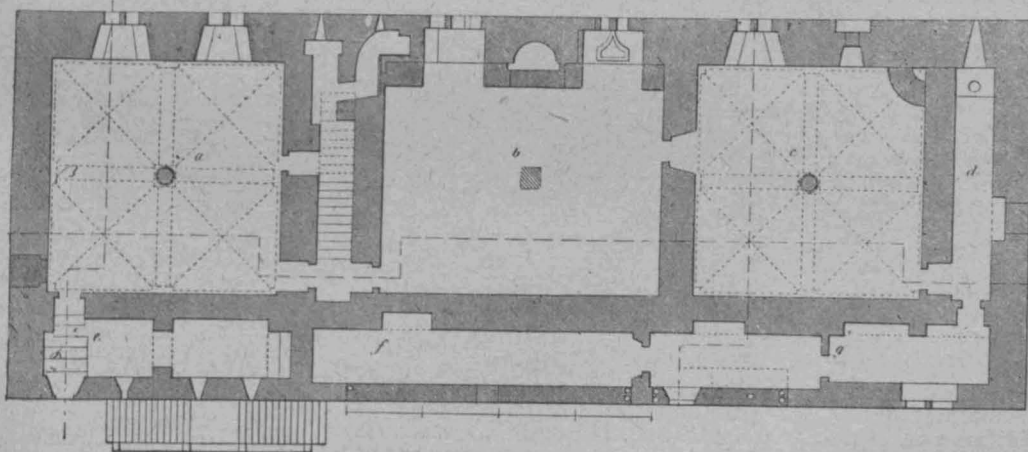
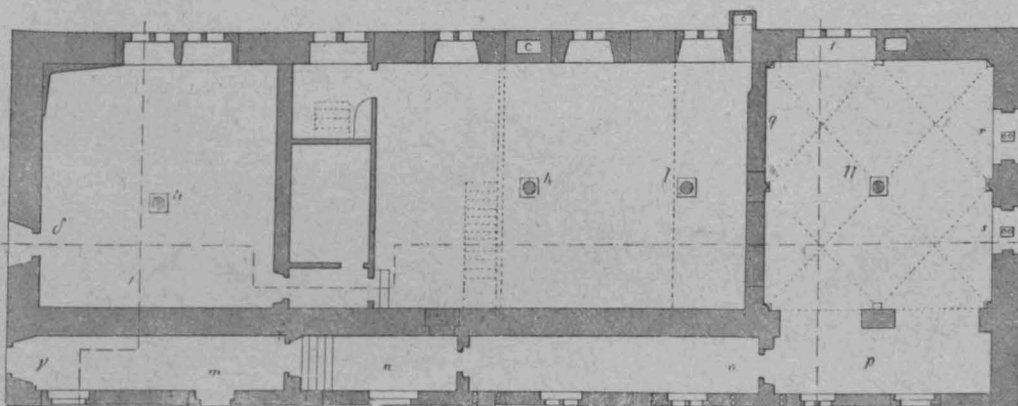
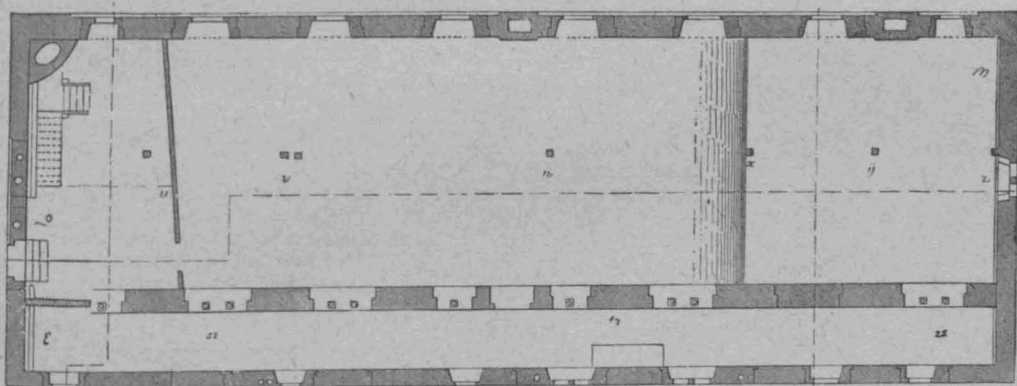
Der hintere Hof der Wartburg im Anfang des XIX. Jahrhunderts.
Landgrafenhaus. Brunnenhaus. Südturm.

Brauerei.

damit ein weiträumiger Festsaal geschaffen worden. War es nun Hermann, dessen Prachtliebe mit dem einstöckigen Fürstenhaus nicht mehr zufrieden war, oder wollte Ludwig IV. (1217 bis 1227) stolzen Sinnes damit seiner Fürstentum ein äußeres Zeichen geben, der Macht, die er von der unteren Lahn bis an die Oder geltend machte?



Längsschnitt durch das Landgrafenhaus vor der Wiederherstellung. Puttrich, 1847.



Die drei Geschosse des Landgrafenhauses vor der Wiederherstellung.

Es kam auf die Zeiten des Glanzes und der rauschenden Feste eine Periode des Rückschlages. Die Zeit der heiligen Elisabeth hebt an. Für sie, die Tag und Nacht nur heilige Gedanken hegte, ließ vielleicht ihr Gatte Ludwig IV. neben der Kapelle, die im hinteren Burghof allen Bewohnern der Burg diente, von dem älteren Festsaal, der jetzt der Sängersaal genannt wird, einen Teil abtrennen und eine neue Kapelle bauen für ihre Andacht. 1227 starb er in Otranto. Die zwanzigjährige, durch den Verlust des heldenmütigen Gatten im tiefsten Inneren getroffene Witwe mühte sich nun heißer noch als vorher um ihr Seelenheil und sehnte sich nach der Armut. Ludwigs Bruder und Nachfolger Heinrich Raspe enthielt ihr, damit sie nicht alles fortgab, ihren Wittumsbesitz, worauf sie freiwillig Eisenach verließ und nach Marburg ging. Heinrich Raspe wohnte auf der Wartburg, auch als König von des Papstes Innocenz Gnaden. Heinrich starb kinderlos. Anspruch auf die Burg und das Land machten Herzog Heinrich von Brabant und seine Gemahlin, die Tochter Ludwigs IV. für ihren unmündigen Sohn Heinrich; auf der anderen Seite Markgraf Heinrich von Meißen, aus dem Hause Wettin, der Neffe von Ludwig IV. und Heinrich Raspe. Die Wettiner siegten. Es zogen Albrecht der Entartete und seine Gemahlin Margarethe, Kaiser Friedrichs II. Tochter, auf der Wartburg ein. Die anfangs glückliche Ehe zerfiel bald; es kamen die Jahre des thüringischen Erbfolgekrieges; es traten Wirren und Niedergang ein, bis König Rudolf von Habsburg nach Thüringen kam und Ordnung machte. 66 Raubburgen verschwanden, unter ihnen auch die Veste Metilstein, die der Wartburg unmittelbar benachbart und zu ihrer Bedrohung einst erbaut worden war. Doch die Zeiten der Unruhe setzten

sich fort. 1307 wurde die Wartburg beschossen, blieb aber Siegerin in den Kämpfen. Landgraf Friedrich der Freidige wurde Markgraf von Meißen und Landgraf von Thüringen. Ein Jahrhundert lang hatte die Wartburg als Fürstensitz gedient; in den Kriegszeiten verwahrloste sie in vieler Beziehung. Friedrich der Freidige nahm umfassende Bau-

ten vor. 1318 schlug der Blitz in den großen Turm und zündete. Das Feuer zerstörte Dach und Holzwerk, sprang auf das Obergeschoß des Palas über und brannte den großen Saal mit getäfelter Decke, mit Gemälden und Geräten aus. Friedrich ließ Turm und Obergeschoß des Palas im gotischen Stil wieder herstellen; die Längsmauern wurden zum Teil abgetragen und die Giebel erhöht, sodaß das Gebäude ein steileres Dach bekam. Die Arkaden wurden zum Schutz gegen die Witterung zugebaut und mit viereckigen Fenstern versehen; der Saal wurde mit neuen Gemälden geschmückt. Zu seiner Wohnung ließ der Landgraf ein neues Fachwerkhaus, die Dirnitz, erbauen und außen und innen bemalen, sodaß es auch das „gemalte Haus“ genannt wurde. Um die Zisterne ließ der Burgherr Erde aufschütten und schuf sich hier einen Lustgarten. Daneben verstärkte er die Befestigungen namentlich an der Südseite und errichtete vermutlich auch den hinteren Turm. Auch der innere Torbau mit dem gotischen Bogen und dem Ritterhaus in seiner jetzigen Gestalt dürfte aus jener Zeit stammen. So war die Wartburg Friedrich dem Freidigen lieb geworden; er behielt sie bis an sein Lebens-Ende als Wohnsitz bei und machte sie auch zu seinem Schatzhaus und Archiv, indem er von Meissen, vom Osterland und vom Pleißenland her alle seine Silberschätze auf die Wartburg bringen ließ. Im 15. Jahrhundert hatten die Feuerwaffen Einfluß auf die Gestalt der Wartburg. Wilhelm der Tapfere (1445–1482) ließ den Hauptturm wieder herstellen und die Umfassungsmauern mit Wehrgängen und Schutzwerken versehen. Von ihm stammen die geschlossenen Wehrgänge, die heute als Margarethengang und als Elisabethengang bezeichnet werden. Ebenso erhielt das dreieckige Bollwerk vor der Zugbrücke einen Wehgang, den 1782 abgebrochenen „vorderen Umgang“. Da Wilhelm der Tapfere 1448 und 1449 seinen Wohnsitz auf der Wartburg hatte, so hat er auch die unter seinen Vorgängern stark vernachlässigten Gebäude wohl wieder herstellen lassen. Kurfürst Friedrich der Weise (1486–1525) gab der Burg ein neues Gewand, indem er Gebäude und Türme und Ringmauern mit Rauhpütz bewerfen und die Dächer erneuern ließ. In dieser Zeit herrschte wenig Leben hier oben, mit Ausnahme der kurzen Jagdtage. Für gewöhnlich wohnten auf der Burg nur der Amtmann mit Familie und Gesinde, vier Wächter, ein Holzhauer und ein Eseltreiber, schließlich ein oder zwei Geistliche, denn die beiden Kapellen blieben in Benutzung. Am 4. Mai 1521 bekam die Wartburg einen geheimnisvollen Gast in Martin Luther, dem Junker Jörg. „Wie gut stimmt das Bild des trotzigen deutschen Mannes zu der trotzigen Burg im Herzen Deutschlands!“ In der Zeit nach der Reformation diente die Wartburg noch öfter als fürstliche Wohnstätte. Kurfürst Johann Friedrich der Großmütige hielt dort 1538 bis 1540 Hof und ließ auch in den nächsten Jahren bauen, um alles wohllich herzurichten und verteidigungsfähig zu erhalten. Dazu nahm man jetzt Steine aus den preisgegebenen Kirchen und Klostergebäuden in Eisenach, auch vom Elisabethen-Kloster. Zu seiner Wohnung bestimmte Johann Friedrich den „Sängersaal“. Er ließ ihn in 2 Gemächer scheiden und nach der daneben liegenden Kapelle den Fürstenstand herausbauen, während die Kapelle im hinteren Burghof um 1550 fast ganz abgetragen wurde. Die Landgrafenzimmer im Palas ließ er für seine Familie, das Fachwerkhaus am Bergfried und das Obergeschoß der Vogtei

für das Gefolge einrichten. Im 17. Jahrhundert sollte ein Enkel Johann Friedrichs des Großmütigen, Herzog Johann Ernst, in nahe Beziehungen zur Wartburg treten. Er verbreiterte den Steinweg, legte eine neue Freitreppe am Palas an, setzte die Wohnungen im Palas und in dem Fachwerkhaus wieder instand und schmückte sie mit geschichtlichen Bildnissen. Vor allem ließ er die Kapelle neu herrichten und stattete sie mit Kanzel, Orgel, Tribüne, Bänken und Gemälden aus. Sein Baumeister hieß Hans Weber. Nach des Herzogs Johann Ernst Tod 1638 wurde die Burg wieder einsamer. Auch in den späteren Jahren diente sie noch als Festung, deren Anlagen während des 30-jährigen Krieges verstärkt wurden. Das Bild der Burg war nach Helmbold um jene Zeit Folgendes: „Auf dem verbreiterten Steinweg gelangte man an das Tor des Bollwerkes. Zur Linken drohte aus der Oeffnung ein Geschützrohr. Die Mauer des dreieckigen Bollwerkes war noch mit den Wehrgängen besetzt, die Schanze im Osten als Bastion mit steilem Mauerwerk und Zinnen wohl verwahrt, der westliche Felsvorsprung (der heute den Gasthof trägt) mit Pallasaden befestigt. Vom Bollwerk gings über die Zugbrücke durch das dreifache Tor in den vorderen Hof, der geschlossen war durch Ritterhaus, Vogtei und die mit den Wehrgängen gedeckten Mauern, wie heute, nach hinten aber eine Quermauer hatte. Ein Tor führte hier in den Zwischenhof; darin stand rechts ein altes, steinernes Gebäude, die „Hofstube“ oder „das Haus mit den Handmühlen“. Durch eine weitere Mauer ging man in den hinteren Haupthof und hatte zur Linken den mit spitzem Schieferdach gedeckten Hauptturm, das Fachwerkgebäude (die Dirnitz) und den Palas, an den noch ein kleines Bade- und Backhaus stieß, rechts das Gärtchen mit den Ueberresten der Kapelle, das Zeughaus, das Brauhaus, den hinteren Turm mit einfachem Ziegeldach und die Zisterne. Im übrigen zog sich rings um die Mauer mit nach innen offenem Wehrgang, einem Schützerkerker außen nach Südosten und einem Erkerturm nach Südwesten“.

Nach dem 30-jährigen Krieg wurde die Wartburg als Landesfestung weiter in Stand gehalten. 1741 kam die Wartburg an das herzogliche Haus Sachsen-Weimar. Das 18. Jahrhundert war ihr nicht günstig. Als Festung konnte sie trotz allen Ausbaues nicht mehr genügen; ihre Wohnräume eigneten sich für die damalige Zeit als die eines Bergschlosses nicht. Im Jahrhundert der Aufklärung, als man die barbarische „gothische“ Zeit verachtete, ging die Wartburg dem Verfall entgegen. Aber sie blieb immer noch ein Anziehungspunkt für die Menschheit, namentlich als der Sinn für die schöne Natur aufzugehen begann. 1775 weilte Goethe einige Tage auf der Wartburg. Mit tiefer Leidenschaft im Herzen, stürmisch an die Natur hingegeben, schrieb er an die Geliebte in Weimar: „Hier oben! Hier wohne ich nun, Liebste, und singe Psalmen dem Herrn, der mich aus Schmerzen und Enge wieder in Höhe und Herrlichkeit gebracht hat“. Er schildert der Geliebten die wunderbare Abendstimmung und die mondbeleuchtete Landschaft, hat jedoch merkwürdiger Weise kein Wort für die kultur- und kunstgeschichtliche Bedeutung der Wartburg. Es bleibt das eine psychologische Merkwürdigkeit bei Goethe, die man wohl nicht allein aus der Stimmung der Stunde erklären kann. —

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Vorträge auf der Baumesse in Leipzig fanden am 28. Aug. 1918 in der sog. Alten Handelsbörse in der Nähe des Marktes statt. Es sprachen: Architekt B.D.A. Friedr. Paulsen aus Berlin über „Einheitsbestrebungen im Häuserbau“; Arch. Dipl.-Ing. Leyser aus Berlin über „Wohnungsfrage und Bauwirtschaft in der Uebergangszeit“; Arch. Wilh. Haller aus Leipzig über „Der Bau von Heimstätten“; Reg.-Bmstr. Johannes Hirte aus Berlin über „Ersparnisse beim Kleinwohnungsbau“; Hofrat Fritz Drechsler in Leipzig über „Industrie- und Geschäftshausbauten“ und Dr. Lindner aus Berlin über „Der Heimatschutz und die Baustofffrage“. Die Vorträge waren öffentlich und der Zutritt zu ihnen frei. —

Wie können unsere deutschen Eisenerz-Vorräte gesichert werden? In No. 61 der „Deutschen Bauzeitung“ hat Hr. Regierungsbaumeister Oswald in einer Besprechung meiner Rektoratsrede („Wie können unsere deutschen Eisenerzvorräte gesichert werden?“) und ihrer Erwiderungen keine Erklärung dafür finden können, daß ich die von mir vorgeschlagene Besteuerung des Walzeisens nach dem Trägheitsmoment und „nicht nach dem Querschnitt, d. h. nach dem Gewicht richten will“. In der Rede habe ich der erstrebten Kürze wegen die Begründung hierzu nicht gegeben und deshalb möge sie hier nachträglich noch gebracht werden:

Es ist richtig, daß die Ersparung an Eisen am größten ist, wenn danach getrachtet wird, das Verhältnis „Trägheitsmoment: Gewicht“ zu einem Größtwert zu machen; aber bei allen Konstruktionen, welche dynamischen Beanspruchungen ausgesetzt sind (z. B. Eisenbahnschienen), ist das Trägheitsmoment nicht allein maßgebend, sondern solche Konstruktionen müssen auch eine gewisse Masse haben. Gerade bei solchen Konstruktionen kann aber das Walzeisen kaum durch einen anderen Baustoff ersetzt werden und hierbei wäre eine Verminderung des Gewichtes bei gleichem Trägheitsmoment oft fehlerhaft.

Um also das Walzeisen dort, wo es unentbehrlich ist, nicht zu hart mit der Steuer zu treffen, schien mir das Trägheitsmoment ein besserer Maßstab für die Besteuerung zu sein als der Querschnitt. —

Hager.

Die Herzogliche Sächsische Baugewerkschule zu Coburg führt trotz des Krieges im kommenden Winter den Unterricht weiter. Das Baugewerbe wird nach dem Krieg stark beansprucht werden, weshalb der Schulbesuch zu empfehlen ist. Erfolgt während des Unterrichtes die Einberufung zum Heer, so ist dafür gesorgt, daß Nachteile möglichst vermieden werden. Auf Kriegsbeschädigte wird im Unterricht besonders Bedacht genommen. Der Unterricht beginnt am 18. Okt. 1918. —

Inhalt: Die Wiederherstellung der Wartburg. — Vermischtes.
Verlag der Deutschen Bauzeitung, v. m. b. H., in Berlin.
Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann in Berlin.
Buchdruckerei Gustav Schenck Nachflg. P. M. Weber in Berlin.